

D7426 E

AIB

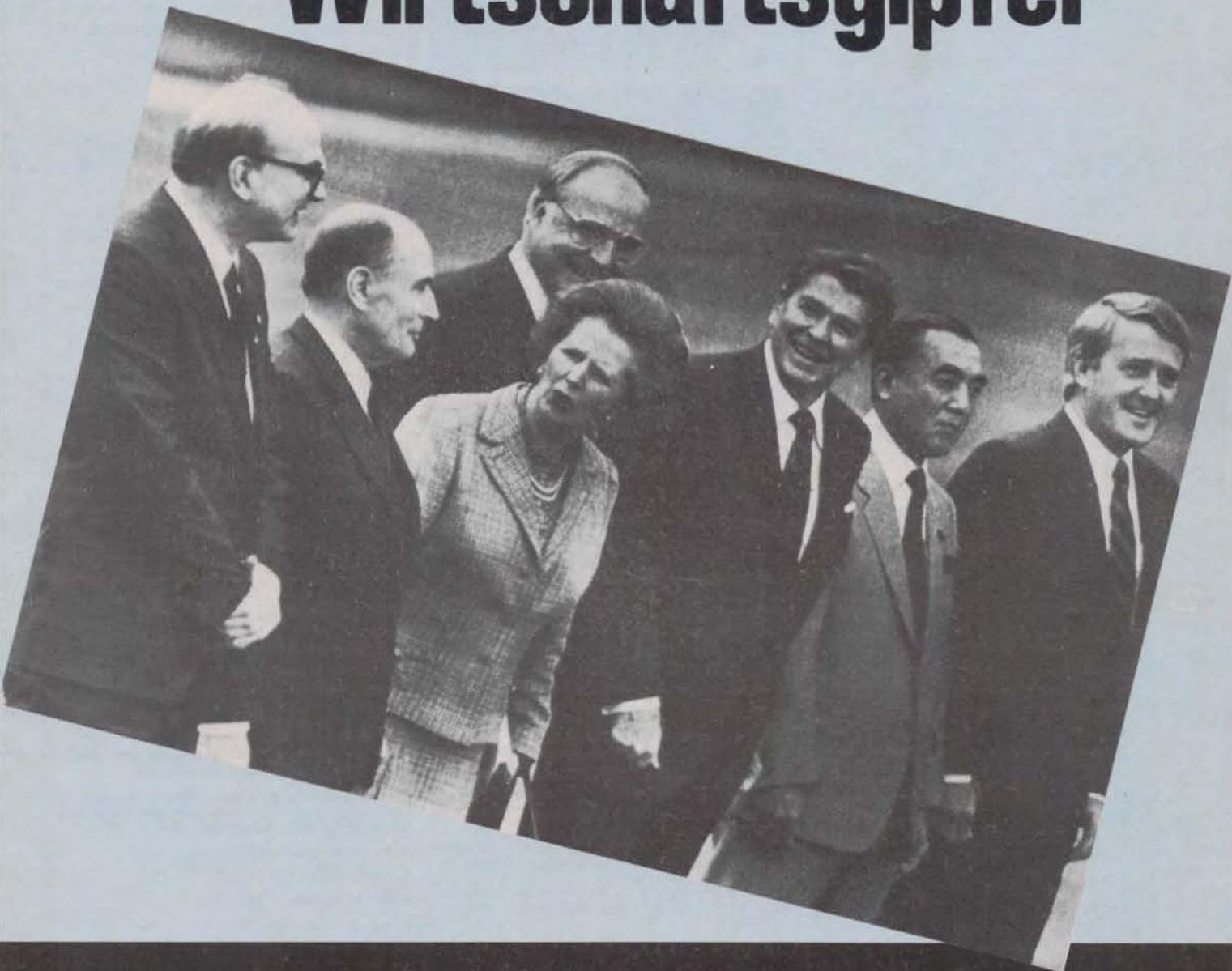
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.6/Juni 1985

16. Jahrgang

DM 2,50

Der Bonner Wirtschaftsgipfel



Sonderteil Mittelamerikakrise

● China - USA ● Palästina ● Äthiopien ● Bangladesh ●

Inhalt

Kommentar:	
Der getrübbte Reagan-Besuch	3
Weltwirtschaft	
Der Bonner Wirtschaftsgipfel	4
Aus der Bonner Wirtschaftsdeklaration	5
Pazifik/Ostasien	
Die heimliche Allianz China-USA	7
Bangladesh	
Das Militär bleibt am Ruder	10
Bangladesh-Daten	11
MITTELAMERIKA-SONDERTEIL	
Bonn und die Mittelamerikakrise	14
Mittelamerika: Bilanz und Perspektiven	17
Nicaragua	
Boykott und Krise	21
Umsiedlungen unter Zwang	22
Kubas Nicaraguahilfe am Ende?	24
D. Ortega: Die Träume von Sandino	26
Der US-Krieg hat viele Gesichter	31
El Salvador:	
Duarte im Zugzwang	33
H. Oqueli: Zum Dialog gibt es keine Alternative	35
J. Villalobos: Die FMLN änderte ihre Strategie	36
R. Zamora: „Wir möchten daß das aufhört“	38
Guatemala	
Zuspitzung der Krise	39
Erklärung der URNG	40
Material- und Aktionsspiegel	43
Palästina	
A. B. Krishah: Gefahren des „jordanischen Weges“	46
Äthiopien	
Umsiedlung unzulässig?	48
Südafrika-BRD	
Bankenboykott: „Kein Geld für Apartheid“	50
Kultur	
Suleiman Mansour – Maler Palästinas	51
BRD-Infodienst	53
Kurzinformationen	
Sudan, Südafrika, Angola, Neukaledonien, Libanon, Argentinien, Brasilien, Jamaika: Gegenfestival, Religion	54



Bonner Gipfel

S.3

Anfang Mai d.J. gaben sich in Bonn die sieben führenden Westmächte zum sog. Weltherrengipfel. Ronald Reagan und sein Schirmherr Kohl setzten konservative Akzente in Sachen Weltraummilitarisierung, Wirtschafts- bzw. Verschuldungskrise, Nicaragua usw.

Wir ziehen Gipfelbilanz.

Und wir gehen der Frage nach, wie die Sieben mit den Grundanliegen der Dritten Welt umsprangen.

Mittelamerikakrise

S.13

Das Tauziehen um Krieg und Intervention geht weiter. Washington verhängte ein Handelsembargo gegen Nicaragua. Es setzt den „Contra“-Krieg fort. Und es hält die Regimes in El Salvador und Guatemala am Leben.

Kann Nicaragua dem Druck standhalten? Wird Duarte sich auf Verhandlungen mit den Befreiungsfronten FMLN/FDR einlassen? Hat die Contadora eine Chance? Diesen und anderen Fragen gehen wir im Sonderteil zur Mittelamerikakrise nach.



Bangladesh

S.10

Ein Jahr lang stand der südasiatische Staat im Zeichen von Massendemonstrationen und Generalstreiks. Die Opposition forderte von Diktator General Ershad die Aufhebung des Kriegsrechts und die Abhaltung freier Wahlen. Als die Parteien die letzten Zugeständnisse Ershads als nicht ausreichend ablehnten, verschärfte dieser erneut das Kriegsrecht und ließ sich im März d.J. durch eine Volksabstimmung in seinem Amt bestätigen. Ist damit die Rückkehr zur Demokratie in weite Ferne gerückt?



Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Doris Knabe, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A.J. Arndt, J. Becker, B. Graul, D. Jordan, J. Oppau, I. Rein, E. Schneider, A. Wickel, U. Wöhrmann

Titelbild: Die sieben Staatschefs, die am Bonner Wirtschaftsgipfel teilnahmen

Fotograf: AIB-Archiv, R. Lechleiter, NBI, FMLN/FDR, NACLA, Le Monde

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** mindestens zweimal im Jahr in Abständen von höchstens 6 Monaten beigelegt.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluß: 16. Mai 1985

Anzeigen: Istmo, MID, Honduras Komitee Hamburg, Solidaritätsshop Dritte Welt, Radio Venceremos, Team Reisen, Mittelamerika Magazin, AAB, Juso Bundessekretariat, Extra sozialarbeit, Weltkreis Verlag, Wechselwirkung, Pahl-Rugenstein Verlag, Linke Zeitung

Der gesamten Auflage liegt ein Werbematerial des Peter Hammer Verlages bei



Versöhnliche Töne gen Osten oder Süden, Initiativen in Richtung einer Wiederbelebung weltpolitischer Entspannungstendenzen gar hatte wohl kaum einer von dem jüngsten Reagan-Besuch in der Bundesrepublik und dem darin eingebetteten Bonner Weltwirtschaftsgipfel erwartet.

Daß es dann Anfang Mai d.J. so dick kam und der US-Präsident als erste Amtshandlung auf bundesdeutschem Boden eine weitere Eskalation seines Zermürbungskrieges gegen das sandinistische Nicaragua bekanntgab, kam für viele dann doch überraschend.

Nicaragua-Embargo zum Auftakt

Mit dem Wirtschaftsembargo gegen Nicaragua demonstrierte Washington auf seine eigene Art, wer im Umgang mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unter den Westmächten heute tonangebend ist. Da scherte es wenig, daß der Bonner Außenminister Genscher in diplomatisch verklausulierter Form durchblicken ließ, wirtschaftliche Sanktionen würden von den Westeuropäern im allgemeinen für kein probates Mittel der Politik gehalten. Oder, daß Frankreich seine ohnehin bescheidene Wirtschaftshilfe an Nicaragua weiterführen würde.

Die Reaktionen der Westeuropäer auf die Embargo-Verhängung waren für die Planer des Weißen Hauses und des State Department im Vorhinein kalkulierbar. Das gilt auch für den Umstand, daß es der gastgebende Bundeskanzler Kohl am allerwenigsten wagen würde, die Pseudo-Legitimität der Handlungen seines „Freundes“ Ronald Reagan anzuzweifeln. Denn längst praktiziert die Bundesregierung durch die Weigerung des CSU-geführten Entwicklungsministeriums, den Sandinistas die versprochene Wirtschaftshilfe zukommen zu lassen, seine eigene Form des Boykotts gegenüber dem mittelamerikanischen Land.

Mag sein, daß das „Timing“, die Verkündung des Embargos zum Auftakt des

Reagan'schen BRD-Besuches, auch von dem Kalkül bestimmt war, die Aufmerksamkeit der US-amerikanischen Öffentlichkeit von den Peinlichkeiten des geplanten Präsidenten-Auftritts auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, wo auch alte Chargen der Hitler-SS begraben liegen, abzulenken.

Die geschmacklose Symbolik lag allein schon darin, daß ausgerechnet über solcherlei Gräbern nochmals zelebriert werden sollte, was ohnehin schon mit der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik vor 30 Jahren besiegelt wurde.

Gemeint ist die Wiederaufnahme des Bonner Nachfolgestaats in die „freie Völkerfamilie“ des Westens. Und dies konnte selbst von jenen Kreisen nicht nachvollzogen werden, die den Wert der Bundesrepublik als antikommunistisches Bollwerk gen Osten im Grundsatz sehr wohl zu schätzen wissen.

Dennoch ist es kein Zufall, daß sich die Reagan-Administration auf Kohls persönlichen Wunsch zu einem derartigen „Versöhnungsakt“ bereitfand. Nehmen wir nur einmal den Fall Lateinamerika: So weit entfernt von dem einst gegnerischen Hitler-Deutschland sind die heutigen Lieblingsverbündeten der USA beileibe nicht, weder ideologisch und praktisch. Aus der von Reagan und Kohl gleichermaßen verkörperten Denkrichtung entspringt eben beides mit unweigerlich-antikommunistischer Konsequenz: die Verharmlosung der Diktaturen von einst und die Kumpanei mit den reaktionären bis faschistischen Militäregimes von heute.

Die bürgerliche Presse hat den Bitburg-Effekt bisweilen dahingehend gedeutet, daß der Bonner Kanzler ob der ihm von Reagan über den SS-Gräbern erwiesenen Ehre dem Weißen Haus in Zukunft kaum einen Wunsch abschlagen könne. Da ist durchaus „was dran“.



Nur, die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Kreise in Wirtschaft und Gesellschaft verknüpfen mit der Musterknabenrolle, sofern sie sie annehmen, durchaus eigenständige expansive und aggressive Absichten und Interessen, um deretwillen auch eine zeitweilige Einschränkung des außenpolitischen Manövrierspielraums hingenommen wird. Daß dies immer auch mit vielfachen Illusionen verknüpft ist, zeigt die jüngste Auseinandersetzung um die „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) der Reagan-Administration im Weltraum.

Einstieg in die Weltraumrüstung

Als erste und bis heute einzige Regierung Westeuropas hat Bonn dem Reagan'schen „Krieg-der-Sterne-Programm“ Unterstützung und Beteiligung zugesagt, angeblich weil es sich hier – einer Regierungsstellungnahme zufolge – um ein „ausschließlich auf Verteidigung gerichtetes, längerfristiges Forschungsprogramm“ handele; und vom technologischen Fortschritt dürfe man sich nicht „abhängen“ lassen.

Dabei liegt klar auf der Hand, daß die SDI ein Kernstück innerhalb der Orientierung des US-Imperialismus auf allseitige militärische Überlegenheit ist: „Überlegenheit im Weltraum ist erforderlich“, heißt es im Zukunftsprogramm der US-Luftwaffe „Air Force 2000“, „um sicherzustellen, daß unsere weltraumgestützten Anlagen zur Unterstützung der kriegsschauplatzgebundenen Streitkräfte verfügbar sind.“

Alle Erfahrungen sprechen dagegen, daß es in Sachen Rüstungsproduktion zwischen dem US- und dem BRD-Kapital eine wirkliche „Arbeitsteilung“ mit gleichberechtigtem Austausch „technologischer Erfahrungen“ geben könnte. Eine westdeutsche Beteiligung an der SDI läuft deshalb vor allem darauf hinaus, dem Reagan-Programm der Weltraummilitarisierung politische und wissenschaftliche Schützenhilfe zu leisten. Gleichzeitig erhalten all jene Kräfte neuen Auftrieb, die dies als möglichen Weg dazu ansehen, dem bundesdeutschen Imperialismus einmal einen Zugang zum Bau strategischer Kernwaffenträger zu verschaffen.

Die unmittelbare und aktuelle Verantwortung, die auf Bonn lastet, besteht freilich darin, wieder einmal zum vorprogrammierten Scheitern einer Abrüstungsrunde beizutragen. Denn bei den Genfer Verhandlungen ist die Weltraumrüstung allemal die Kardinalfrage für Erfolg oder Mißerfolg.

Rainer Falk

Rainer Falk

Der Bonner Wirtschaftsgipfel Die Probleme der Dritten Welt blieben außen vor

„Muß man den Nord-Süd-Dialog jetzt vergessen?“, fragte der ehemalige Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit, Edem Kodjo, besorgt am Vorabend des 11. Weltwirtschaftsgipfels in Bonn.¹

Und selbst die bundesdeutschen Hilfsorganisationen, die im Januar d.J. den „Tag für Afrika“ veranstalteten, erregten sich: „Für die Staaten Afrikas oder die anderen Länder der Dritten Welt ist es unerträglich und auch der Sache unangemessen, wenn über ihre Köpfe hinweg auf 'Gipfeln' über das Schicksal ihrer Völker entschieden wird, oder wenn sie beispielsweise in den Entscheidungsstrukturen des Weltwährungsfonds nur über eingeschränkte Stimmrechte verfügen.“²

Da gab es kaum einen Beobachter, der sich von der Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der sieben großen kapitalistischen Industrienationen (USA, Großbritannien, BRD, Frankreich, Japan, Italien und Kanada) vom 2.-4. Mai d.J. in Bonn einen echten Fortschritt für die Anliegen der Entwicklungsländer versprochen hätte.

Freie Fahrt für IMF, Multis

Denn schon im Vorhinein war klar, daß das exklusive Treffen lediglich absegnen würde, was längst zuvor als Generallinie gegenüber der Dritten Welt ausgearbeitet und beschlossen worden war. Diese Strategie beschränkt sich bei näherem Hinschauen auf drei Kernelemente, mittels derer die Entwicklungsländer endgültig auf ihren angestammten Platz als abhängige Anhängsel der Metropolen zurückverwiesen werden sollen:

- **Schuldenstrategie:** Die Verschuldung der Dritten Welt, die in diesem Jahr wahrscheinlich auf ca. 1.000 Mrd Dollar anwachsen wird und schon von ihren quantitativen Ausmaßen her zu einer potentiellen Bedrohung des weltweiten Finanz- und Kreditsystems geworden ist, soll mit Hilfe längerfristiger Umschuldungsregelungen (wie sie kürzlich mit Mexiko beschlossen wurden) in den Griff bekommen werden.

Dabei werden kurzfristige Verbindlichkeiten über einen Zeitraum von 10-20 Jahren gestreckt, allerdings nur unter der



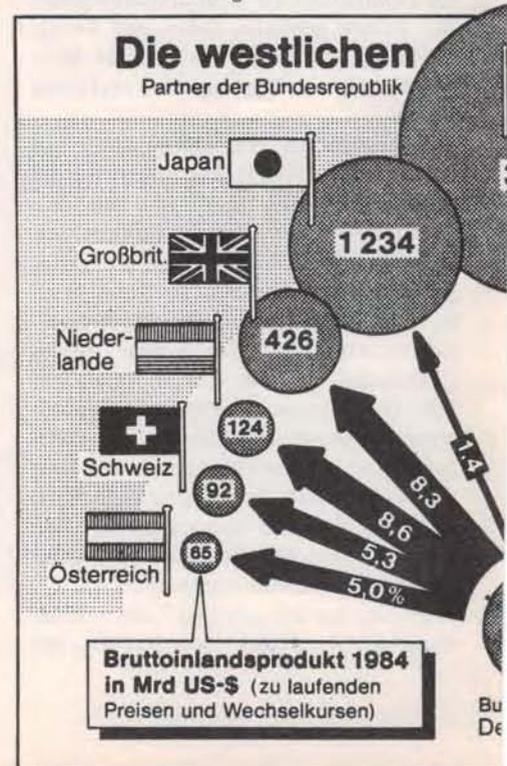
Bedingung, daß sich die betreffenden Länder zur drastischen Anpassung ihrer Volkswirtschaften im Sinne der berichtigten Auflagenpakete des Internationalen Währungsfonds (IMF) bereitfinden: „Wir betonen die entscheidende Rolle des Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe und der verbesserten Zusammenarbeit zwischen ihnen bei der Stützung einer Politik der Schuldnerländer, die erforderlich ist, damit das Vertrauen der in- und ausländischen Gläubiger und Investoren gestärkt, die inländische Ersparnisbildung angeregt, die Ressourcen voll genutzt werden und eine gesunde langfristige Entwicklung gesichert ist.“³

- **Kapitalexportoffensive:** Um die durch den Rückgang der privaten und öffentlichen Kredite an die Dritte Welt entstandenen Lücken zu schließen, werden die Entwicklungsländer dazu gedrängt, alle Restriktionen gegenüber den Direktinvestitionen der transnationalen Konzerne fallen zu lassen. „Vor allem“, so heißt es in der Wirtschaftserklärung von Bonn, „sollten stabilere und langfristige Finanzierungsströme, z.B. Direktinvestitionen der Industrieländer, gefördert werden.“⁴

- **Marktöffnung:** Das dritte große Schlagwort der aktuellen Dritte-Welt-Strategie des Westens heißt „weltweite Handelsliberalisierung“. Nur vordergründig geht es dabei um die Eröffnung neuer Exportchancen für die Entwicklungsländer auf den nördlichen Märkten. Die

wichtigste Funktion der bevorstehenden GATT-Runde (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), für die in Bonn wegen des französischen Einspruchs noch kein konkreter Termin vereinbart werden konnte, besteht vielmehr darin, daß hier die Konkurrenzpositionen der kapitalistischen Industrieländer im Warenhandel untereinander neu abgesteckt werden sollen.

Die Entwicklungsländer lehnen eine Teilnahme bislang ab, da sie davon lediglich eine Beseitigung jener Schranken zu erwarten hätten, die ihre Binnenmärkte vor der übermächtigen Konkurrenz aus



dem Norden bisher wenigstens teilweise abgeschirmt haben.

Im Grunde genommen handelt es sich bei diesem Programm um einen rigiden Anlauf zur Neuordnung der wirtschaftlichen (und damit auch politischen) Machtverhältnisse zwischen den Westmächten und der Dritten Welt.

Es zielt auf die endgültige Revision jenes zugunsten der Entwicklungsländer veränderten Kräftegleichgewichts, das sich seit Anfang der 70er Jahre im Zuge der Ölkrise und des Kampfes um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO, 1974) ergeben hatte. Denn während dieses Programms für den Westen die Chance bietet, die aus der Verschuldungskrise resultierenden Unwägbarkeiten für das internationale Finanzsystem zumindest vorübergehend in den Griff zu bekommen, und für die transnationalen Konzerne neue Investitions- und Ausbeutungsfelder erschlossen werden, ziehen die Entwicklungsländer in jedem Falle den Kürzeren.

Die längerfristigeren Umschuldungsregelungen basieren auf der Annahme, daß die Entwicklungsländer ihre Schuldendienste (Zinsen und Rückzahlungen) an die internationalen Banken aus ihren Exporterlösen bezahlen. Dieses Kalkül erfüllte sich in den letzten beiden Jahren nicht zuletzt deshalb, weil die lateinamerikanischen Großschuldner Brasilien und Mexiko – wie auch andere Länder der Dritten Welt – vom Importsog der US-Konjunktur in gewisser Weise profitieren konnten.

Bei der Zyklicität der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern sind freilich schon in absehbarer Zeit neue Zahlungsschwierigkeiten der Entwicklungsländer zu erwarten, da mit dem Wachstum auch die Exportmöglichkeiten schwinden werden. Als ein erstes Alarmsignal in diese Richtung mußte in

Bonn somit die Tatsache ankommen, daß die Wachstumsrate der US-Wirtschaft im ersten Vierteljahr 1985 nur noch 1,3% betragen hat.

Hinzu kommt, daß trotz aller antiprotektionistischen Bekenntnisse die Handelsbarrieren der entwickelten kapitalistischen Staaten gegenüber der Dritten Welt in der Praxis stetig zugenommen haben.

Nach jüngsten Berechnungen des Sekretariats der Welthandelsorganisation UNCTAD hätten die Entwicklungsländer jährlich zusätzliche Exporteinnahmen von 32 Mrd Dollar, wenn alle tarifären und nichttarifären Handelsbeschränkungen weltweit beseitigt würden. Kämen die Entwicklungsländer in den Genuß eines weltweiten Systems von Präferenzabkommen, dann könnte die

Dritte Welt sogar mit zusätzlichen Exporterlösen von 694 Mrd Dollar rechnen. Das wären rund 70% ihrer gegenwärtigen Auslandsschulden.⁵

An einer Rückzahlung aller Schulden oder an Maßnahmen zu einer echten entwicklungsorientierten Entschuldung besteht in den westlichen Machtzentren freilich schon deshalb kein Interesse, weil damit das gegenwärtig effektivste Instrument neokolonialistischer Druckausübung stumpf würde: der Internationale Währungsfonds (IMF).

Dessen Auflagenpakete, ohne deren Akzeptierung heute kein Land die Einwilligung der westlichen Regierungen mehr erwarten kann, umfassen in der Regel vier Bündel von Maßnahmen: erstens Beseitigung oder Liberalisierung von Außenhandelskontrollen; zweitens

Aus der Bonner Wirtschaftsdeklaration

II. Beziehungen zu den Entwicklungsländern

7. Anhaltendes Wachstum des Welthandels, niedrigere Zinsen, offene Märkte und fortgesetzte Finanzierung in einem Umfang und zu Bedingungen, die dem jeweiligen Einzelfall gerecht werden, sind wesentlich, um die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, gesundes Wachstum zu erreichen und ihre wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden.

Der Ressourcenzufluß einschließlich öffentlicher Entwicklungshilfe, besonders an die ärmeren Länder, soll beibehalten und wo immer möglich, erhöht werden. Vor allem sollten stabilere langfristige Finanzierungsströme, z.B. Direktinvestitionen der Industrieländer gefördert werden. Wir begrüßen die zwischen Schuldnerländern und Geschäftsbanken vereinbarten längerfristigen Umschuldungen. Wir sind weiterhin bereit, in geeigneten Fällen über mehrjährige Umschuldungen von Verbindlichkeiten gegenüber Regierungen und öffentlichen Einrichtungen zu verhandeln.

8. Wir unterstützen auch weiterhin den konstruktiven Dialog mit den Entwicklungsländern in den bestehenden internationalen Institutionen mit dem Ziel einer Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und damit der sozialen und politischen Stabilität dieser Länder.

Wir betonen die entscheidende Rolle des Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe und der verbesserten Zusammenarbeit zwischen ihnen über die Stützung einer Politik der Schuldnerländer, die erforderlich ist, damit das Vertrauen der in- und ausländischen Gläubiger und Investoren gestärkt, die inländische Ersparnisbildung angeregt, die Ressourcen wirkungsvoll genutzt werden und eine gesunde langfristige Entwicklung gesichert ist. Wir wollen sicherstellen, daß diese Institutionen über die notwendigen Mittel und Instrumente verfügen, und wir sind bereit, eine in den kommenden Jahren eventuell erforderlich werdende Erhöhung der Mittelausstattung der Weltbank zu erörtern.

Sorge bereiten uns weiterhin die besonderen Probleme einer Reihe von Entwicklungsländern, die weder zu den ärmsten Ländern

gehören noch in der ersten Reihe der größten Schuldner stehen. Wir sind uns einig, daß eine Erleichterung der finanziellen Anspannung dieser Länder je nach Lage des Einzelfalles in Erwägung gezogen werden soll.

9. Unsere tiefe Sorge gilt der Not afrikanischer Völker, die unter Hunger und Dürre leiden. Wir begrüßen die von unseren Bürgern und privaten Organisationen gezeigte Hilfsbereitschaft sowie die substantielle Hilfe durch die Regierungen vieler Länder und die Einrichtung der Sonderfazilität für Sub-Sahara-Afrika durch die Weltbank.

Wir werden unsere Nahrungsmittelförderung weiterführen. Überdies werden wir unsere Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern verstärken, um ihnen zu helfen, auf der Grundlage ihrer eigenen Agrarprogramme ihr Wirtschaftspotential und eine langfristige Nahrungsmittelstrategie zu entwickeln.

Wir sind bereit, eine Erhöhung der Nahrungsmittelerzeugung durch die Lieferung landwirtschaftlicher Produktionsmittel, z.B. Saatgut, Schädlingsbekämpfung- und Düngemittel, im Rahmen landwirtschaftlicher Entwicklungsvorhaben zu fördern. Wir sind uns einig, daß es notwendig ist, die bestehenden Früherkennungssysteme und Transportvorkehrungen zu verbessern.

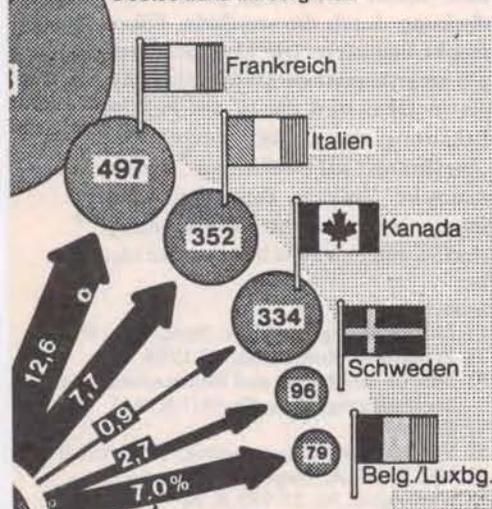
Politische Hindernisse in den betroffenen Ländern dürfen der Verteilung von Nahrungsmitteln an die Hungernden nicht im Wege stehen. Wir betonen die Notwendigkeit, die Einrichtung eines Netzwerks zur Erforschung von Getreidesorten für trockene Zonen zu prüfen. Wir werden unsere Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern bei der Bekämpfung der Wüstenbildung verstärken.

Notwendig sind weitere Anstrengungen aller Länder, die in der Lage sind, zu dieser Arbeit teilweise oder insgesamt beizutragen. Wir appellieren an die Sowjetunion und andere kommunistische Länder, sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung zu stellen. Wir haben eine Sachverständigenkommission eingesetzt, die Vorschläge für Folgemaßnahmen vorbereiten und darüber den Außenministern bis September 1985 berichten soll. (...)

(Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Bonn, Nr. 48/7.5.1985, S. 412/413)

Industrieländer

Deutschland im Vergleich*



*ausgewählte Länder

ZAHLNBILDER

Die nächsten Themen:

- Sozialarbeit zur Stunde Null – Die Frauen packen's an
- Psychiatrie: Anstalt aufgelöst – und was dann?
- Lob der Arbeit, Lob der Faulheit?

Aktuelle Informationen und Hintergründe zur Sozialpolitik:

- Rentenmisere
- Geißlers Familientheater
- Jugendwohlfahrtsgesetz
- Mindesteinkommen
- Pflegeversicherung

SOZIAL EXTRA

Neu *

Jeden Monat ein Schwerpunkt mit 16 Seiten, Beiträge aus allen sozialen Bereichen, Zeitung, Praxisberichte in „So geht's“, Texte und andere Medien, ein dicker „Markt“ und „Über Leben“

● Jahres-Abo
Wer sich jetzt entschließt, bekommt ein extra-Geschenk: unser extra-dickes extra-Heft über Utopien „Die Bombe fällt nicht“ im Wert von DM 10,-

● Schnupper Abo
(3 Hefte DM 12,-)

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ, Ort: _____
Datum: _____
Unterschrift: _____

An: Hundertmorgen, Postfach 2, 6107 Reinheim

Diese Bestellung ist innerhalb von 8 Tagen widerrufbar. Zur Wahrung der Frist reicht die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies mit meiner Unterschrift.

112

* Die Zeitschrift mit der linken Tradition: Seit 1976 als „päd. extra sozialarbeit“ aus einem selbstverwalteten Betrieb.

ein binnenwirtschaftliches Antiinflation- und Sparprogramm einschließlich des Abbaus von Haushaltsdefiziten, der Streichung von Nahrungsmittel- und anderer Subventionen, Reprivatisierungen von Staatsunternehmen, der Aufhebung von Preiskontrollen bei gleichzeitiger Kontrolle der Lohnsteigerungen; drittens großzügigere Behandlung ausländischer Investitionen, vor allem Gewährleistung des freien Profittransfers; und viertens Abbau der Rückstände beim Schuldendienst.⁶

Faktisch werden die nationalen Volkswirtschaften mit diesen Maßnahmen nicht nur der übermächtigen Konkurrenz der westlichen transnationalen Konzerne unterworfen, sondern einem Schrumpfungsprozeß („Gesund-schrumpfen“) ausgesetzt: Wenn die Exporterlöse nahezu vollständig zur Begleichung der Auslandsschulden verwendet werden müssen, bleiben kaum noch Mittel für Importe oder nationale Investitionen übrig.

Völlig irrig ist die Annahme, die entstehenden Finanzierungslücken könnten durch einen wachsenden Zustrom ausländischer Privatinvestitionen geschlossen werden.

Selbst bei einem 10%-Wachstum der internationalen Direktinvestitionen (die in den letzten Jahren rückläufig waren) würde auf diese Weise nicht einmal ein Fünftel des zur Erreichung eines bescheidenen Wachstums von 4,5% notwendigen Finanzbedarfs aufgebracht werden.⁷

„Reagonomics“ setzt sich durch

Davon abgesehen laufen wachsende Direktinvestitionen ebenso wie die steigenden Schuldendienste in der Konsequenz auf eine wachsende Dekapitalisierung der betreffenden Länder hinaus, was einen Ausverkauf nationaler Ressourcen im wahrsten Sinne des Wortes bedeutet.

Allein im letzten Jahr, so ergab eine Berechnung der aus sieben lateinamerikanischen Ländern bestehenden Cartagena-Gruppe, hatte Lateinamerika einen Nettokapitalabfluß von 55 Mrd Dollar zu beklagen. Und das, wo doch gerade ein umgekehrter Kapitalstrom vonnöten wäre!

Die Geschlossenheit, mit der die führenden kapitalistischen Industrieländer in Bonn diese Doppelstrategie der Ausbeutung gegenüber der Dritten Welt vertreten und – wenngleich in verklausulierter Form – in ihrer Wirtschaftsdeklaration (siehe Kasten) fixiert haben, darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß Meinungsverschiedenheiten und Interessenwidersprüche zwischen den Gipfelteilnehmern wie selten zuvor das Bild bestimmt haben:

● Wo die USA mit der demonstrativen Verkündung ihres Wirtschaftsembargos gegen Nikaragua am Vorabend der Gipfelkonferenz ein Zeichen für einen noch rabiaten Umgang mit der Dritten Welt setzen wollten, verweigerten ihnen die übrigen Konferenzteilnehmer, besonders die Westeuropäer, die Zustimmung.

● Wo frühere Wirtschaftsgipfel ehrgeizige Projekte zur gemeinschaftlichen Regulierung der Weltwirtschaft und eines konzertierten internationalen Krisenmanagements anstrebten, gaben die Staats- und Regierungschefs diesmal nur ihre eigenen wirtschaftspolitischen Prioritäten zu Protokoll, dazu noch in Formulierungen, deren Unverbindlichkeit selten übertroffen worden ist.

Als Trend bleibt freilich unverkennbar, daß die „Reagonomics“ immer mehr zur vorherrschenden Leitlinie westlicher Wirtschaftspolitik wird: mehr „Flexibilität“ bei den Lohn- und Beschäftigungssystemen (sprich: Abbau von Arbeitnehmerrechten und Inkaufnahme von Massenarbeitslosigkeit), Steuergeschenke an die Industrie, weniger „Reglementierung“ durch den Staat und absoluter Vorrang der „Privatinitiative“.

● Der tiefe Interessenwiderspruch zwischen Westeuropa und den USA wurde noch am deutlichsten durch den Widerspruch Frankreichs gegen das Reagan'sche „Star Wars“-Programm, seine Weigerung zur Festlegung eines GATT-Termins und sein Plädoyer für eine Neuordnung des Weltwährungssystems signalisiert, durch die der gegenwärtig um mindestens 30% überbewertete Dollar auf ein den tatsächlichen wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen entsprechendes Niveau zurückgeschraubt werden müßte.

Daß die Bundesregierung Kohl/Genscher in diesen Fragen zu mehr Zugeständnissen an den „großen Bruder“ in Washington bereit ist, dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß die alt-neuen Sonderziele Westdeutschlands gegenüber dem Osten mehr denn je der Rücken-deckung durch die westliche Führungsmacht bedürfen: Die Unterstützung der US-amerikanischen Verhandlungsstrategie in Genf und die in der Politischen Erklärung des Gipfels ausgesprochene „Hoffnung“ auf ein Europa, „in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“⁸, sind so gesehen zwei Seiten einer Medaille.

Anmerkungen:

- 1) Le Monde Diplomatique, Paris, Mai 1985
- 2) Frankfurter Rundschau, 4.5.1985
- 3) Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 48/7.5.1985
- 4) Ebenda
- 5) Vgl. epd-Entwicklungspolitik, Nr. 5/1985
- 6) Vgl. NACLA. Report on the Americas, Washington, Nr. 2/1985, S. 24
- 7) Siehe dazu: South, London, Mai 1985
- 8) Bulletin..., a.a.O.

Richard Ward

Die heimliche Allianz China – USA



Handreichung von Premier Zhao Ziyang und Ronald Reagan bei dessen Staatsbesuch 1984 in Peking

China und die USA entwickeln diskret ein Programm militärischer Zusammenarbeit von beachtlicher Bedeutung.

Davon zeugt der wachsende Austausch von hochrangigen Militärdelegationen zwischen den beiden Ländern und insbesondere der 12tägige Besuch des Generals John W. Vessey Jr., Chef des Generalstabs der US-Streitkräfte, im Januar d.J., wobei er militärischen Manövern beiwohnte.

Vom Militäraustausch...

General John Vessey ist die wichtigste Persönlichkeit des US-Militärs, die seit 1947 China besuchte. Damals unterstützten die USA die Nationalisten in ihrem Kampf gegen die revolutionären Kräfte, die 2 Jahre später siegten.

Einen weiteren „Präzedenzfall“ gab es im April d.J., als die US-amerikanische Marine Schanghai, dem ersten Hafen in den die amerikanischen Kriegsschiffe einliefen, einen Höflichkeitsbesuch abstattete.

Der chinesische Amtskollege Vesseys, Yang Dezhi, Generalstabschef der chinesischen Streitkräfte, wird die USA gegen Ende des Jahres besuchen. Schließlich werden sich weitere hohe US-amerika-

nische Offiziere in den nächsten Monaten nach China begeben.

Dieser Austausch von Militärs begann 1983, nach dem Besuch des Verteidigungsministers Caspar Weinberger. Er bestätigte bei dieser Gelegenheit, daß Washington bereit sei, Waffen und Ausrüstungen von hoher Technologie, hochentwickelte Computer, Material zur Bodenerkundung, das auch zur Luftaufklärung verwandt werden kann, an China zu verkaufen.

China war erfreut vom US-amerikanischen Willen, seinen Plan der Modernisierung der Logistik zu unterstützen, ließ sich aber relativ viel Zeit, die militärische Ausrüstung zu kaufen.

Die Gründe dieses Zögerns sind nicht bei den enormen Kosten zu suchen, die eine derartige Operation verursacht. Was Peking stört, ist die Tatsache, daß die Amerikaner ihnen nur strategische Waffen verkaufen wollen und die Lieferung von Ausrüstungen für die Luftwaffe verweigern. Diese würden ihnen gegenüber Taiwan, dieser chinesischen Provinz, die noch unter amerikanischem Protektorat steht, eine überlegene Feuerkraft verleihen.

Andererseits ist China ein wichtiger Abnehmer hoher Technologie geworden. Mit der Aufhebung der amerikanischen

Kontrolle über diese Exportgüter hat China Spitzenmaterial für mehr als 1 Mrd Dollar im Jahr 1983 gekauft – d.h. mehr als das Doppelte im Vergleich zum Vorjahr – und die Käufe stiegen weiter an. Kein anderes Land des sozialistischen Lagers durfte solche Artikel von den USA oder von ihren Verbündeten importieren.

Der Besuch von Weinberger und die Zusage, China die Einfuhr dieser US-amerikanischen Technologien zu erleichtern, eröffneten einen Austausch von Besuchen zwischen dem chinesischen Premierminister Zhao Ziyang – der nach Washington reiste – und Präsident Reagan, der sich Anfang 1984 in China aufhielt.

...zum Kauf von US-Waffen

Zwischen diesen beiden Staatsbesuchen weilten Zhang Pin, ein hoher Funktionär der Kommission über militärische Technologie und der Sohn des chinesischen Verteidigungsministers Zhang Aiping unter größter Geheimhaltung einen Monat lang in den USA. Sie besuchten mehrere Betriebe für die militärische Luftfahrt, für Lenkwaffen, Panzer usw. Peking verlangte Geheimhaltung und bestand darauf, daß der Austausch chine-

sisch-amerikanischer Militärdelegationen mit einem Minimum an Öffentlichkeit vor sich ging.

Diese Haltung warf in der US-Presse viele Fragen auf. Die glaubwürdigste These bleibt, daß Peking, das sich in der Öffentlichkeit auf seine Nichtpaktgebundenheit beruft und danach trachtet, sein Image in der Dritten Welt zu verbessern, zu verhindern versucht, daß der Eindruck einer stillschweigenden chinesischemerikanischen Allianz entsteht.

„Das eiserne Dreieck“

Die Berichte des Pentagon der letzten Jahre unterstreichen alle die Bedeutung Chinas für die Militärstrategie Washingtons.

Um die Empfindlichkeit Pekings nicht zu verletzen, hat die US-Administration zu diesem Thema jedoch noch nie öffentliche Erklärungen abgegeben.

Gleichwohl hat der ehemalige Berater von Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, der für die nationale Sicherheit zuständig war und der nicht mehr durch seine offizielle Verantwortung gebunden ist, vor einer Kommission des Senats am 17.5.1984 erklärt:

„Das Entstehen einer de facto, oder, wenn Sie dies vorziehen, einer heimlichen Allianz zwischen den USA und China ist momentan eine Tatsache aufgrund gewisser gemeinsamer und dauerhafter politischer Interessen.“ Er fügte hinzu: „China, Japan und die USA bilden ein unüberwindliches eisernes Dreieck.“

Im Juni 1984, während eines Besuches im Weißen Haus, erhielt der chinesische Verteidigungsminister Zhang Aiping von Reagan ein Dokument, das es Peking offiziell erlaubt, US-amerikanische militärische Ausrüstungen und Dienstleistungen entsprechend dem US-Gesetz über die Kontrolle der Waffenexporte zu kaufen. Zhang habe dem Pentagon die Liste der von seinem Land gewünschten Waffen übergeben. Nach vorheriger Zustimmung des Pentagon scheinen die Amerikaner entschlossen, Marineausrüstung und andere sehr unterschiedliche Waffensysteme, darunter Radaranlagen, Boden-Luft-Lenk Waffen und Panzerabwehrraketen vom Typ Tow, zu liefern. Letztere sollen nach einem Abkommen gemeinsam hergestellt werden.

Im Dezember 1984 besuchte eine neue chinesische Delegation US-amerikanische Werften. Am Tag der Ankunft Vesseys in Peking erklärte die US-Administration, daß ein Abkommen mit China getroffen worden sei, das die Modernisierung der Flotte und die Lieferung von Sonars, Torpedos, Turbinenmotoren und Phalanx-Schnellfeuerkanonen, die Raketen, wie z.B. die französische Exo-

ret zerstören können, vorsehe.

Ein Vertrag wurde noch nicht unterzeichnet. Aber Ende Januar d.J. war Melvyn R. Paisly, der stellvertretende amerikanische Marine-Minister für Forschungsangelegenheiten in China, um ausführlicher über die Marine-Lieferungen zu sprechen.

US-amerikanische Waffenlieferungen an China scheinen möglich. Es ist jedoch noch nicht möglich, deren Umfang einzuschätzen in Anbetracht der begrenzten Zahlungsfähigkeit Chinas. China zieht verständlicherweise Geschäftsabschlüsse zur gemeinsamen Waffenproduktion vor, die es erlauben, Waffen US-amerikanischer oder europäischer Herkunft unter Lizenz herzustellen.

In gewissen Fällen wird dies sicher zu erreichen sein, obwohl natürlich die Rüstungsbetriebe aus naheliegenden Gründen der Rentabilität kein Interesse daran haben. Wenn Peking das „Handwerkszeug“ seiner 4,2 Mio Militärs – die größte Armee der Welt – modernisieren will, muß der Hauptanteil des Materials an Ort und Stelle produziert werden.

Obwohl China interkontinentale ballistische Raketen, die atomare Raketenköpfe tragen können, hergestellt hat, sind Spezialisten der Ansicht, daß das militärtechnische Niveau 15-20 Jahre hinter dem der westlichen Länder oder der Sowjetunion zurückliegt. China ist neben Jugoslawien das einzige sozialistische Land, das US-amerikanische Waffen erhalten kann. Selbst wenn die Lieferungen auf bescheidenem Niveau bleiben, erlauben sie der chinesischen Rüstungsindustrie, große Schritte zu unternehmen.

Alle diese Verhandlungen und die verhältnismäßig freundliche Atmosphäre der chinesischemerikanischen Beziehungen belegen, daß beide Länder Beziehungen unterhalten, die enger sind als China zugeben will.

In der chinesischemerikanischen Politik kam es seit der Versöhnung

von 1971 und 1972 und auch seit der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen Ende 1978 zu Veränderungen. So erklärt sich die jetzige Zusammenarbeit durch die Entwicklung der Beziehungen, die 1971 einsetzten, als Henry Kissinger, der für die nationale Sicherheit zuständige Berater von Präsident Nixon, sich in Peking aufhielt und das auslöste, was er unangebracht „eine geopolitische Revolution“ nannte und 20 Jahren gegenseitiger Feindseligkeit ein Ende setzte.

Zu jenem Zeitpunkt wurde die Basis geschaffen für die heimliche Allianz gegen die Sowjetunion und für eine internationale Zusammenarbeit auf zahlreichen Gebieten.

Einig gegen Vietnam

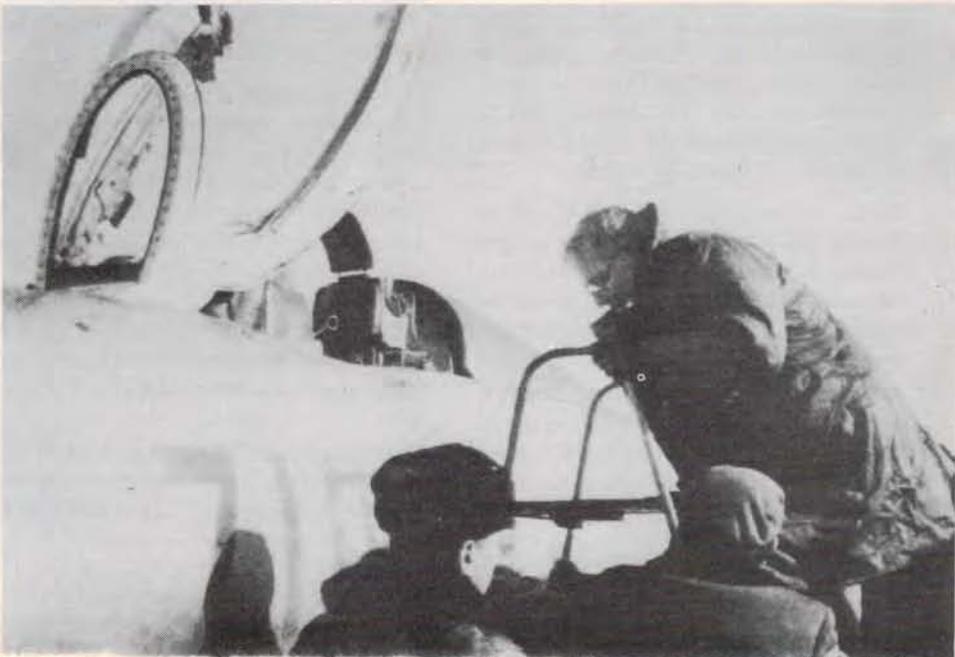
Die Niederlage der USA in Vietnam stand am Anfang der chinesischemerikanischen Versöhnung.

Kissinger und Nixon suchten sich der chinesischen Sympathie zu versichern, um die US-Intervention auf die eine oder andere Weise zu rechtfertigen. China hatte die USA diskret wissen lassen, ein amerikanischer Rückzug würde seinem Wunsch entsprechen, daß Vietnam wie 1954 geteilt bleibt.

Trotz der Entwicklung einer Zusammenarbeit, die von China freudig begrüßt wurde, hatte die Strategie Kissingers und Nixons keinen Erfolg. Denn als der Friedensvertrag, der den endgültigen Rückzug der amerikanischen Truppen aus Südvietnam vorsah, 1973 unterzeichnet wurde, waren die revolutionären Kräfte zu stark und das Marionettenregime, das die Amerikaner in Saigon eingesetzt hatten zu schwach, um die „Uhren zurückzudrehen“ und die Befreiung Vietnams und seine Wiedervereinigung zu verhindern (1975 bzw. 1976; d. Red.).

Vietnam konnte seine Befreiung voll-

US-Verteidigungsminister Brown 1980 auf dem chinesischen Luftwaffenstützpunkt Tientsin



enden, obwohl China seine Militärhilfe an Hanoi, nach der Unterschrift des Vertrages im Januar 1973 in Paris, einstellte (siehe AIB-Sonderheft 1/1985 zu Vietnam, S. III und XVII ff.; d. Red.).

Was die übrige Welt anging, so bestand in den 70er Jahren zwischen Peking und Washington eine bemerkenswerte Annäherung der Einschätzungen in zahlreichen Fragen. Diese Zusammenarbeit begann Ende 1971 mit der koordinierten Unterstützung Pakistans während dessen Konflikt mit Indien, der zur Gründung des Staates Bangladesh führte. Auch in verschiedenen Regionen Afrikas arbeiteten die beiden Länder zusammen.

So unterstützten Peking und Washington z.B. zwischenzeitlich gemeinsam die Opposition gegen die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas; d. Red.) in Angola. China verlor im übrigen viel Prestige in der Dritten Welt aufgrund dieser Unterstützung.

Desgleichen sprach sich Peking nach dem Sieg der Sandinistas in Nicaragua für eine US-Intervention aus, die seiner Propaganda zufolge nur zum Ziel gehabt hätte, ein sowjetisches Eindringen zu verhindern.

Teure Feindschaft gegen Moskau

Seit 3 oder 4 Jahren hat eine Veränderung der chinesischen Politik begonnen. 1979, während der chinesischen Invasion Vietnams, sprach sich Peking für eine globale, gegen die Sowjetunion gerichtete Allianz zwischen den westlichen Ländern, Japan und China aus. Heute sucht Peking eine begrenzte Entspannung mit seinem nördlichen Nachbarn, während die USA ihre feindliche Haltung beibehalten.

Gewisse Beobachter glauben, daß China sich zielt, seine militärischen Vereinbarungen mit den USA öffentlich zu machen, da es den Normalisierungsprozeß mit der Sowjetunion aufrechterhalten will. Es ist jedoch wahrscheinlicher, daß Peking verstanden hat, daß eine teure Feindschaft gegen Moskau nur den US-Interessen dient in dem Sinne, daß sie seine Entwicklung verzögert.

Die neue Position Chinas stellt eine klare Antwort auf die Veränderungen in der US-Politik dar. General Haig, der ehemalige Stellvertreter Kissingers, hatte versucht, diese Veränderungen zu verhindern als er den Posten des Außenministers Reagans bekleidete.

In Wiederholung der Positionen von Kissinger und Brzezinski – der Architekten der amerikanischen Chinapolitik der letzten drei Regierungen – schrieb Haig letztes Jahr in seinen Memoiren: „Wenn man die strategischen Interessen der USA und der westlichen Staaten während des letzten Viertels des 20. Jahr-

hunderts in Betracht zieht, so wäre China das Land, das am besten geeignet ist, dem sowjetischen Expansionismus zu begegnen. Die Chinesen behaupten, daß dies erreicht werden kann durch einen strategischen Konsens zwischen einer ausreichend großen und entschlossenen Gruppe von Nationen – sowohl von entwickelten als auch von Ländern der Dritten Welt.“

Wenn die Chinesen derartige Standpunkte nicht mehr öffentlich vertreten, wie sie es noch vor einigen Jahren taten, so sei dies in der Haltung von Reagan begründet.

Haig schrieb, daß Reagan „langsam, wenn nicht unfähig war, die Bedeutung (seiner) Ansichten“ bezüglich der chinesisch-amerikanischen Beziehungen zu „beurteilen“. Reagan unterbrach zwar nicht „die heimliche Allianz zwischen Washington und Peking, dachte jedoch, daß Japan und nicht China der wichtigste Verbündete der US-Amerikaner in



USA-Besucher Deng 1979 beim Ford-Konzern: Sonderinteresse Technologie- und Rüstungsimporte

Asien sei. Im übrigen hatte er ein bedeutendes Aufrüstungsprogramm begonnen, daß allgemein die Rolle der US-amerikanischen Verbündeten in der strategischen Konstellation zwischen den USA und der Sowjetunion abwertete.

So gerieten die chinesisch-amerikanischen Beziehungen kurz nach Reagans Amtsantritt fast unvermeidlich in eine Krise, bis das Weiße Haus erklärte, daß es seine Beziehungen zu Taiwan nicht aufwerten würde, wie während des Wahlkampfes versprochen. Washington und Peking unterzeichneten daraufhin 1982 ein Stillhalteabkommen. Dies änderte zwar nichts, erlaubte jedoch beiden Seiten, einem Konflikt mit Taiwan auszuweichen.

Peking hatte gedroht, seinen Beziehungen mit Washington keinen Vorrang mehr einzuräumen, wenn die USA fortführen, Waffen an Taiwan zu liefern. Aber die Reagan-Administration konnte dies nicht versprechen.

Im Moment ist Peking auf „Start zurückgekommen“, indem es akzeptiert, was es selbst mit Waffengewalt nicht verändern kann.

Die USA verkaufen selbstverständlich nichts ohne Gegenleistung.

Wenn es heute zwischen Peking und Washington Differenzen gibt, so werden sie im gegenseitigen Einverständnis beiseite gelassen. Die Kritiken Pekings bezüglich des US-Interventionismus in der Dritten Welt sind verstummt bzw. rein formell. Hingegen arbeiten beide Staaten zusammen, indem sie unpopuläre Regimes in der Dritten Welt wie z.B. Zaire, Sudan, Pakistan und Chile unterstützen.

Kritik an Washington verstummt

China hilft mit militärischer und diplomatischer Unterstützung bei dem Versuch der USA, die Regierung von Afghanistan zu destabilisieren. Sie arbeiten auch Hand in Hand gegen Vietnam. Während Washington sich weigert, der diskreditierten Armee Pol Pots direkt Waffen zu liefern, leistet China militärische Unterstützung an Thailand – die Zusammenarbeit dieses Staates mit China erlaubt letzterem, die reaktionären regierungsfeindlichen Kräfte in Kampuchea zu unterstützen.

Außerdem liefern die USA Informationen an China über die Positionen der vietnamesischen Truppen. Diese Informationen würden China helfen, wenn es sich entscheiden sollte, Vietnam eine „zweite Lektion“ wie 1979 zu erteilen. Am 28. Februar d.J. sagte der Staatssekretär für ostasiatische Angelegenheiten, Paul D. Wolfowitz – nachdem er mit chinesischen Vertretern in Peking diskutiert hatte – während einer Pressekonferenz, daß die USA nicht intervenieren würden, wenn China Vietnam nochmals überfallen sollte.

„Das ist eine Angelegenheit, die nur China und Vietnam angeht“, bemerkte er abschließend. Eine überraschende Haltung von einem ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrates. Sie ist jedoch verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß Washington die hegemonialen Ansprüche Chinas auf Indochina anerkennt. Schließlich hoffen die USA, daß die militärische Zusammenarbeit mit China das Ausmaß der chinesisch-sowjetischen Normalisierung vermindern kann.

Aber selbst wenn China fortfährt, seine Hand dem Westen zu reichen, dürfte dies eine Fehlkalkulation sein. In der Tat, Peking behauptet nicht mehr, wie dies während der Kulturrevolution der Fall war, daß es von einer eventuellen sowjetischen Invasion bedroht ist. Aber nur China könnte sagen, ob die Hoffnungen Washingtons die chinesisch-sowjetische Normalisierung zu stören, illusorisch sind oder nicht.

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 344, 1985, S. 49-51)

Ulrich Rupp

Das Militär bleibt am Ruder



Die Polizei geht in Dacca gegen protestierende Studenten vor

Am 21. März d.J. ließ sich der Staatspräsident und oberste Kriegsrechtswalter Bangladeshs, General Hossain Ershad, durch ein Referendum in seinem Amt bestätigen.

Damit hat er die politische Initiative in dem südasiatischen Land wieder an sich gerissen, nachdem er im vergangenen Jahr der zivilen Opposition ein Zugeständnis nach dem anderen hatte machen müssen.

Die Hoffnungen, nach 10 Jahren Militärrherrschaft wieder zu einem demokratischen Regime zurückzukehren, haben sich dadurch vorerst zerschlagen.

Bangladesh, das ehemalige Ostpakistan war erst 1971, nach einem Befreiungskrieg gegen Pakistan unabhängig geworden. Damals kam die Awami-Liga — heute eine führende Kraft der Opposition — unter Führung des „Vaters der Nation“, Mujibur Rahman, an die Macht. Er wurde jedoch 1975 durch rechte Militärs ermordet.

Zu den grundsätzlichen Zielen der Regierung Mujibur Rahmans gehörten — wie auch in der Verfassung niedergelegt — Nationalismus, Demokratie und Sozialismus.

Entsprechend wurde eine Landreform verkündet, die die Höchstgrenze für Landbesitz auf 13,4 ha pro Familie festsetzte und die Kleinbauern bis 1 ha von

den Steuern befreite. Sie wurde jedoch nur zu einem geringen Teil durchgeführt. Zu weiteren progressiven Maßnahmen gehörten die Nationalisierung von 80% der Industriebetriebe, der Privatbanken, Versicherungen sowie des gesamten Bahn-, Luft- und Seeverkehrs.

Bangladesh verfolgte eine antiimperialistische unabhängige Außenpolitik innerhalb der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Scheitern des „Vaters der Nation“

Diese Maßnahmen forderten den Widerstand der reaktionären Kräfte heraus. Dabei spielte ihnen zweierlei in die Hände.

Zum einen gelang es der Regierung — vor allem wegen der Korruption in der Awami-Liga — nicht, die Folgen der Überschwemmungskatastrophe 1974 zu überwinden und die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Zum anderen nutzten die Rechtskräfte die Einschränkung politischer Freiheiten für ihre Zwecke.

Anfang 1975 gründete Mujibur Rahman, unter Einbeziehung seiner Awami-Liga und einiger linker Parteien, die Awami-Liga der Arbeiter und Bauern (BAKSAL) als Einheitspartei und verbot alle

anderen Parteien.

Die USA schränkten daraufhin ihre Nahrungsmittelhilfe ein und verstärkten damit die Hungersnot. Vor diesem Hintergrund konnte am 15.8.1975 ein Militärputsch unter Führung Ziaur Rahmans gelingen, der zunächst auf Unterstützung großer Teile der Bevölkerung stieß. Der neue Machthaber leitete eine Umorientierung auf allen Gebieten der Politik ein, die im wesentlichen von den folgenden Zivil- und Militärregierungen beibehalten wurde (siehe AIB 9/1975, S. 22ff.).

Weltbank/IMF bestimmen

Außenpolitisch vollzogen die Militärs eine Hinwendung zu den USA und zu den konservativen Staaten des Persischen Golfs. Der 7. US-Flotte wurden Ankerrechte im Hafen Chittagong eingeräumt.

Innenpolitisch wurden das Ausnahme-recht verhängt und zunächst die Parteien und Gewerkschaften verboten, politische Gegner in Haft genommen und die Verfassung außer Kraft gesetzt.

Wirtschaftspolitisch betrieben die Militärs eine Orientierung auf den kapitalistischen Entwicklungsweg und eine Öffnung für das Auslandskapital.

Eine Seite der Auslandsabhängigkeit stellt der hohe Anteil der Auslandshilfe am Staatshaushalt dar. Über 50% seines Volumens werden aus diesen Mitteln gedeckt. Der Anteil der Auslandshilfe am Bruttosozialprodukt stieg von 5% (1973) auf 13% (1983). Diese Mittel — allein 5,6 Mrd Dollar 1982-84 — werden zum Großteil von den Westmächten, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IMF) bewilligt, die damit auch weitgehend die Wirtschaftspolitik des Landes bestimmen.

Die Handelsbilanz ist seit Jahren defizitär. Während sich im Finanzjahr 1977/78 der Fehlbetrag auf 852 Mio Dollar belief, wuchs er auf 1,82 Mrd in 1981/82. Parallel dazu stieg die Auslandsverschuldung von 358 Mio (1973) auf über 4 Mrd Dollar Mitte 1982.¹

Verschlimmert wurde die Situation zusätzlich durch eine Wirtschaftskrise seit Beginn der 80er Jahre. Gegenüber den Wachstumsjahren in den 70er Jahren

(6%), fiel das Bruttosozialprodukt 1981/82 erstmals um 0,9%.

Mit der Förderung ausländischer Investitionen einher ging die rasche Privatisierung vormals verstaatlichter Betriebe. Bis Ende 1984 wurden 100 große Jute-, Textil- und andere Fabriken an ihre ehemaligen Besitzer zurückgegeben. Die Tätigkeit von Privatbanken wurde wieder gestattet.

Sozialpolitisch konzentrierte man sich auf Maßnahmen zur Geburtenkontrolle, zur Senkung der Analphabetenquote und zur Sicherung der Nahrungsmittelproduktion bzw. -versorgung – jedoch mit geringem Erfolg. Bangladesh blieb eines der fünf ärmsten Länder der Welt.

Hauptproblem Hunger

Das Pro-Kopf-Einkommen stieg seit 1978 um lediglich 6,6% auf 140 Dollar im Jahr 1982.

Rund 80% der Bevölkerung leben deshalb unter der Armutsgrenze. Der Kalorienverbrauch sank gar von 2.094 (1975-76) auf 1.943 (1981-82). Infolge der Landkonzentration – 15% der Familien besitzen über 60% des Bodens – ist über die Hälfte der Bevölkerung landlos. Wegen der fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten sind 30% ohne Arbeit. Jährlich wandern zehntausende qualifizierter Ingenieure, Techniker, Facharbeiter aus, vorwiegend in die arabischen Golfstaaten (1981 ca. 56.000). Positiv daran ist lediglich, daß Bangladesh mit Hilfe der hohen Überweisungen der Emigranten – 1982/83 allein 600 Mio Dollar – ein Drittel seiner Deviseneinnahmen bestreiten kann.²

Daß sich in Bangladesh erst relativ spät Widerstand gegen die Militärdiktatur regte, liegt an einigen besonderen Entwicklungen. So verstand es Ziaur Rah-

man zunächst, wirtschaftspolitische Erfolge zu seinen Gunsten auszunutzen und die Hoffnung zu nähren, soziale Not in absehbarer Zeit lindern zu können.

1975/76 konnte in Bangladesh eine um 17% höhere Ernte eingefahren werden. Ebenso erreichte man Zuwachsraten in der Industrieproduktion (6,8%), konnte man die Inflation bei 10% stabilisieren, Schmuggel und Korruption teilweise unterbinden.

Gestützt auf diese Erfolge konnte es sich Ziaur Rahman leisten, eine teilweise politische Öffnung einzuleiten. Mit der 1978 gegründeten Nationalpartei Bangladeshs (BNP) gewann er die Präsidentschaftswahlen desselben Jahres und die Parlamentswahlen 1979. Die Awami-Liga, noch vom Makel der Alleinherrschaft behaftet, landete weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz.

Zur Jahreswende 1979/80 drohte die Opposition, die Arbeit des Parlaments zu boykottieren, wenn dessen Kompetenzen nicht ausgeweitet und die politischen Gefangenen nicht freigelassen würden.

Ziaur Rahman konnte zunächst durch die bloße Ankündigung, das Schicksal politischer Häftlinge prüfen zu wollen, Teile der Opposition an sich ziehen. Die Awami-Liga und die Nationale Sozialistische Partei (JSD) setzten jedoch ihre Aktionen fort. Jetzt erst ließ Ziaur Rahman 800 von ihnen frei und sicherte eine Amnestie für weitere 13.000 zu.

Anfang 1980 kam es auch zu den ersten großen Streikbewegungen. 500.000 Regierungsangestellte traten in den Ausstand. Sie folgten damit den Arbeitern und Angestellten der Juteindustrie, den Bankangestellten und Lehrern, die allesamt für höhere Löhne – die trotz gestiegener Inflation konstant geblieben waren –, gestreikt hatten.

Einen allmählichen Aufschwung nahm

die Oppositionsbewegung nach der Ermordung Ziaur Rahmans im Mai 1981 und insbesondere nach dem neuerlichen Putsch der Militärs im März 1982. Sie setzten eine zivile Übergangsregierung ab, nachdem eine Einigung innerhalb des Militärs über einen militärischen Nachfolger Ziaur Rahmans nicht zustande gekommen war.

Das neue Staatsoberhaupt, General Hossein Mohammed Ershad, verhängte sogleich das Kriegsrecht, ernannte sich selbst zum obersten Kriegsrechtverwalter und übernahm die Kontrolle über sämtliche Teilstreitkräfte. Die legale politische Betätigung wurde verboten, die Presse einer inoffiziellen Zensur unterworfen und die Arbeit der Gewerkschaften drastisch eingeschränkt.

1982/83 war es zunächst die Studentenschaft, die auf Konfrontationskurs mit General Ershad ging. Anlaß waren Ankündigungen, Arabisch als zweite Pflichtsprache an den Schulen des Landes einzuführen, die Absicht, Bangladesh in eine islamische Republik umzuwandeln sowie die Pläne, die Studenten mit 50% an ihren eigenen Ausbildungskosten zu beteiligen.

Popularitätsschwund der Militärs

Anfang 1983 gesellte sich der Protestbewegung eine kurz zuvor gegründete 15-Parteien-Allianz zu. Ihr gehören unter Führung der Awami-Liga auch linke Parteien wie die Nationale Awami Partei (NAP), die JSD und die Kommunistische Partei Bangladeshs an. Sie wird von der Tochter Mujibur Rahmans, Hasina Wazed, geführt.

Die Streiks und Demonstrationen kulminierten am 14. und 15. Februar 1983, als Polizei und Militär Versammlungen von mehreren tausend Studenten auflöste, dabei sämtliche Führer der 15-Par-

Bangladesh-Daten

Territorium: 143.998 qkm (40% kleiner als die BRD)

Bevölkerung: 93 Mio (1982); 98% Bengalen, 2% Biharis und Assamesen

Hauptstadt: Dacca, 3,8 Mio Einwohner

Religion: 80% Moslems, 18% Hindus

Sprache: Bengali, Englisch

Währung: Taka; 1 Taka = 0,12 DM (Dezember 1984)

Wirtschaft und Soziales: 77% der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, 13% in der Industrie.

Hauptausführprodukt ist Jute (60%). Außerdem werden Tee, Häute und Leder exportiert. Haupthandelspartner sind die EG, die USA, Japan, Singapur und China. Die Importe übersteigen die Exporte um das Dreifache. Analphabetenrate: 76%; Kindersterblichkeit 133 pro 1.000; Lebenserwartung 48 Jahre; Inflationsrate 14,9% (Jahresdurchschnitt 1970-82)



Geschichte:

1971 Unabhängigkeit Bangladeshs nach Krieg gegen Pakistan. Mujibur Rahman wird erster Staatspräsident

1975 Ermordung Mujibur Rahmans. Militärdiktatur unter Ziaur Rahman

1981 Ermordung Ziaur Rahmans durch rebellierende Militärs. Vorübergehend wird Abdus Sattar ziviler Präsident

1982 Militärputsch unter General Ershad. Auflösung des Parlaments und Kriegsrecht

1983 Opposition formiert sich in zwei Bündnissen. Ershad ernannt sich zum Präsidenten

1984 Generalstreiks, Massendemonstrationen zwingen das Regime zu Zugeständnissen

1985 Verschärfung des Kriegsrechts Referendum bestätigt Ershad in seinem Amt

teien-Allianz verhaftete und zahlreiche Menschen tötete.³

Im Laufe des Jahres 1983 kam es zu einer Vereinheitlichung der Opposition. Neben der 15-Parteien-Allianz bildete sich ein konservatives Oppositionsbündnis von sieben Parteien. Es steht unter Führung des Flügels der BNP, der sich Ershad nicht angeschlossen hat. In außen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen gibt es kaum Unterschiede zwischen dieser Koalition und der Militärregierung.

Bündnisse gegen das Kriegsrecht

Trotzdem einigten sich beide Oppositionsbündnisse auf ein gemeinsames 5-Punkte-Programm, welches die Abschaffung des Kriegsrechts, die Wiederherstellung der demokratischen Rechte, die Durchführung von Parlamentswahlen und die Übergabe der Macht an das gewählte Parlament forderte. Außerdem sollten alle politischen Gefangenen freigelassen und eine Kommission zur Untersuchung des Mordes an den Studenten vom Februar 1983 gebildet werden.

Aufgrund dieses Programms konnten erste Erfolge erzielt werden. Nach einem Generalstreik am 1.11.1983 sah sich das Regime gezwungen, das Verbot der politischen Betätigung aufzuheben. In die Enge getrieben, versuchte General Ershad, unter Umgehung der Forderungen nach Parlamentswahlen, durch Abhaltung von Lokalwahlen am 24.3.1984 sich eine Basis in der Bevölkerung zu verschaffen. Erst danach sollten Präsidentschaftswahlen und schließlich Parlamentswahlen stattfinden.

Allerdings schlug dieser Plan fehl, da die Wahlen erfolgreich boykottiert werden konnten.

Verarbeitung von Jute, dem Hauptausfuhrprodukt Bangladeshs



So gestärkt konnte die Opposition am 3. April 1984 in der Hauptstadt Dacca 1 Mio Menschen zusammenbringen, welche für die Erfüllung der 5-Punkte-Erklärung demonstrierten.

Wichtig wurde zu dieser Zeit auch die früher nicht gekannte Geschlossenheit der Gewerkschaften, von denen sich 16 zum Einheitsrat der Arbeiter und Angestellten (SKOP) zusammenschlossen und zwei Generalstreiks am 28. April und 22./23. Mai 1984 organisierten. Damit wurden u.a. eine Erhöhung des Mindestlohnes von 270 auf 460 Taka und Erleichterungen bei der gewerkschaftlichen Betätigung erreicht.

So in die Zange genommen, entschloß sich General Ershad, mit den Oppositionsparteien zu verhandeln. Sie forderten, daß zuerst Parlamentswahlen und erst anschließend Präsidentschaftswahlen stattfinden sollten. Damit sollte verhindert werden, daß der neugewählte Präsident Einfluß auf die Wahl der Abgeordneten nimmt.

Vor allem aber bestanden sie auf der sofortigen Aufhebung des Kriegsrechts, um einer Manipulierung der Wahlen durch das Militär vorzubeugen.

Unter dem Eindruck der Massenaktionen gab General Ershad schrittweise nach.

Ershad steckt zurück

Erst kündigte er an, daß beide Wahlgänge gleichzeitig am 27.5.1984 abgehalten werden sollten. Dann schlug er vor, zuerst Parlamentswahlen und erst anschließend Präsidentschaftswahlen abzuhalten sowie das Kriegsrecht zu lockern. Und dann bot er an, für die schließlich auf den 8.12.1984 verschobenen Parlamentswahlen das Kriegsrecht bei der Bildung des Parlaments aufzuheben.

Die Opposition bestand aber nach wie vor auf der vollständigen Aufhebung des Kriegsrechts bereits vor den Parlamentswahlen. Als Ershad schließlich am 15.12.1984 weitere Zugeständnisse machte – Auflösung der Militärgerichte, Schließung der Büros der Kriegsrechtsverwalter auf verschiedenen Verwaltungsebenen, Wiederherstellung einiger Grundrechte – und einen neuen Wahltermin für den 4. April d.J. festlegte, schien der Weg frei für die Wahlen.

Ershad versicherte, daß die Regierung bei den Wahlen neutral bleiben würde und kündigte den Rücktritt aller Minister seiner Jana Dal Partei an.

Die Parteien zögerten erst, ob sie das Angebot annehmen sollten und forderten noch einige Garantien für einen fairen Wahlgang. Doch um dem Militär noch weitere Konzessionen abzurufen und sich damit gegenüber dem linken

15-Parteien-Bündnis zu profilieren, verurteilte die Vorsitzende der BNP und Führerin der rechten 7-Parteienkoalition, Khaleda Zia, im Februar d.J. alle diejenigen, die vorhätten, „das Volk zu verraten, indem sie sich am Wahlgang der Militärs beteiligen“.⁴ Die Linkskoalition bezog daraufhin ebenfalls die Position, die Wahlen zu boykottieren.

Doch die Hoffnung, daß die Militärs weiterhin nachgeben würden, erwies sich als trügerisch. General Ershad verkündete am 1. März d.J. eine Verschärfung des Kriegsrechts, setzte die Wahlen aus und kündigte ein Referendum über seinen Verbleib im Präsidentenamts für den 21. März an. Die Schnellgerichte wurden wieder eingeführt, Streiks und politische Aktivitäten verboten, die Universitäten wurden geschlossen und die Spitzen beider Oppositionsbündnisse verhaftet.

Beim Referendum am 21. März d.J. hatten nach offiziellen Angaben 72% der Wahlberechtigten teilgenommen und 95% für General Ershad gestimmt. Ein Sprecher der Opposition, die zum Boykott aufgerufen hatte, bezifferte die Beteiligung auf 5%. Auch unabhängige Beobachter lagen mit ihrer Schätzung von 20% Beteiligung weit unter der amtlichen Zahl.⁵

Dennoch ist General Ershad gewillt, im Mai d.J. die im März 1984 erfolgreich boykottierten Regionalwahlen nachzuholen (in den einzelnen Verwaltungsbezirken liegen 60.000 Dörfer mit 80% der ländlichen Bevölkerung) und sich dort eine soziale Basis zu verschaffen. Dabei bedient er sich der von ihm 1983 gegründeten Jana Dal Partei. Ihr Generalsekretär Mezanur Rahman Chowdhury erklärte, daß man schon in allen Verwaltungsbezirken Parteiverbände gegründet habe.

General Ershad und die Jana Dal setzen darauf, daß die ihrer Führer beraubten Oppositionsbündnisse – sie befanden sich Anfang April d.J. unter Hausarrest bzw. im Untergrund – an Mobilisierungskraft verlieren. Durch Schürung der Widersprüche zwischen den beiden Bündnissen könnte dann der Weg freigegeben werden für Parlamentswahlen – diesmal allerdings unter den Bedingungen des Militärs.

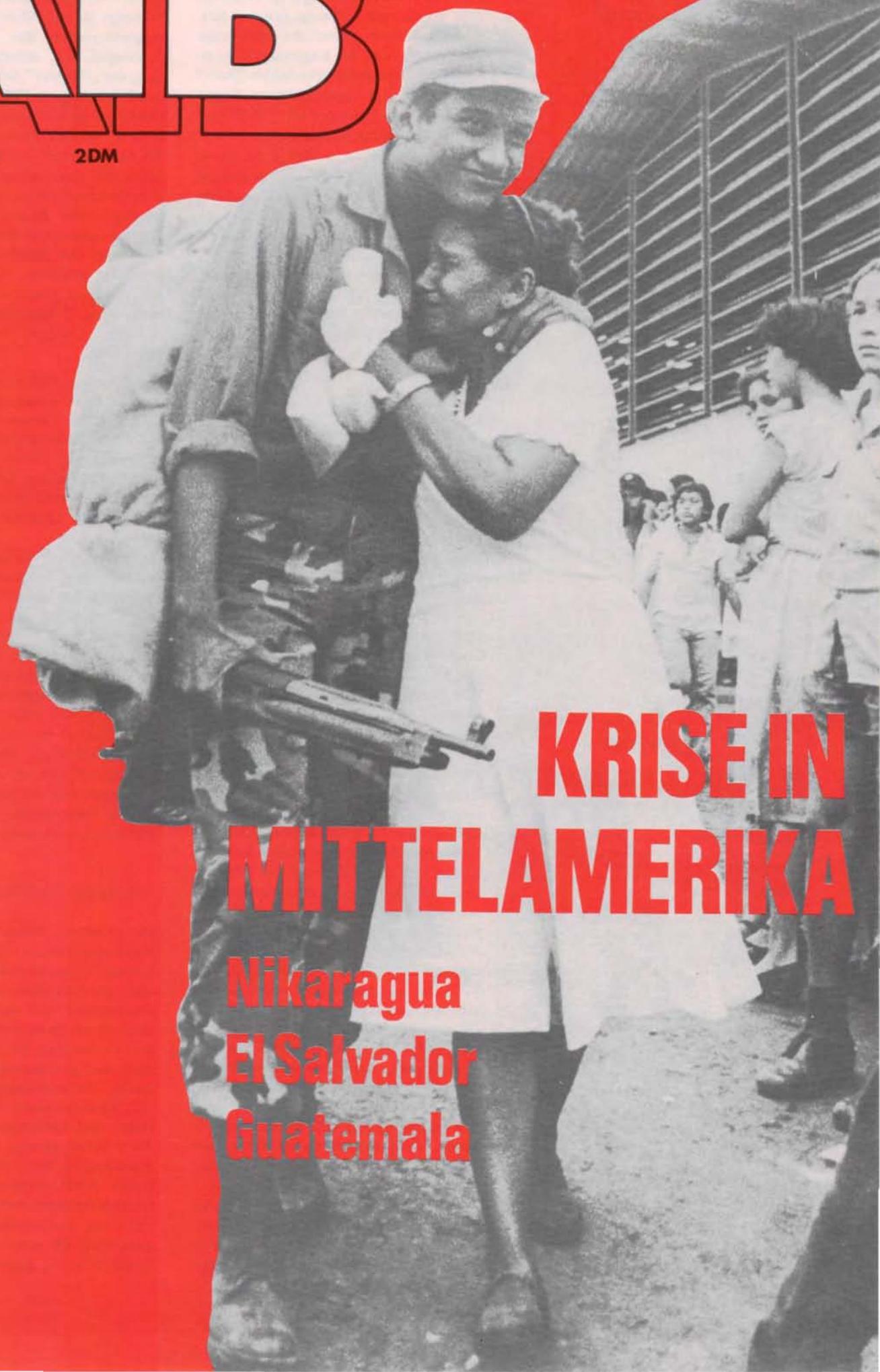
Anmerkungen:

- 1) Angaben nach: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 27.4.1979 und 24.4.1982; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21.11.1983; Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (BfA), Bangladesh. Wirtschaftliche Entwicklung 1982/83, November 1984, S.6
- 2) Angaben nach: Bfa, ebenda, S.2; FAZ, 21.11.1983; Le Monde (LM), Paris, 27.9.1984
- 3) Vgl. Weltstudentennachrichten, Prag, Nr. 8/1984; Far Eastern Economic Review, Hongkong, 24.2.1984
- 4) LM, 21.3.1985
- 5) Siehe: Süddeutsche Zeitung, 23.3.1985

AIB

Sonderheft 3/85

2DM



KRISE IN MITTELAMERIKA

Nikaragua
El Salvador
Guatemala

Inhalt

<i>Ute Kampmann</i>	
Bonn und die Mittelamerikakrise	II
<i>Gabriel Aguilera</i>	
Mittelamerika – Bilanz und Perspektiven	V
<i>Eckdaten zu Mittelamerika</i>	VII
<i>Bernd Graul</i>	
Boykott und Krise in Nicaragua – Kann die Revolution überleben?	IX
<i>Detlef Jordan</i>	
Umsiedlungen unter Zwang?	X
<i>Peter Garcia</i>	
Kubas Nicaraguahilfe am Ende?	XII
<i>Daniel Ortega</i>	
Die Träume von Sandino	XIV
<i>Nico Biver</i>	
Der US-Krieg hat viele Gesichter	XIX
<i>Wolfram Brönnner</i>	
Nach dem Wahlsieg in El Salvador:	
Duarte unter Zugzwang	XXI
<i>Interviews:</i>	
Hector Oqueli	XXIII
Joaquin Villalobos	XXIV
Ruben Zamora	XXVI
<i>Dieter Boris</i>	
Zuspitzung der Krise in Guatemala	XXVII
Erklärung der URNG	XXVIII
Aktions- und Materialspiegel	XXXI

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Doris Knabe, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphspatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluß: 16. Mai 1985

Anzeigen: Istmo, MID, Honduras Komitee Hamburg, Solidaritätsshop Dritte Welt, Radio Venceremos, Team Reisen, Mittelamerika Magazin, AAB

Der gesamten Auflage liegt ein Werbematerial des Peter Hammer Verlages bei
Fotografische: AIB-Archiv, R. Lechleiter, NBI, FMLN/FDR, NACLA, Le Monde
Titelbild: Ein nicaraguanischer Soldat verabschiedet sich von seiner Mutter, bevor er in den Kampf gegen die „Contras“ zieht

In Bonn ist man beleidigt. Am 15. Mai d.J. wurde der nikaraguanische Botschafter Heberto Incer ins Auswärtige Amt zitiert, weil der Regierung Kohl einige Worte des Staatspräsidenten Daniel Ortega und des Vizepräsidenten Sergio Ramirez zur Außenpolitik Bonns und Washingtons aufgestoßen waren.

Am 10. Mai d.J. hatte Ortega bei einem Staatsbesuch in der DDR erklärt, daß die Regierung Kohl sich zum „Komplizen der Reagan-Politik bei der Auslöschung des nikaraguanischen Volkes“ mache.¹ Ramirez hatte in Managua bemerkt, daß es kein Zufall gewesen sei, wenn ein US-amerikanischer Präsident 40 Jahre nach der Niederlage des Faschismus „auf dem Friedhof von Bitburg auftauchte, um Nazi-Offizieren der SS Tribut zu zollen“.²

„Komplize der Reagan-Politik“

Der Lateinamerika-Beauftragte im Auswärtigen Amt, Horst Kullak-Ublick, verlangte vom Botschafter Incer eine „Richtigstellung“, da man ansonsten keinen Wert mehr auf den für Ende Mai d.J. geplanten Besuch Ramirez' lege. Zudem drohte er, Bonn werde die sofortige Rückzahlung aller Schulden fordern, fünf bereits suspendierte Entwicklungsprojekte vollends streichen und den Vertrag zwischen dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und Managua überprüfen.³

Dabei hatte der nikaraguanische Staatschef die Dinge nur beim Namen genannt. Denn daß Bonn sich im Fahrwasser der Reaganschen Mittelamerikapolitik bewegt, war im Januar d.J. erneut bekräftigt worden. Damals hatten bei einer Bundestagsdebatte die Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und der SPD die Bundesregierung zwar in einem gemeinsamen Antrag aufgefordert, die „entwicklungspolitischen Anstrengungen“ in Mittelamerika zu verstärken und gemeinsam mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) auf eine politische, friedliche und nichtmilitärische Lösung der Probleme hinzuwirken.

Ein Änderungsantrag der SPD zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Nicaragua und zum Einwirken auf die USA, um sie zur sofortigen Einstellung ihrer militärischen Aktivitäten zu veranlassen, fand jedoch ebensowenig eine Mehrheit wie ein Antrag der Grünen, die Hilfe für El Salvador einzustellen.

Zudem hat sich die Regierung Kohl auch gehütet, an dem am 2. Mai d.J. auf bundesdeutschem Boden von Ronald Reagan verkündeten US-Handelsembargo

gegen Nicaragua Kritik zu üben. Ebenso schweigt sie sich über die militärischen Aggressionsakte der USA gegenüber Nicaragua, u.a. mittels der Unterstützung der „Contras“, lieber aus.

Noch im August 1983, zu einem Zeitpunkt als im US-Kongreß ganz offiziell über die weitere Bewilligung der Gelder für die „Contras“ verhandelt wurde, erklärte auf eine Anfrage der Grünen der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Staden: „Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß die USA die den Sandinisten regierungsfeindlich gesinnten konterrevolutionären Gruppen finanziell oder logistisch unterstützt.“⁴ Von Staden leugnete gar, daß die „Contras“ von Honduras aus operierten.

Auch Anfang 1985 wußte die Bundesregierung noch immer nicht, daß der CIA die „Contras“ finanziert. Auf eine Anfrage der Grünen hin ließ sie am 14. April d.J. verlauten, daß die Finanzierung der antisandinistischen Gruppen nach ihrer Kenntnis durch private Spenden von Gegnern der sandinistischen Regierung erfolge.⁵

Im Widerspruch zu ihrer Befürwortung der Contadora-Initiative hat die Bundesregierung eine Verurteilung der US-Militärhilfe an Guatemala, El Salvador und Honduras, der US-Militärmanöver und der Errichtung von US-Militärbasen in Honduras nicht für nötig befunden.

Für Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU) steht ohnehin fest, wer die Schuld an der Krisenverschärfung in der Region trägt: „Mit Hilfe von Kuba, Libyen und Ländern des Ostblocks hat Nicaragua eine Aufrüstung und Militarisierung durchgeführt, die ohne geschichtliches Vorbild ist.“⁶

Schutz der NATO-Nachschubwege

Die kritiklose Unterordnung unter den Konfrontationskurs Reagans begründete Warnke folgendermaßen: „Wir können nicht die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere die Sicherheit der Stadt Berlin ... in die Hände der Vereinigten Staaten von Amerika legen und gleichzeitig legitime amerikanische Sicherheitsinteressen allenfalls mit Schulterzucken, wenn nicht gar mit Häme und Diffamierung behandeln.“⁷ Auch Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, zeigt sich gerne als treuer NATO-Verbündeter: „Sie (die USA) verteidigen damit in Mittelamerika nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern auch die gemeinsamen Werte der freien Welt und deren Interessen durch

Schutz der Handels- und NATO-Nachschubwege."⁸ Von daher erscheint es nur konsequent, daß sich die BRD, wie im November 1984 geschehen, an NATO-Militärmanövern in der Karibik beteiligt.

Ebenso wie die Reagan-Administration, die die Mittelamerikakrise in erster Linie als einen weiteren Schauplatz des Ost-West-Konflikts betrachtet, verfällt die Regierung Kohl in ein striktes Freund-Feind-Schema. Deutlich wird dies bei der unterschiedlichen Behandlung Nikaraguas auf der einen und El Salvadors, Guatemalas und Honduras' auf der anderen Seite.

So wurde Anfang 1984 die Auszahlung von 40 Mio DM Entwicklungshilfe an Nicaragua, die noch von der sozialliberalen Koalition bewilligt worden war, offiziell mit dem Argument eingefroren, von Nicaragua gehe eine „destabilisierende Wirkung“ aus.

Neue Gelder sollten erst dann wieder bewilligt werden, so Minister Warnke (CSU), „wenn die Sandinisten ihren Revolutionsexport einstellen und ein Mindestmaß an Pluralismus verwirklichen.“⁹

Diese Politik wurde von der Bundesregierung auf einer Kabinettsitzung am 5.3.1985 erneut bestätigt. Laut Staatsminister Jürgen Möllemann (FDP) könnte die Hilfe wieder aufgenommen werden, wenn mittelamerikanische Länder wie El Salvador der Bundesregierung mitteilten, daß keine „destabilisierenden Übergriffe“ mehr von Nicaragua ausgingen.¹⁰

Die gleichen Argumente scheinen für Honduras, das von der „Contra“ als Aufmarschbasis gegen Nicaragua benutzt wird, nicht zu gelten. Zuvor noch von der SPD zurückgehalten, gewährte Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gleich nach der Bonner „Wende“ 1982 Honduras eine Militärausrüstungshilfe in Höhe von 2 Mio DM.

Auch die angeblichen – von Untersuchungen unabhängiger Menschenrechtsorganisationen nicht bestätigten – schweren Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua werden als Begründung für die Nichtauszahlung der Entwicklungshilfe angeführt.

Bei den US-Verbündeten El Salvador und Guatemala, wo jährlich tausende Oppositionelle der Armee und den Todesschwadronen zum Opfer fallen, drückt man in Bonn dagegen gerne beide Augen zu.

Bereits 1983 wurde beschlossen, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador wiederaufzunehmen und wieder einen bundesdeutschen Botschaf-

ter zu entsenden. Guatemala soll allein 1985 22 Mio DM an Entwicklungshilfe erhalten, darunter erstmals Gelder für „ländliche Entwicklung“. Da in Guatemala „ländliche Entwicklung“ vor allem Vertreibung der Bevölkerung und Aufbau von Wehrdörfern bedeutet, leistet Bonn hier einen Beitrag zur Bekämpfung der Guerilla.

Wie problemlos die Beziehungen mit diesem Land sind, belegte Warnke bei seinem Aufenthalt in Guatemala vom 20.-23.4.1985, der laut Bundesregierung, der Information und der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit diene. Daß die Demokratie in diesem Land Fortschritte macht ist für Bonn auch klar, denn „die militärische Führung Guatemalas habe ihren Willen bekräftigt, nach Verabschiedung der Verfassung in diesem Sommer, Wahlen auszuschreiben...“¹¹

Mit zweierlei Maß

Auch in El Salvador, wo Mitglieder der Befreiungsbewegung bei einer Wahlbeteiligung damit rechnen müßten, ermordet zu werden, wurden die Wahlen von der CDU als „wirklich frei“ bezeichnet. Lediglich die Wahlen in Nicaragua vom 4.11.1984, bei denen man allen Parteien die gleichen Chancen einräumte, wurden bereits vorab von Staatsminister Alois Mertes (CDU) als „Farce“ abqualifiziert. Auch die ablehnende Haltung der sandinistischen Regierung zu dem von Reagan geforderten Dialog mit den „Contras“ führt die Regierung Kohl als ein Argument für ihre Gegnerschaft zu Nicaragua an, denn „in El Salvador habe der Dialog mit der Opposition begonnen, die Regierung Nicaraguas lehne ihn ab“.¹²

Die Maßnahmen gegen Nicaragua beschränken sich jedoch nicht nur auf die Einstellung der staatlichen Entwicklungshilfe. Auch die Nicaragua-Projekte

des formell zwar eigenständigen, aber finanziell zu 100% vom BMZ abhängigen DED sollen auslaufen. Neuzusagen wurden nicht mehr gewährt.

Diese Maßnahme stieß bei vielen DED-Mitarbeitern auf Kritik, da sie in Nicaragua – im Gegensatz zu anderen Ländern in der Region – gute Bedingungen für ihre Arbeit und eine weitgehende Übereinstimmung des nationalen Entwicklungskonzepts mit den Kriterien für die Arbeit des DED vorfanden.

Privatorganisationen, wie z.B. Dienste in Übersee oder Brot für die Welt, deren Projekte zum Teil vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) finanziert werden, ist es untersagt mit staatlichen nikaraguanischen Stellen zusammenzuarbeiten. Ihre Anträge auf finanzielle Unterstützung werden zudem systematisch verschleppt oder abschlägig beschieden, weil sie „entwicklungspolitisch nicht sinnvoll“ seien.

In El Salvador soll die 1984 wieder aufgenommene Entwicklungshilfe in Höhe von 50,6 Mio DM – 1985 sollen weitere Gelder folgen – in erster Linie zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben in Handwerk, Industrie und Landwirtschaft eingesetzt werden.

Erweist sich dies jedoch als nicht durchführbar – was angesichts der Kriegssituation nicht unwahrscheinlich ist –, dann soll das Geld für den Aufbau zerstörter Infrastruktureinrichtungen dienen. Damit wird weniger ein Beitrag zur Grundbedürfnisbefriedigung der ärmsten Bevölkerungsschichten geleistet, als viel mehr die Operationsfähigkeit der salvadorianischen Armee verbessert.

Obwohl die gesamte Bonner Rechtskoalition der Auffassung ist, daß man der Washingtoner Mittelamerikapolitik keinen Widerstand entgegenzusetzen sollte, bestehen nichtsdestotrotz Differenzen darüber, inwieweit man sie mitunterstützen sollte.

Führer der ARDE-„Contras“ in Kostarika: Mit Kohl und Wojtyla gegen die Sandinistas



Teile der FDP, allen voran ihr außenpolitischer Sprecher Helmut Schäfer, verfolgen eine etwas gemäßigte Politik als das BMZ. Differenzen zu den Positionen der USA werden jedoch hauptsächlich auf EG-Ebene vorgetragen.

Das Außenministertreffen der EG-Staaten einschließlich Spaniens und Portugals mit den fünf konfliktbetroffenen mittelamerikanischen Staaten und der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 in San José (Kostarika) ist großteils auf die Initiative Außenminister Genschers zurückzuführen.

Auf dieser Konferenz haben die Außenminister der EG eine Erhöhung der direkten Finanzhilfe von 90 auf 135 Mio DM zugesagt und ihre Bereitschaft zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem neu zu belebenden Gemeinsamen Mittelamerikanischen Markt gezeigt.

Die Forderung der USA, Nicaragua von dem gemeinsamen Hilfsprogramm auszuschließen, wurde von den Westeuropäern zurückgewiesen. In der Abschlusserklärung brachten sie außerdem ihre volle Unterstützung für den Friedensplan der Contadora-Gruppe zum Ausdruck.

Eine ähnliche Konferenz soll noch in diesem Jahr folgen. Die EG-Kommission hat bereits jetzt vorgeschlagen, die Hilfe an die mittelamerikanischen Länder zu verdoppeln.

Den meisten westeuropäischen Ländern geht es dabei u.a. darum, einen regionalen Krieg zu verhindern, der sich zu einem globalen Konflikt auswachsen könnte. Im Gegensatz zur Reagan-Administration sehen sie nicht in der militärischen Gewalt, sondern in integrativen Maßnahmen das vorrangige Mittel, um das Voranschreiten der revolutionären Entwicklungen zu verhindern. Gleichzeitig wollen sie auf Kosten der USA mit Mittelamerika stärker ins Geschäft kommen.

Die Beschlüsse von San José tragen je-

doch Kompromißcharakter, denn sowohl was El Salvador als auch Nicaragua betrifft bestehen erhebliche Unterschiede in der Politik der einzelnen Regierungen.

So haben Belgien und Großbritannien angekündigt, einen Teil der Ausbildung salvadorianischer Truppen – bislang eine Domäne der USA – zu übernehmen. Hinzu kommt, daß die konservativen Regierungen in London und Bonn neben Washington mittlerweile zu den größten Geldgebern San Salvadors geworden sind. Sozialdemokratische Regierungen haben zwar inzwischen die Regierung Duarte anerkannt, drängen diese aber, anders als die Regierung Kohl, nachdrücklich zu einem Dialog mit der Befreiungsbewegung FMLN/FDR.

Zwiespältige EG-Haltungen

Ähnlich verhält es sich auch bei der Nicaragua-Politik der einzelnen Regierungen. Während Frankreich, Italien und Spanien ihre Wirtschaftshilfe an Nicaragua nach dem US-Boycott beibehalten oder ausweiten wollen, hat sich Bonn trotz seiner Bekenntnisse zur Contadora-Initiative gegen keinen Eskalationsschritt der Reagan-Administration – auch nicht gegen das Handelsembargo – gewandt. Die Regierung Kohl droht Nicaragua gar, ihre eigene Boykottpolitik auszuweiten (s.o.).

Da die Bundesrepublik am stärksten auf Reagans Konfrontationskurs eingeschwenkt ist, erscheint es umso dringlicher, in der Bundesrepublik alle zu aktivieren und zusammenzuschließen, die dieser Politik ablehnend gegenüberstehen.

Dabei kommt es darauf an, eine Bewegung in Gang zu bringen, die sich gegen jegliche Intervention und Invasion der USA in Mittelamerika wendet und die die Verhandlungsbemühungen Nikara-

guas, der Contadora-Gruppe und der salvadorianischen Befreiungsbewegung unterstützt.

Bei der Mittelamerika-Demonstration in Bonn am 3. November 1984 wurde beispielhaft vorgeführt, in welche Richtung sich diese Bewegung entwickeln muß. Große Teile der Friedensbewegung haben erkannt, daß in Mittelamerika der Weltfrieden mit auf dem Spiel steht, daß die Sandinistas für den Frieden und gegen den gleichen Gegner kämpfen. Zu dieser Antiinterventionsbewegung gehören genauso kirchliche bzw. christliche Kreise, Teile der FDP sowie die SPD, die eine US-Invasion – mit welchen Beweggründen auch immer – ablehnen.

Je breiter diese Bewegung gerät, desto enger wird der Spielraum der US-Intervenenten, desto größer sind die Überlebenschancen der revolutionären Kräfte in Mittelamerika.

Diese Antiinterventionsfront muß sich einreihen in eine weltweite Koalition aller Staaten, Parteien und Organisationen, von der Linken bis hin zu nationalbürgerlichen Kräften bzw. Regierungen, die die Konfrontationspolitik der USA ablehnen.

Nur so kann die Reagan-Administration isoliert werden. Nur so sind Verhandlungsergebnisse in Richtung einer friedlichen Lösung des Konflikts machbar.

Ute Kampmann

Anmerkungen:

- 1) Die Tageszeitung, 20.5.1985
- 2) Ebenda
- 3) Vgl. Der Spiegel, 20.5.1985
- 4) Zit. nach: ila-Info, Nr. 75, April 1984
- 5) Vgl. Die Woche im Bundestag, Nr. 7/24.4.1985
- 6) Protokoll der Sitzung des Bundestages vom 27.1.1984
- 7) Ebenda
- 8) Deutschland-Magazin, Nr. 3/März 1984
- 9) Zivilcourage, Nr. 2/1984
- 10) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 6.3.1985
- 11) Die Woche im Bundestag, a.a.O.
- 12) Ebenda

Radio Venceremos NACHRICHTENBULLETIN EL SALVADOR

monatliches Bulletin der Nachrichten von Radio Venceremos über die Bereiche

- Gewerkschaften
- Volksorganisationen
- Wirtschaft
- Menschenrechtsverletzungen

Erscheint ab April. Jahresabo DM 15,-

DIE ARBEITERBEWEGUNG EL SALVADORS
78 Seiten, DM 3,- plus -,80 Porto

señal de libertad SIGNAL DER FREIHEIT

Die internationale Zeitschrift von Radio Venceremos

ca. 6-wöchentlich, Jahresabo DM 31,-



Sistema Radio Venceremos
Lütlicher Str. 64-66
5000 Köln 1
Tel. 0221/523192
Kont. Kof. 86114
REG.-NR.: 2108/72500
BEG Köln, BLZ: 37010111

Offizielle Stimme der FMLN / El Salvador

Zeitschriftenschau

Mittelamerika-Magazin, Nr. 46/April 1985

Guatemala: „Kleinflugzeug kann hart zuschlagen“ • Nicaragua: Inflationsbekämpfung • Kaffeernote • El Salvador: Ausflug in die BRD • Aufgewärmt schmeckt besser • Karibik: Plünderung des Paradieses • Fremde im Paradies • Rückblick: Das Vermächtnis der Monroe-Doktrin • Kultur • Solidarität

Einzelpreis 3 DM; Abo für 6 Hefte 18 bzw. 28 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2900 Kiel 1

Blätter des iz3w, Nr. 125/Mai 1985

Pazifik • Schwerpunkt: Ökologie und Dritte Welt II • Diskussionsbeitrag zum Naturverständnis • Umweltchemikalien • Aluminiumhütte in Brasilien • Umweltkonflikte: Nil und Sambesi • Futtermittelkampagne • BRD-Entwicklungspolitik in Nicaragua • Widerstand der Quechua-Indianer

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw 30 DM
Bezug: Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

ila-info, Nr. 85/Mai 1985

Schwerpunkt: Der Bonner Wirtschaftsgipfel • Die Betroffenen haben keine Stimme • Ein Tanz der Vampire • Silicon-Valley und der Krieg der Sterne • Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fabrikkommission von VW do Brasil • Deutsche Nazis in Südamerika • Belize bald 52. US-Staat? • Ländernachrichten: El Salvador • Honduras • Nicaragua • Paraguay • Peru • Solidaritätsbewegung: Auf dem Gipfel • Chile • Grupo de Apoyo Mutuo (Guatemala)

Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 90-91/1985

BUKO 9 „Ökologie und Dritte Welt“ Rechenschaftsberichte • Kassenprüfung • Beschlussvorlagen • Resolutionsanträge • Protokoll des Koordinierungsausschusses (KA) • KA zur Asylpolitik • Offener Brief an den Trägerkreis der Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel • Kein Geld des BMZ für den BUKO • Ökologie und Entwicklung (NGO-Konferenz) • Die hilflose Hilfe (Afrika) • Brief der Kampagne „Stopp den Rüstungsexport“ • Rüstungsexport-Info • Pharma-Brief • Sonderteil zur Aktionswoche gegen Futtermittelimporte

Einzelpreis 3 DM; Abo 86 bzw. 50 DM
Bezug: Forum, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21



El Salvador: „Das Volk will Frieden mit sozialer Gerechtigkeit“

Gabriel Aguilera

Mittelamerika Bilanz und Perspektiven

Die jetzige Lage in Mittelamerika kann man nicht verstehen, ohne sich auf die unmittelbare Vergangenheit zu beziehen.

Die Situation im Jahre 1980 war gekennzeichnet durch eine optimistische und sogar triumphalistische Vorstellung, die mit dem Sieg der nikaraguanischen Revolution entstand und sich mit der beschleunigten Entwicklung des revolutionären Krieges in El Salvador und Guatemala fortsetzte.

Diese Dynamik wurde einesteils begünstigt durch das Zusammenwirken von objektiven und subjektiven Faktoren, die in diesen drei Ländern Mittelamerikas gegeben waren. Zum anderen wurde sie begünstigt durch eine vorteilhafte internationale Lage, die hauptsächlich durch eine unsichere und schwache Außenpolitik Nordamerikas gekennzeichnet war.

In dieser Situation entwickelte sich ein Engagement ohne Beispiel für die Problematik Mittelamerikas bei den regionalen Mächten Mexiko und Venezuela und sogar bei einigen der bedeutenden Länder und politischen Parteien Westeuropas, im besonderen bei denen der Sozialisti-

schen Internationale.

Damals gab es kaum Zweifel, daß der revolutionäre Sieg sich in Kürze einstellen würde. Die Entwicklung der letzten 5 Jahre bewies, daß man die Lage nicht genau eingeschätzt hatte. Verallgemeinernd kann man sagen, daß die fehlerhaft eingeschätzten Elemente der mittelamerikanischen Entwicklung folgende waren:

Obwohl die Fähigkeit des nordamerikanischen Staates, seine Interessen weltweit durchzusetzen, abnimmt, geschah dies nicht in dem Ausmaß, wie man es 1980 glaubte. Die Reagan-Administration hat mit einer geschlosseneren und energischeren Außenpolitik durch eine Reihe politischer, wirtschaftlicher und militärischer Maßnahmen einen hohen Grad an Einfluß in den meisten mittelamerikanischen Ländern wiedererlangt. Die Staatsmacht und die herrschende Klasse sind stärker als man glaubte. Die politischen Regimes der Länder Mittelamerikas, einschließlich der Streitkräfte, haben die Fähigkeit bewiesen, ihre Fehler zu korrigieren und sich zu reorganisieren.

Die konkrete Ausführung der revolutio-

nären Projekte sieht sich wachsenden Schwierigkeiten ausgesetzt. Die sozialdemokratischen Kräfte, außer denen in El Salvador, neigen dazu, ihre eigenen Projekte wieder aufzugreifen.

Die anfänglich massive internationale Unterstützung der revolutionären Ziele hielt weder dem Ansturm der aggressiven nordamerikanischen Außenpolitik noch den eindeutig volksnahen und revolutionären Veränderungen oder Veränderungsabsichten stand. Der Spielraum für die internationale Unterstützung der revolutionären Projekte der Region hat sich verringert.

Die Lage, die sich aus den Veränderungen Mittelamerikas in den letzten 5 Jahren ergibt, ist schwierig und vielschichtig. Die Analyse einiger ihrer bestimmten Wesenszüge kann jedoch zu einem besseren Verständnis führen.

Der Krieg ist immer noch das bestimmende Element der mittelamerikanischen Entwicklung.

Der Kampf der Volksmassen war die entscheidende Kraft, die die Krise des Herrschaftssystems der Region verschärfte. Er ermöglichte den Sieg der sandinistischen Revolution (im Juli 1979; d.

Red.), zerstörte die Projekte der herrschenden Klassen El Salvadors und Guatemalas und zwang sie in beiden Ländern zu einer Veränderung ihrer Politik.

Die andere Seite ist die Konfrontation zwischen der nordamerikanischen Administration und der sandinistischen Revolution. Sie äußert sich ebenfalls hauptsächlich in der militärischen Aggression, die eine direkte und massive Invasion der US-Streitkräfte in der Zukunft nicht ausschließt. Die Entwicklung des Krieges in der Region ist unterschiedlich. Er beschränkt sich im wesentlichen auf die drei genannten Länder – Nicaragua, El Salvador und Guatemala – die drei, die auch die Krise in der Region bestimmen.

Die ungleiche Entwicklung des militärischen und des Massenkampfes im Zeitraum von 1979 und 1980 verhinderte, daß der Volkskampf in einen allgemeinen Aufstand mündete.

So erreichte der Kampf der Massen Anfang 1980 seinen Höhepunkt, während die Durchbrechung des militärischen Gleichgewichts zugunsten der revolutionären Organisationen erst Mitte 1983 erreicht wurde, als sich die Volksbewegung schon auf dem Rückzug befand.

Heute kann man sagen, daß die politisch-militärischen Kräfte El Salvadors wahrscheinlich zu den entwickeltsten, bestausgerüsteten und effektivsten in der Geschichte Lateinamerikas geworden sind. Sie verwandelten sich zu einer wahrhaftigen Volksarmee. Obwohl der Krieg Fortschritte und Rückschritte für beide Parteien zu verzeichnen hat, kann man sagen, daß die revolutionären Kräfte derzeit die strategische Initiative besitzen.

Die Entwicklung des bewaffneten Kon-



Wahlkundgebung der Sandinistas in Managua

flikt ist zu einem Teil durch die nordamerikanische Unterstützung der Regierungsarmee bestimmt. Zum andern Teil hängt sie vom erzielten Fortschritt bei der Einbeziehung des Volkes auf militärischem und organisatorischem Gebiet zur Unterstützung des revolutionären Kampfes ab.

Die Aussichten einer Verlängerung des Krieges sind deutlich. In diesem Zusammenhang gewinnt der politische Kampf erneut an Bedeutung.

Der revolutionäre Kampf in Guatemala hat schon eine mehr als 20jährige Geschichte.

Man kann sagen, daß er am weitesten im Zeitraum 1979-81 entwickelt war, als der Volkskampf seinen Höhepunkt erreichte. Es entstand eine Aufstandsstimmung, die vor allem durch die Einbeziehung großer Teile der indianischen Bevölkerung gekennzeichnet war.

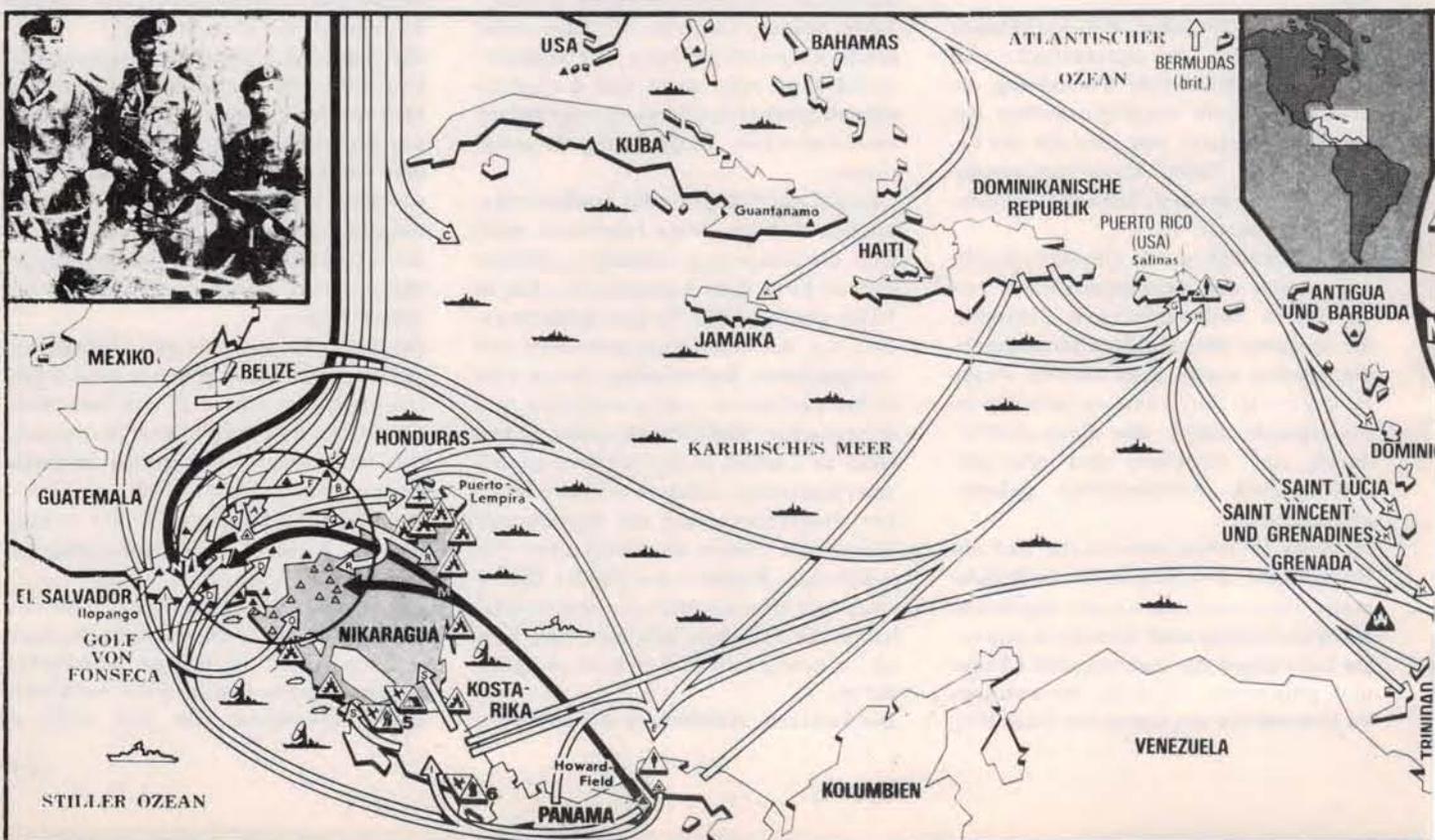
Man kann sagen, daß die Entwicklung des Kampfes ebenso relativ war, wie das Zurückweichen der regulären Armee. Die guatemaltekischen Streitkräfte bewiesen mehr Stabilität und Kampfkraft in ihrer Offensive gegen die aufständischen als die von El Salvador. Es gelang ihnen, der sozialen Basis der Guerilla heftige Schläge zu versetzen. Und sie stellte die Kontrolle des Staates in Regionen wieder her, die bereits umkämpft waren. Die folgenden guatemaltekischen Regierungen irrten sich, als sie seitdem bei vielen Gelegenheiten das Ende des Krieges erklärten.

Den politisch-militärischen Organisationen der Guatemaltekischen Revolutionären Nationalen Einheit (URNG) gelang es im wesentlichen, ihre strategischen Kräfte zu erhalten. Sie haben im Laufe des letzten Jahres ihre allmählich wachsende Fähigkeit zur militärischen Antwort unter Beweis gestellt.

Trotzdem ist das Ausmaß der militärischen Auseinandersetzung in Guatemala noch beschränkt. Man kann absehen, daß der Krieg noch lange fortauern und es zu keiner Entscheidung auf kurze Sicht kommen wird.

Die Kriegssituation in Nicaragua kann man nicht mit der in den beiden vorher beschriebenen Ländern vergleichen.

In jenen nämlich bestehen laut UNO-Definition „bewaffnete interne Konflikte struktureller Art, die keinen internationalen Charakter haben“. Demgegenüber



Eckdaten zu Mittelamerika

	Nikaragua	El Salvador	Guatemala	Honduras	Kostarika
Fläche (in qkm)	130.649	21.041	108.889	112.088	50.700
Einwohner (in Mio; 1983)	3,0	5,3	7,6	4,1	2,4
Volksgruppen (in%):					
Mestizen	71	84	43	80	15
Indios	3	6	54	10	1
Weiße	17	10	3	5	80
Schwarze	9	—	—	3	3
Religion (Anteil der Katholiken; in %)	94	85	96	86	95
Bruttosozialprodukt/Kopf (in Dollar; 1982)	920	690	1.130	660	1.430
Bruttoinlandprodukt/Kopf (Zuwachs in %; 1981-84)	-4,7	-22,0	-15,5	-12,1	-14,1
Zahlungsbilanzsaldo (in Mio Dollar; 1983)	-521	-239	-195	-209	-383
Außenverschuldung (in Mio Dollar; 1983)	3.713	2.281	2.940	2.177	4.315
Schuldendienst (in % der Exporte; 1983)	20,0	6,7	11,0	18,2	66,6
Wichtigste Exportgüter	Kaffee 30% Baumwolle 25%	Kaffee 55% Baumwolle 7%	Baumwolle 30% Kaffee 28%	Kaffee 35% Bananen 20%	Kaffee 25% Bananen 25%
Währung	Cordoba	Colon	Quetzal	Lempira	Colon
1 Währungseinheit = DM (Dez. 1984)	0,11-0,31	0,78	3,13	1,57	0,07
Inflation (in %; 1983)	37,3	13,1	6,4	9,0	32,6
Beschäftigtenanteil (in %; 1980)					
Landwirtschaft	39	50	55	63	29
Verarbeitendes Gewerbe	14	22	21	20	23
Arbeitslosenrate (in %)	20	40	20	20	10
Lebenserwartung (in Jahren)	58	53	60	60	74
Anteil der Analphabeten (in %)	8	30	53	34	10
Mannschaftsstärke der Streitkräfte (1984)	61.800	51.150	51.600	23.000	9.200
Anzahl der Kampfflugzeuge (1984)	12	59	16	70	—

ist der Krieg in Nicaragua, d.h. die kriegerische Auseinandersetzung zwischen der als „Contra“ bekannten, bewaffneten Opposition und der sandinistischen Regierung im wesentlichen äußeren Ursprungs.

Die Reagan-Administration beschloß nach einer historischen Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, die im November 1981 stattgefunden hatte, die „Contra“ zu gründen. Diese Organisationen behaupten oder vergrößern sich nicht aufgrund ihrer Fähigkeit, bei Teilen der Bevölkerung Zustimmung zu erlangen, sondern dank der Unterstützung der

nordamerikanischen Regierung im wirtschaftlichen, militärischen und politischen Bereich sowie bei ihrer Anleitung. Diese Angelegenheit wurde zu einem einzigartigen Fall der Mißachtung des gegenwärtigen internationalen Rechts.

Es ist die bewaffnete Einmischung einer Großmacht in die inneren Angelegenheiten eines kleinen Landes. Diese „Contra“-Streitkräfte, die auf 15.000 Mann geschätzt werden, haben sich zur größten existierenden Rebellenmacht (ausgenommen die afghanische; d. Red.) entwickelt.

Die Größe der Truppen, der ausgeklü-

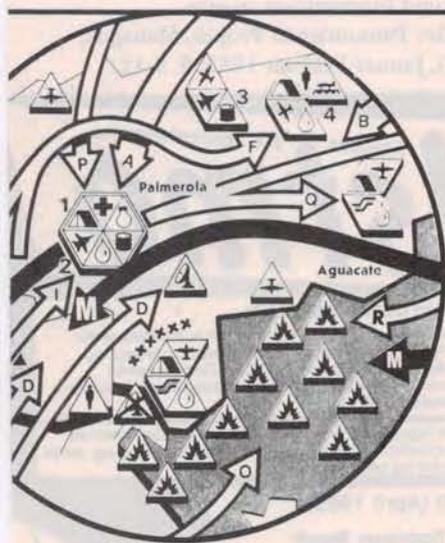
gelte Spionageapparat und die massive logistische Unterstützung durch die USA erklären ihre Fähigkeit, der sandinistischen Revolution empfindliche Schläge gegen menschliche und materielle Ziele zu versetzen. Es ist jedoch auszuschließen, daß ihre Aktionen das Niveau von Überfällen überschreiten und die Existenz des revolutionären Prozesses in Gefahr bringen werden.

Im ganzen gesehen ist der regionalen militärischen Lage eines gemeinsam: die nordamerikanische Intervention. Bis heute versteht man darunter die Beteiligung der nordamerikanischen Regierung und ihrer militärischen und geheimdienstlichen Organe am Aufbau, an der Unterstützung und der Führung von Streitkräften in einem Konflikt. Sie könnte sich jedoch in eine massive Invasion nordamerikanischer militärischer Einheiten in der Region verwandeln.

Die Wahlen sind nicht nur zu bestimmten Elementen der Entwicklung geworden, sondern zum Brennpunkt in der regionalen Debatte über das Demokratie-Thema.

Die revolutionären Programme haben nie die Existenz von Wahlen und Parteien als Instrumente, um Zustimmung auszuüben und um die Teilnahme der Gesellschaft an der politischen Macht zu erleichtern, in Frage gestellt.

Die Wahlprozesse in der Region haben trotz ihrer Unterschiedlichkeit einen gemeinsamen Wesenszug: Sie sind Legitimationsinstrumente. Für die revolutionären Organisationen El Salvadors und Guatemalas sind die Wahlen in ihren Ländern Teil einer Politik der Aufstands-bekämpfung, da sie in Wirklichkeit die



- ▲ Kraftwerke; ▲ Kasernen u. militärische
- Verwaltungsdienste: ▲ Chausseen; ▲ Lazarette; *** Panzersperren;
- ▲ militärische Führungszentrale der USA;
- ▲ Flieger- u. Flottenbasen der USA; ▲ Angriffe
- militärisches Ausbildungszentrum der USA; ▲ der Konterrevolutionäre; ▲ US-Invasion auf Grenada im Oktober 1983;
- ▲ Geschwader der US-Navy;
- Aufklärungsschiffe der USA; ▲ CIA-Schiffe zur Vermingung von Häfen; ▲ Angriffe der Piranha-Schnellboote; ▲ Radarstationen; ▲ T 5-Lager.

US-TRUPPEN MIT NACHSCHUBLINIEN

A: 1500 US-Militärs von den Luftwaffenstützpunkten in MacDill und Palmerola (Honduras); B: US-Militärs in Honduras; C: an Manövern beteiligte US-Truppen und -Schiffe; D: Waffen- und Munitionslieferungen von Stützpunkten in Panama nach Honduras und El Salvador; E: Militärs mittelamerikanischer und karibischer Länder in Militärschulen der USA in der Zone des Panamakanals; F: Militärs von El Salvador und Honduras in einer regionalen Ausbildungszentrale in Honduras; G: Militärs karibischer Länder, die in Salinas (Puerto Rico) ausgebildet werden; H: Militärs mittelamerikanischer und karibischer Länder in der Polizeischule der FBI in Puerto Rico; I: auf Panama gestützte US-Sondertruppen; J: 150 GIs von den Sondertruppen auf dem Stützpunkt Fort Bragg für Honduras; K: US-Sondertruppen für die karibischen Länder; L: Flüge von OV-1-MOHAWKS-Maschinen vom Stützpunkt Palmerola (Honduras) über El Salvador; M: Flüge von AC-130-Maschinen vom Stützpunkt Howard Field (Panama) über El Salvador und Nicaragua; N: Flüge von AWACS-Maschinen aus den USA über El Salvador; O: Nachschub für die Contras durch Kanäle der CIA aus Ilopango in El Salvador; P, Q, R: aus den USA, von Stützpunkten in Palmerola, in Aguacate und Puerto Lempira in Honduras; S: aus Kostarika.

US-Intervention in Mittelamerika

Macht nicht gegenüber der gesamten Gesellschaft aufs Spiel setzen. Aber sie legitimieren in einem gewissen Maße das Regime gegenüber jenen Sektoren, die sie als eine Lösung ansehen.

In Nicaragua sollten die Wahlen die Revolution im Rahmen des westlichen liberalen Denkens legitimieren. Sie sind aber auch ein Ausdruck des politischen Pluralismus des revolutionären Projekts. (...) Die Wahlen sind ebenfalls ein Kompromiß der revolutionären und volksnahen Sektoren, die Bündnisse mit den demokratischen und patriotischen Gruppen suchen. Letztere sehen die Wahlen als Garantie für das Überleben ihrer sozialen Interessen und einer bestimmten gesellschaftlichen Perspektive an.

Drei Ebenen der Verhandlungen

Die Frage der Verhandlungen setzt die Möglichkeit einer nationalen und regionalen Lösung des Konflikts in Mittelamerika voraus.

Diese Verhandlungen entwickeln sich in verschiedenen Bereichen: auf nationaler Ebene in El Salvador, auf bilateraler zwischen Nicaragua und den USA und auf regionaler Ebene im Rahmen der Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama; d. Red.).

Was El Salvador betrifft, so haben die Vorschläge von Regierung und Opposition sehr unterschiedliche Zielsetzungen und werfen viele neue Fragen auf, für die es nur wenige historische Vorbilder – z.B. das von Zimbabwe – gibt.

Die Vorschläge der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) und der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR), die die Bildung einer Regierung des nationalen Konsenses beinhalten, bedeuten keine bedingungslose Kapitulation, sondern die kühne Suche nach wirklichen Verhandlungen.

Dabei versuchen gegensätzliche soziale Interessen eine gemeinsame Basis für die Verwirklichung einer sozialen Ordnung zu finden, während gleichzeitig die staatlichen Institutionen allmählich verschmolzen werden sollen. Der nationale Dialog soll zur Schaffung eines Konsenses führen. Es gibt keine Kapitulation, da die aufständischen Bewegungen erklärt haben, keine einzige Waffe aus der Hand zu geben, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Der zweite große Verhandlungsprozeß ist der zwischen Nicaragua und den USA, in dessen Rahmen sich bilaterale Verhandlungen zwischen Nicaragua und Honduras, zwischen Nicaragua und Kostarika sowie zwischen den verschiedenen politischen Kräften Nicaraguas entwickeln. Was jedoch wirklich die jetzige Krise lösen könnte, ist ein Fortschritt bei den Verhandlungen zwischen

Managua und Washington.

Der Wesenszug der Forderungen Nicaraguas an die USA ist die wirkliche Beachtung der Grundnormen des internationalen Rechts. Sie beinhalten u.a. die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates und die Respektierung des Rechts auf Selbstbestimmung.

Im Gegenzug bietet die sandinistische Revolution Garantien, die die Befürchtung der USA, daß die Entwicklung des nikaraguanischen Prozesses ihre nationale Sicherheit bedroht, zerstreuen könnte. Diese Garantien stellen keine Konzession dar, da sie nur die wirkliche Nichtpaktgebundenheit der Revolution bestätigen.

Die USA bestehen auf Forderungen, die nicht immer zusammengehörig sind. Zum Beispiel verlangten sie erst Wahlen, und als sie durchgeführt wurden, diskreditierten sie sie und stellten neue Forderungen. Generell kann man sagen, daß das gesamte Verhalten der USA den Willen beinhaltet, Nicaragua ein bestimmtes Modell der sozialen Ordnung aufzuzwingen: liberale Demokratie, Marktwirtschaft und Bündnis mit dem Westen.

Stellt man sich nun die Frage, welches Verhandlungsergebnis die USA wirklich zufriedenstellen würde, dann gibt es nur eine Antwort: Die Revolution soll aufhören zu existieren und sich in eine bürgerliche Demokratie verwandeln – eine Erwartung, die unreal ist.

Die Revolution soll sich aufgeben

Der dritte Verhandlungsprozeß, der die größten internationalen Erwartungen erzeugt hat, ist der der Contadora-Gruppe. Die Wichtigkeit der Contadora leitet sich aus zwei Elementen ab: aus dem autonomen und lateinamerikanischen Charakter der Vorschläge auf der einen, aus ihrer antiinterventionistischen Dimension und legitimen Verhandlungsform auf der anderen Seite.

Ihre wichtigste Beschränkung ergibt sich daraus, daß in dem Maße, wie die Verhandlungen im Rahmen des internationalen Rechts geführt werden, sie nicht direkt in interne Konflikte, wie sie in El Salvador existieren, eingreifen kann.

Die internationalen Kräfte, die Anfang der 80er Jahre die revolutionären Bewegungen der Region unterstützten, sind dieselben, die heute die Contadora unterstützen. Der Vorschlag der Contadora setzt aber eine bestimmte soziale Ordnung nach dem Zuschnitt einer bürgerlichen Demokratie voraus.

Der wichtigste Erfolg der Contadora lag in der Verhinderung der (noch massiveren; d. Red.) Intervention. Die größte Herausforderung besteht darin, eine effektive Unterstützung für ihre Vorschlä-

ge bei den betroffenen Ländern zu erreichen. Viele von ihnen sind dabei in ihren Entscheidungen in hohem Maße von der nordamerikanischen Regierung abhängig. Wenn die USA nicht wollen, macht die Contadora keine Fortschritte, wie man es in letzter Zeit hat feststellen können.

Ein Teilerfolg der Verhandlungen war die Erklärung der ewigen, aktiven und unbewaffneten Neutralität seitens der Regierung Kostarikas, die dadurch eine Entspannung der Beziehungen zu Nicaragua erreicht hat. Auch der Druck der immer zahlreicheren politischen und sozialen Sektoren Honduras' gegen die Rolle, die ihr Land auf Geheiß der USA auf dem regionalen Schachbrett spielt, ist ein teilweiser Erfolg.

Der Wandel in den letzten 5 Jahren hat die Beziehungen zwischen den Kräften Mittelamerikas, aber nicht die grundlegenden Probleme der Region verändert. Die strukturellen Ursachen des Konflikts bleiben bestehen oder haben sich verschärft. (...)

Auf dieser Grundlage bleibt die Alternative der Revolution, im allgemeinen auf lange Sicht, aber mit klaren Möglichkeiten auf einen Endsieg, bestehen.

In dieser und in der folgenden Zeit bleibt die Möglichkeit der massiven und direkten Intervention nordamerikanischer Truppen ein konstanter Faktor. Falls sie erfolgen würde, würde sie die ganze Region in einen langandauernden Krieg mit enormen sozialen Kosten stürzen und zu einer weltweiten Gefahr werden.

Deshalb ist der Kampf für eine politische Verhandlungslösung ebenfalls von grundlegender Bedeutung. Obwohl ihre Verwirklichung äußerst schwierig ist, scheint sie die einzige Alternative zu Krieg und Intervention zu sein.

(Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 20, Januar-Februar 1985, S. 9-12)

Studien zu Zentralamerika

Istmo

Themen der ISTMO sind:

- politische und soziale Entwicklungen in Zentralamerika
- die Region in der weltpolitischen Auseinandersetzung
- bundesdeutsche Politik gegenüber Zentralamerika
- Diskussionsbeiträge zentralamerikanischer Autoren über internationale Politik

Über die Tagespolitik hinaus versteht sich die Zeitschrift als wissenschaftliche Ergänzung der Solidaritätsbewegung, deren Bestandteil sie sein will.

Heft 9 (April 1985)

Jorge Rodríguez Beruff:
Puerto Rico und die Militarisierung der Karibik: 1979 – 1984

Gregorio Selsor:
Honduras – von der Bananenrepublik zur militärischen Enklave der USA

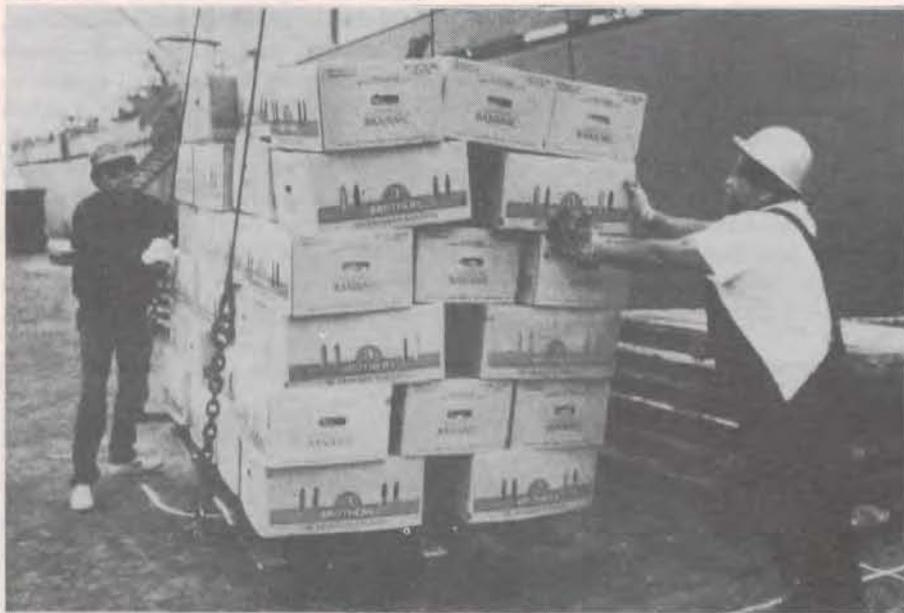
Gaby Gottwald:
Der neue Antiamerikanismus im Auswärtigen Amt

erhältlich über den Buchhandel oder direkt bei:
ssz, Coerdestr. 42, D-4400 Münster
Einzelheft 4,- DM ISSN 0724-0716



Bernd Graul

Boykott und Krise Kann die Revolution überleben?



Die stumpfe Embargowaffe: Für die USA bestimmte Bananen gehen jetzt nach Belgien

Gleichzeitig mit seinem Eintreffen in Bonn am 2. Mai d.J. verkündete US-Präsident Reagan ein vollständiges Wirtschaftsembargo gegen Nikaragua.

Kann die ohnehin schon schwer angeschlagene nikaraguanische Ökonomie diese neuerliche Zuspitzung des Wirtschaftskrieges verkraften? Werden sich Versorgungsengpässe, Schwarzmarkt und Inflation weiter verschärfen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung in dem Maße steigern, wie Washington es wünscht: bis zur Rebellion der Nikaraguaner gegen ihre eigene, gewählte Regierung?

Der Amtsantritt Daniel Ortegas und seiner Regierung am 10.1.1985 sowie das Zusammentreten der Verfassungsgebenden Versammlung waren Anlaß für die regierenden Sandinistas, Bilanz zu ziehen und die Marschrichtung für die kommende Legislaturperiode abzustecken. Nahm Nikaragua 1983 im lateinamerikanischen Vergleich mit 5% realem Wachstum des Bruttoinlandprodukts den ersten Platz ein, so rangiert das Land 1984 mit einem Rückgang von 1,4% weit hinten in der Rangliste. Während im bedeutendsten Sektor, der Landwirtschaft, Verluste zu verzeichnen waren, konnte bei der Industrie der Vorjahresstand gehalten und beim Bauwesen und den staatlichen Dienstleistungen ein Zuwachs erzielt werden.

Ein eher düsteres Bild ergibt sich, zieht man die Inflation von mehr als 50%, den leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit von 18,9% auf 19,8% und ein Haushaltsdefizit, das 1985 6,5 Mrd Cordobas (C) betragen wird, hinzu. Darüber hinaus fließen 40% des Gesamtetats von 28 Mrd C

in die Landesverteidigung.

Erwähnt man zusätzlich die materiellen Zerstörungen durch den Krieg (Januar bis November 1984: 254,9 Mio Dollar), die 1984 und 1985 fälligen Zinsen für die inzwischen 4,352 Mrd Dollar Auslandsschuld – Daniel Ortega spricht von 872 Mio Dollar, die fällig sind¹ – und die notwendigen Importe in Höhe von geschätzten 900 Mio Dollar, so fragt man sich, wie Nikaragua das alles mit seinen Exporteinnahmen von 400 Mio Dollar bezahlen will?

In den roten Zahlen

Soviel zur Kurzdiagnose. Vor der Therapie noch ein paar Worte zu den Ursachen. Agrarreformminister Jaime Wheelock nennt eine davon: „Mit einem Quintal (1 q = 54 kg; d. Red.) Zucker kaufen wir heute 50mal weniger Erdöl als vor 10 Jahren. Vor 10 Jahren kostete ein Jeep 22 q Kaffee, heute sind es 83 q. Vor 10 Jahren erwarb man mit 106 q Baumwoll-

le einen Traktor, heute benötigt man 301 q.“²

Dieser Verschlechterung der „terms of trade“ (Verhältnis von Importpreisen für industrielle Güter und Exportpreisen für agrarische Produkte; d. Red.) ist es geschuldet, daß Nikaragua heute das Doppelte produzieren müßte wie zu Somozas Zeiten (1977), um die gleiche Menge Waren im Ausland kaufen und bezahlen zu können.

Der militärische und Wirtschaftskrieg der USA ist ein weiterer Faktor.

Durch das Veto Washingtons wurde im März 1985 der Antrag Nikaraguas abschlägig beschieden, bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank einen 58-Mio-Dollar-Kredit für die landwirtschaftliche Entwicklung zu erhalten. Dies ist nur ein Beispiel für die vielfältige US-Intervention in Nikaragua.

Die Erbschäden des neuen Nikaragua sind ein weiteres Moment das berücksichtigt werden muß: 1,6 Mrd Dollar Auslandsverschuldung, Zerstörungen durch den Befreiungskrieg und eine Wirtschaftsstruktur, die vornehmlich auf die Befriedigung der gehobenen Konsumgewohnheiten der Mittelklasse und Oligarchie ausgerichtet war.

Der Bau von 15.000 km Straßen und über 6.000 Klassenräumen, die Errichtung eines umfassenden Gesundheitssystems und Subventionen für Grundnahrungsmittel (8 Mrd C von 1981-84) sind zweifellos wichtige Errungenschaften der sandinistischen Revolution und haben besonders den unteren Schichten eine Verbesserung ihrer Lebenssituation beschert. Wirtschaftspolitisch belasteten sie das Land jedoch erheblich.

Die Nationale Leitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) kommt deshalb in einer von Daniel Ortega am 8.2.1985 im Fernsehen vorgetragenen Botschaft zu folgendem Schluß: „Wenn wir einen bedeutenden Fehler begingen, so den, daß wir zu viel zur gleichen Zeit machen wollten. Wir haben tatsächlich mehr geleistet als unsere begrenzten Möglichkeiten erlaubten.“

Finanziert wurden diese Maßnahmen durch meist langfristige und zinsgünstige Auslandskredite (seit 1979: 2,75 Mrd Dollar) und durch die Notenpresse im Inland, was selbstverständlich inflationäre Tendenzen nach sich zog.

Die Nachfrage nach Waren veränderte sich und stieg wesentlich schneller als das entsprechende Angebot. Ein Beispiel: Durch die Ausweitung des Elektrizitätssystems gibt es heute viele tausend Haushalte oder Hütten mehr, die über elektrisches Licht verfügen. Aber woher die Glühbirnen nehmen?

Der Mangel verkehrt sich in die Beschäftigungs- und Bereicherungsgrundlage für ein Heer von Schiebern, Hamsterern,

Schwarzhändlern, die das Preisniveau nach oben treiben.

Zudem bieten sich den Menschen schnellere Verdienstmöglichkeiten: Man besorgt sich mit Tricks ein Dutzend Dosen Milchpulver für 300 C das Stück, fährt damit aufs Land und verscherbelt sie zum doppelten Preis. Verdienst: 3.600 C – mehr als das Doppelte des Mindestlohnes eines Arbeiters Ende 1984 (1.700 C).

Warum deshalb die schwere Plackerei in einer Fabrik oder bei der Kaffeernt?

Hauptziel der neuen Wirtschaftspolitik, die am 8.2.1985 durch die im folgenden beschriebenen Maßnahmen eingeleitet wurde, ist es, die Schere zwischen Warenangebot und -nachfrage zu schließen.

Durch ein System materieller Anreize wird vor allem die devisabringende Agrarexportproduktion zu höherer Produktion stimuliert.

Dazu gehören höhere Erzeugerpreise, verbesserte Devisenbeschaffung für den

nötigen Einkauf von Maschinen, Ersatzteilen, Dünger usw. und materielle Anreize entsprechend der Ertrags- und Produktivitätssteigerung.

Statt Devisen für Importe von Grundnahrungsmitteln auszugeben (1984: Reis und Bohnen), sollen die dafür verwandten Gelder an die einheimischen Erzeuger (vor allem Kleinrentner und Kooperativen) fließen. Der Preis für Bohnen erhöhte sich zum Beispiel von 390 C (1983/84) auf derzeit 800 C pro Quintal.

Durch die Einführung des „Systems der Normierung und Neuordnung von Löhnen und Arbeit“ (SNOTS) im vergangenen Sommer wurde ein leistungsbezogenes Lohnsystem eingeführt.

Ergänzt durch Wettbewerbe (in staatlichen Betrieben) soll dies die Produktivität der Arbeiter erhöhen, die nach dem Sieg der Revolution stark abgesunken war. Die Mindestlöhne wurden von 1.700 auf 2.500 C erhöht und stiegen am

1. Mai d.J. erneut an.

Die Aufhebung der Subventionen für 22 Grundnahrungsmittel, die zu Preiserhöhungen bis zu 100% führte, ist wohl die umstrittenste Maßnahme. Zusätzlich wurden in der 2. Aprilwoche die Preise für Strom, Gas, Treibstoff, Telefon und den öffentlichen Personenverkehr an die realen Kosten angepaßt. Der Benzinpreis stieg um 150%, der Preis für eine Busfahrt von 1 auf 3 C (0,3 DM).

Die Subventionen für bestimmte Produkte des täglichen Bedarfs waren eine bedeutende sozialpolitische Maßnahme, die sich in den letzten Jahren jedoch nicht selten in ihr Gegenteil verkehrte. Statt Bohnen zu produzieren, kauften die Bauern dieses elementare Grundnahrungsmittel zum subventionierten Preis, der weit unter den Produktionskosten lag. Die Folge: Das Land mußte Devisen für Importe ausgeben.

Fleisch wurde für 18 oder 20 C in den staatlich kontrollierten Läden verkauft,

Detlef Jordan

Mit der Rückkehr zehntausender Erntehelfer in die Städte und an ihre Arbeitsplätze ging im Februar d.J. die Kaffeernt zu Ende. Eine Reiseanstrengung, die letztlich trotz der Kriegsbedingungen in einem Teil der Erntebereiche zu einem großen Erfolg wurde.

Für viele der zurückgekehrten Brigadisten wurde es nur ein kurzer Urlaub zu Hause. Schon im März d.J. wurden sie von der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) wieder in die Berge des Nordens mobilisiert.

Flucht vor Reagans „Rittern Gottes“

Sie wurden aufgerufen, an den Umsiedlungsaktionen in den Regionen Nueva Segovia (I) und Matagalpa (VI) teilzunehmen. Diese Umsiedlung bzw. die Flucht der Bevölkerung aus den Kampfgebieten ist schon seit langem im Gange.

Bei uns im Pantasma-Tal (Departement Jinotega) arbeiten seit fast 1 Jahr zwei deutsche Baubrigaden an Siedlungen für Agrarkooperativen, deren ursprüngliche Dörfer bei „Contra“-Überfällen 1983 bzw. 1984 zerstört worden waren.

Die Regierung hat den Kooperativen Land in einem Gebiet zur Verfügung gestellt, das zwar nicht sicher ist, wo aber zumindest eine gute Möglichkeit besteht, sich zu verteidigen. Dort sind gleichzeitig Gesundheitsfürsorge, Schulunterricht, Lebensmittelversorgung und der Abtransport der Ernte machbar.

Als die „Carlos Fonseca“-Kooperative im Mai 1984 aus El Ventarron flüchten mußte, blieb der größte Teil, der verstreut in den umliegenden Bergen lebenden Einzelbauern da. Seit dieser Zeit hatten sie ständig die „Contra“ „zu Gast“, mußten sie mit Lebensmitteln und Informationen versorgen. Viele der Bauern wurden nach Honduras entführt, dort 3 Monate ausgebildet und als Reagans „Ritter Gottes“ nach Nikaragua zurückgeschickt. Allein in Pantasma wurden 1984 so 200 Soldaten für die „Contra“ rekrutiert.

Umsiedlungen unter Zwang?

Verschärft wurde die Lage der „Campesinos“ durch die ständigen Gefechte. Immer wieder verdrängten Regierungstruppen die „Contras“ aus El Ventarron – im Dezember wurde fast ununterbrochen gekämpft –, bis es um Weihnachten herum gelang, das ganze Gebiet mehr oder weniger unter Kontrolle zu bekommen.

Ende Februar d.J. begann hier die Evakuierung für den Bereich Pantasma. Nach gründlichen Vorgesprächen und Vorbereitungen ging die eigentliche Evakuierung sehr schnell vor sich. Auf riesigen Armeelastwagen, die vollgestopft mit Balken und Brettern, Hühnern und Schweinen, mit dem ganzen irgendwie transportablen Besitz waren, wurden die ersten 60 Familien in die beiden erwähnten Kooperativen gebracht. Die halb-

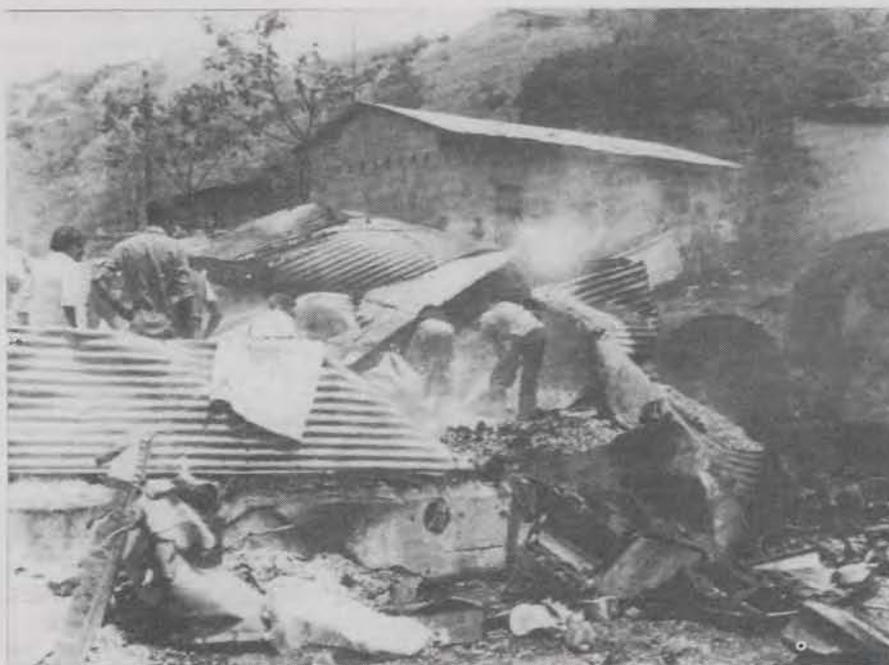
wegs fertiggestellten Häuser dienten als Notunterkünfte.

Unser Eindruck aus den Gesprächen mit den Bauern war, daß ihre Stimmung zwischen Erleichterung und Mißtrauen lag. Mißtrauen vor allem, ob die Regierung das Versprechen, ihnen Land zu geben, einhalten würde.

Nach einer Woche Wartezeit wurden sie von der Armee wieder abgeholt und auf drei landwirtschaftliche Güter in der Nähe verteilt, die der Staat gekauft hatte.

Inzwischen haben wir öfters Besuch von den Evakuierten gehabt. Sie haben uns erzählt, daß jetzt auf dem neuen Land die meisten zufrieden sind, ein paar aber auch nach El Ventarron zurückgegangen sind.

So haben wir und auch eine große Zahl von



Durch „Contras“ zerstörtes Getreidelager in Ocotal

auf dem Markt für 80 oder 100 C das Pfund. Und die Leute kauften trotzdem. Klar, daß die Produzenten ihr Vieh ungern an den Staat verkauften, sondern es vorzogen, schwarz zu schlachten.

Mit der Aufhebung der Subventionen werden die Preise auf ein realistisches Niveau angehoben, das meist ungefähr dem Schwarzmarktkurs entspricht. Damit verbindet sich die Hoffnung, dem unkontrollierten Händlerturn zumindest teilweise die Basis zu entziehen.

Leidtragende sind die Mittelklasse, die aber allemal genug Geld hat, um nicht durch Verhungern auszusterben, und die armen städtischen Randschichten. Es trifft vor allem diejenigen, die unproduktiven Tätigkeiten als fliegende Händler, Schuhputzer oder Schieber nachgehen. Die Kaufkraftverluste der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Bereichs werden durch die Lohnerhöhungen, die Kantinen und betriebseigene Läden („comisariatos“) zum großen Teil ausge-

glichen. In den „comisariatos“ können Güter des täglichen Bedarfs zu Selbstkostenpreisen erstanden werden.

Eine weitere Maßnahme ist die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben. Oberste Priorität behält die Verteidigung, gefolgt vom Gesundheitssystem. Die Ausgaben des Erziehungssektors hingegen werden eingefroren. Neue Großinvestitionsprojekte wie die Zuckermühle „Victoria de Julio“ (250 Mio Dollar) gibt es nicht. Laufende Projekte werden abgeschlossen.

Ergänzend dekretierte die Zentralbank einen neuen gespaltenen Wechselkurs, der einer erheblichen Abwertung des Cordoba gleichkommt. Je nach Verwendungszweck müssen für einen Dollar 10 bis 50 C bezahlt werden. So beträgt der Kurs für die Einfuhr von Ersatzteilen und Rohstoffen 1:10, für Geschäftsreisen ins Ausland jedoch 1:50. Für alle nicht festgelegten Verwendungszwecke gilt ein freier Wechselkurs.

Über die daraus folgende Verteuerung der Importe werden zwar auch die Preise ansteigen, „wir glauben jedoch, daß es geringer sein wird, als gegenwärtig, vielleicht sogar sehr viel geringer“, hofft Zentralbankchef Jaquín Cuadra.³

Besonders die Freigabe des Wechselkurses dient dem Zweck, den Schwarzmarkt auszuschalten. Dort zahlte man Anfang 1985 600 C für einen Dollar gegenüber 28 auf der Bank. Man hofft, den Geldfluß besser kontrollieren zu können, wenn in Zukunft in den Banken statt auf der Straße getauscht wird. Außerdem erwarten die Finanzplaner ein Einpendeln auf einen wesentlich geringeren Kurs und somit eine Reduzierung des inflationären Drucks, der vom Schwarzmarkt ausgeht.

Zu all dem kommen administrative Maßnahmen zur Kontrolle der Händler und Eindämmung der Spekulation.

Mit einem System von 25.000 „Volksinspektoren“ und der Unterstützung durch die sandinistischen Massenorganisationen beabsichtigt Comandante Ramon Cabrales, der neue Binnenhandelsminister, der Spekulation in diesem Jahr das Genick zu brechen.

Keine neuen Handelslizenzen, Einführung von Steuern, verschärfte Straßenkontrollen und die spektakuläre Aushebung geheimer Lager hat es in letzter Zeit gegeben.

Doch ändert sich dadurch noch lange nicht die Mentalität der großen Menge der Bevölkerung. Sie versteht es immer wieder, sich angesichts der akuten und weit verbreiteten Mangelsituation das Nötige zu beschaffen, auf welchen (dunklen) Wegen auch immer.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit durch die beschriebenen Weichenstellungen die wirtschaftlichen Ungleichgewichte langsam abgebaut werden können.

Das von den USA verkündete Wirtschaftsembargo wird diesen Prozeß sicherlich etwas bremsen, doch nicht wesentlich aufhalten.

Auch wenn die USA nach fast 6 Jahren Revolution noch der bedeutendste Handelspartner unter den westlichen Industrienationen sind, konnte die 30%ige Abhängigkeit von dem Wirtschaftsriesen im Norden auf derzeit ca. 13% reduziert werden.

Es sind vor allem Bananen, Rindfleisch und Tabak, die die Exportsumme von 57 Mio Dollar 1984 ausmachten. Bei den leicht verderblichen Bananen und dem Rindfleisch wird der Boykott kurzfristig sicherlich zu Verlusten für die nikaraguanische Wirtschaft führen.

Es wird nicht leicht sein, schnell neue Märkte zu erschließen. Die 1985 aufgenommene Lieferung in den arabischen Raum könnte jedoch eine mögliche

US-Journalisten den Beginn der Evakuierung in Pantasma erlebt.

Wenn ich mir die Reaktion der bundesdeutschen Öffentlichkeit, von FAZ bis taz, auf die Nachricht „Umsiedlung in Nicaragua“ vorstelle, dann seh' ich schon, wie die einen „Archipel Gulag“ und die anderen alternativ „Miskitos“ (1982 wurden 12.000 Miskito-Indianer – teilweise gegen ihren Willen – aus den Kampfgebieten umgesiedelt; siehe AIB 7-8/1984, S. 54; d. Red.) schreiben, beide mit dem gleichen anklagenden Tonfall. Und natürlich paßt das nicht zu dem von uns erlebten Beispiel einer Umsiedlung. Macht nichts, so haben wir es gesehen und so ähnlich ist der ganze Ablauf der Aktion geplant.

Die Probleme entstehen vor allem durch das Ausmaß der Evakuierung. Dazu ein paar Zeilen: In den Regionen I und VI sollen innerhalb von 3 Monaten 50.000 Menschen umgesiedelt werden. Mehr als 3.000 Häuser müssen allein in der VI. Region gebaut werden. Außerdem muß Privatland aufgekauft und an die umgesiedelten „Campesinos“ verteilt werden.

Der Mangel an Zeit, Arbeitskräften und Baumaterial führt dazu, daß die schon viel zu kleinen 36-qm-Häuser jetzt ohne Wände und Fußböden gebaut werden müssen, also nur noch aus Holzstützen und Zinkdächern bestehen.

Niemand wird gezwungen

Diese Menschen wurden von der Umsiedlung informiert, daß sie ca. 1 Monat in Notunterkünften, also Zelten, Barracken oder unter Plastikfolien zubringen müssen. Für den Bau der Wände und Latrinen kann höchstens ein bißchen Werkzeug zur Verfügung gestellt werden.

Die Ernährung wird durch Lebensmittelreserven der Regierung gesichert. Für die Kinder wurden von Freiwilligen des Sozialministeriums Gemeinschaftsküchen eingerichtet.

Zurück zur Frage, ob die Leute freiwillig gehen oder von der Armee vertrieben werden. In Pantasma wird niemand gezwungen, zu gehen.

Es gibt im Norden des Tals eine Gemeinschaft, in der sich von 110 Familien 40 zum Bleiben entschieden haben. Sie bleiben, weil sie sich nicht von ihrem Land trennen wollen, weil sie Angehörige bei der „Contra“ haben oder einfach der Regierung die Versprechungen nicht glauben. Es ist abzusehen und ihnen auch gesagt worden, daß sie bei den schweren Kämpfen, die für die kommenden Monate in diesem Gebiet erwartet werden, die Leidtragenden sein werden.

Insgesamt besteht im Gebiet von Pantasma das Problem der Freiwilligkeit nicht. So verlangen z.B. in der Ortschaft El Corazal 100 Familien, sofort evakuiert zu werden. In einem anderen Dorf, in Tomalague sind 110 Familien angekommen, die nicht auf ihre Evakuierung warten wollten.

Trotz dieser Beispiele wäre es zu einfach, die Umsiedlung als das Auffangen einer Flüchtlingsbewegung darzustellen. Das ist zwar ein Aspekt, der andere aber besteht in der Absicht, bestimmte Gebiete von der Zivilbevölkerung zu räumen, die anders nicht unter Kontrolle gebracht werden können.

Den „Contras“ das Wasser abgraben

Die Armee soll die Möglichkeit bekommen, schwere Waffen einzusetzen. Gleichzeitig soll die Versorgung der „Contras“ erschwert und die Bevölkerung ihrem militärischen und damit politischen Einfluß entzogen werden.

Ob die Rechnung mit der Evakuierung aufgehen wird, ist offen. Das Urteil der Betroffenen wird vom Einhalten der von der Regierung gemachten Zusagen abhängen, vor allem davon, ob es gelingt, den Bauern das notwendige Land zu übergeben.

Für uns, die wir mittendrin stecken, ist klar, daß der politische Wille der Sandinistas dazu vorhanden ist, daß die ersten Maßnahmen ein bißchen Grund für Optimismus liefern. Wie alles wird auch der Ausgang der Evakuierung von der Entwicklung des Krieges abhängen. Bleibt zu hoffen, daß die internationale Unterstützung für die sandinistische Revolution größer wird und niemand auf das „Archipel Gulag“-Geschwätz der Yankees reinfällt.

Richtung angeben für die Suche neuer Absatzmärkte.

Bei den Importen (1984: 115 Mio Dollar) sind besonders Ersatzteile, Erntemaschinen, chemische Dünger und Schädlingsbekämpfungsmittel betroffen sowie verschiedene Konsumgüter. Für die letzteren Artikel lassen sich sicherlich alternative Anbieter finden.

Außerdem wird der neuerliche Druck Projekte beschleunigen wie beispielsweise den Aufbau der Produktion biologischer Schädlingsbekämpfungsmittel, der sich bereits in der Planung befindet. Erschweren wird sich fraglos die Beschaffung von Ersatzteilen.

Alles in allem ist es jedoch zweifelhaft, ob das Embargo die von Reagan ersehnten Erfolge zeitigen wird, zumal sich kein anderes Land dem angeschlossen hat. Es wird vor allem den nikaraguanischen Abkoppelungsprozeß von der nordamerikanischen Wirtschaft beschleunigen. Nicht zuletzt belegt das

26jährige Bestehen der kubanischen Revolution die begrenzte Wirksamkeit einer derartigen Boykottpolitik.

Nach all diesen nüchternen wirtschaftspolitischen Daten stellt sich die Frage, welche innenpolitischen Auswirkungen die von den Sandinisten ergriffenen Maßnahmen haben werden.

Außer den Kämpfern an der Kriegsfront „bevorzugen wir die Arbeiter in der Produktion, weil sie es sind, die es ermöglichen werden, daß unser Volk die nötigen Güter für einen Konsum erhält“.⁴ Diese Aussage von Ramon Cabrales verdeutlicht die bündnispolitischen Präferenzen der FSLN.

Für die Land- und Industriearbeiter ebenso wie für die Staatsangestellten wird sich das Lebensniveau kaum wesentlich verschlechtern. Im Gegenteil ist eher eine bessere Versorgung zu erwarten. Vor allem den Gewerkschaften kommt in dem Zusammenhang bei der Ausstattung und Einrichtung der „comi-

sariatos“ und Kantinen eine Schlüsselrolle zu.

Durch den hohen Organisationsgrad gelingt es in diesem Bereich verhältnismäßig gut, die politischen Maßnahmen der Regierung, die Auswirkungen der US-Aggression usw. zu vermitteln. Hier rekrutiert sich überdies auch das Gros der freiwilligen Reservebataillone, die in der Landesverteidigung mit eingesetzt werden.

Die 19 Streiks in der Wahlkampfperiode wiesen allerdings auf zahlreiche Widersprüche z.B. in der Anwendung des SNOTS hin (falsche Eingruppierung, ungerechte Lohndifferenzen). Sie richteten sich jedoch nicht gegen das politische System als Ganzes, wie westliche Beobachter es gern gesehen hätten.

Dennoch haben diese Aktionen die FSLN aufgerüttelt. Verstärkt ermuntert sie die Arbeiter in letzter Zeit, auf Betriebsebene ihre legitimen Interessen durchzusetzen, Bürokratie und Unge-

Peter Garcia

Kubas Nikaraguahilfe am Ende?

Im Mai 1985 verließen 100 kubanische Militärberater Nicaragua. Bereits vorher war die Zahl kubanischer Lehrer in dem mittelamerikanischen Land spürbar reduziert worden. Und als Journalisten die Frage stellten, ob Kuba im Falle eines US-Angriffs auf Nicaragua Truppen entsenden würde, antwortete Fidel Castro: „Das ist unmöglich.“ (siehe Castro-Interview in: AIB 1/1985, S.19)

Bedeutet das etwa, daß Kuba die Sandinistas in Stich läßt?

Schon konstruieren westliche Medienastrologen ganze Theorien: Weil Fidel nicht zur Beisetzung Tschernomors nach Moskau kam, sprechen Le Monde, International Herald Tribune (IHT) und die Frankfurter Allgemeine von Spannungen zwischen Havanna und Moskau.

Weil Kuba mit den USA ein Auswanderungsabkommen getroffen hat, weil zwischen beiden Staaten Gespräche über Fischereirechte, Flugzeugentführungen und Küstenschutz geführt werden, vermuten die gleichen Journalisten eine Wende Kubas in Richtung USA. Und der vermeintliche Abbau kubanischer Hilfe für Nicaragua wird als Indiz dafür genommen, daß Kuba US-amerikanisches Wohlwollen erringen möchte.

Alles, außer Truppenentsendung

Aber so einfach ist es nicht, die Sterbestunde der kubanischen Revolution einzuläuten. Als erstes trug man alle Regeln logischen Denkens zu Grabe: So lobte man auf der einen Seite das – vermeintlich – konziliante Verhalten Fidels gegenüber den USA. Auf der anderen Seite unterstellte man Fidel, bei der Sowjetunion genau entgegengesetzt zu reagieren.

Laut IHT vom 25.3.1985 hätte er sich „über das konziliante Verhalten Tschernomors gegenüber den USA“ geäußert und sei deshalb nicht nach Moskau gereist. Somit wäre Fidel also einmal für Zugeständnisse an die USA – und gleichzeitig genauso dagegen. Wo ergibt das noch Sinn...

Zweitens scheint es, als hätten die bürgerlichen Journalisten hinsichtlich Kubas Nikaraguahilfe äußerst schlampig recherchiert: Die nimmt nämlich nicht ab, sondern wächst im Gegenteil immer weiter.

Zwar zog Kuba zur Unterstützung der Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe 100 Militärberater aus Nicaragua ab. Es bleiben aber immer noch 700 im Land.

Außer der Entsendung von Truppen hat Kuba jede andere Art von Militärhilfe gewährt, soweit das der Karibik-Insel möglich war. Das bestätigte Fidel am 3.3.1985 gegenüber Reportern der spanischen Nachrichtenagentur EFE. Einzelheiten wurden – begreiflicherweise – auch hier nicht genannt. Natürlich fehlen Kuba die materiellen Voraussetzungen, um Nicaragua im Falle einer US-Aggression mit eigenen Truppen zur Hilfe kommen zu können. Die Karibik-Insel hat weder die entsprechenden Kriegsschiffe und -flugzeuge, um eine US-Seeblockade zu brechen, noch könnte der Nachschub sichergestellt werden.

Was die Lehrer betrifft, so haben die Kubaner wirklich einen großen Teil zurückgeholt. Sie wurden von 1.500 nikaraguanischen Berufskollegen ersetzt, die ihre Ausbildung auf Kuba erhalten hatten.

1984 studierten insgesamt 6.000 Nicaraguaner auf Kuba, bei freier Kost und Logis. Nach unseren Maßstäben gerechnet ergibt das für Kuba einen Aufwand von 18.000 DM pro Student und Jahr. Insgesamt entspricht diese Hilfe also 90 Mio DM.

Bis vor kurzem hatte Kuba auf Wunsch der Regierung Nicaraguas jährlich 2.000 Lehrer zur Unterstützung der Alphabetisierungskampagne entsandt. Nach bundesdeutschen Maßstäben kostet ein Lehrer im Ausland 80.000 DM pro Jahr. Bei 2.000 Lehrern entspricht dies einer Summe von 160 Mio DM pro Jahr.

Dazu kommen die Aufwendungen für 4.000 kubanische Techniker, Ärzte, Krankenschwestern, Bauarbeiter usw., die etwa noch einmal 270 Mio DM betragen. Kuba hat in

Nicaragua fast zweimal soviel Fachpersonal, wie die Bundesrepublik in der gesamten Dritten Welt!

Da der Wirtschaftsboykott der USA gegen Nicaragua schon lange vor seiner offiziellen Erklärung mit der Reduzierung der Zuckerimportquote und der Streichung von Krediten begonnen hatte, gewährt Kuba auch hier Unterstützung.

1984 z.B. dürfte die unentgeltliche Warenhilfe Kubas für Nicaragua bei ca. 150 Mio DM gelegen haben. Dazu gehörten Fernsehgeräte, Babynahrung und Bücher.

Rückenstärkung gegen den Boykott

Nicaragua hat keine eigene Buchdruckerei und erhält deshalb die Mehrzahl aller Schul- sowie Sachbücher und Romane aus Kuba. Die meisten der exportierten Artikel, wie z.B. Fernseher, sind auch in Kuba nicht im Überfluß vorhanden.

Trotz eigener Verschuldung erließ die Regierung Kubas Nicaragua anlässlich der Übergabe der Zuckerfabrik Victoria de Julio die Rückzahlungen eines Darlehens in Höhe von 70 Mio Dollar.

Es handelt sich hierbei heute übrigens um den größten Industriekomplex Nicaraguas, der nicht nur die Zuckerproduktion um 40% erhöhte, sondern auch noch Energie, Brennstoff und industrielle Rohmaterialien herstellt. 60% der Einrichtungen sind kubanischen Ursprungs. Auch ein Teil des Fachpersonals und der Bauarbeiter wurden von Kuba gestellt.

Insgesamt hatte also die Hilfe Kubas für Nicaragua 1984 einen Wert von etwa 900 Mio DM. Für dieses kleine Land bedeutet die Unterstützung Nicaraguas direkten materiellen Verzicht.

Wie miserabel nimmt sich dagegen die „Entwicklungshilfe“ der reichsten Länder Westeuropas aus: Sie ist pro Kopf für die ganze Dritte Welt so hoch wie alleine der Wert der kubanischen Hilfe für Nicaragua!

rechten anzuklagen und von ihren Rechten der weitgehenden Mitbestimmung (in staatlichen Betrieben) und der Arbeiterkontrolle (im Privatsektor) auch ausgiebig Gebrauch zu machen.

Die Klein- und Kooperativenbauern profitierten in den letzten Jahren am stärksten von der Revolution. Die Verteilung von 2,1 Mio Manzanas (1 Manzana = 0,705 ha) Land an über 60.000 Familien, großzügige Kredite, erhöhte Erzeugerpreise bringen den „campesinos“ gute Gewinne in ihre häufig noch sehr kargen Hütten.

Politisch sind sie über die Nationale Union der Landwirte und Viehzüchter (UNAG) nicht nur in der Verfassungsgebenden Versammlung repräsentiert. Unter der Führung von Daniel Nuñez (seit Juli 1984) entwickelte die UNAG sich verstärkt zu einem noch energischeren Interessenvertreter ihrer 80.000 Mitglieder gegenüber dem Staat.

Sie genießt daher auch unter den patriotischen Großproduzenten viel Ansehen, beispielsweise wegen der Durchsetzung der Erzeugerpreiserhöhung für Kaffee im Herbst 1984.

Unmut ruft die neue Politik vor allem bei der unterbeschäftigten armen städtischen Bevölkerung hervor.

Für viele wird es sich nicht mehr lohnen, den vor der Ampel haltenden Autofahrern Mandarinen oder Sonnenbrillen anzubieten. Daß sie allerdings aufs Land zurückkehren (Managua wuchs in den letzten fünf Jahren von 600.000 auf mittlerweile 900.000 Einwohner an) ist unwahrscheinlich.

Ob diese Schichten, die der FSLN einst als Basis dienten und den Sieg 1979 ermöglichten, den Sandinistas den Rücken kehren, hängt nicht zuletzt von der politischen Arbeit der Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) ab, die mit ihrer halben Mio Mitgliedern in allen Stadtvierteln präsent sind (siehe AIB-Sonderheft 4/1984, S. XVf.).

Um die Gunst dieser Schichten buhlt sowohl die im Abgeordnetenhaus vertretene als auch die außerparlamentarische Rechtsopposition. Doch standen gerade die städtischen Randschichten den liberalen und konservativen Parteien auch früher schon ausgesprochen fern. Daß ihre Unzufriedenheit sich deshalb kurzfristig in massenhafte Unterstützung für diese Parteien ummünzen läßt, ist höchst unwahrscheinlich. Die Basis der Rechten bleiben die Mittelschichten, die infolge der Revolution viele ihrer Privilegien verloren haben und durch das US-Embargo ihre Konsumgewohnheiten einschränken müssen, sowie mittlere und große Bauern.

Arturo Cruz, der Führer der nicht im Parlament vertretenen Demokratischen Koordination (siehe AIB 9/1984, S. 9ff. und 1/1985, S. 16ff.) liebäugelt eben-



Transportprobleme: ein Resultat des Devisenmangels

falls mit der seiner Meinung nach 80% der Bevölkerung, die heute bei einem Referendum gegen die Sandinisten stimmen würden.⁵

Doch hat sich der Massenanhang seiner bunten Koalition aus der mächtigen, reaktionären Unternehmervereinigung COSEP, zwei winzigen Gewerkschaften und drei unbedeutenden politischen Parteien seit den Wahlen nicht erhöht.

Obwohl sie formaljuristisch außerhalb der Gesetzlichkeit operieren – die Parteien besitzen infolge ihres Boykotts der Wahlen vom 4.11.1984 nicht den Status einer Rechtsperson –, hat es das Innenministerium bisher nicht für notwendig erachtet, ihren politischen Spielraum einzuschränken.

Die Rechte ist keine Alternative

Für die Sandinistas handelt es sich bei diesen illustren Herren lediglich um den verlängerten politischen Arm der „Contras“ im Lande. Cruz selbst bestätigt diese Meinung nicht nur durch seine gemeinsamen Erklärungen mit den „Contra“-Führern (siehe AIB 5/1985, S. 44f.), sondern auch durch seine Stellungnahme zu Reagans kürzlicher Abstimmungsniederlage im Kongreß (Nichtbewilligen von 14 Mio Dollar für die „Contras“; d. Red.), indem er sagte: „Die Amerikaner (er meint wahrscheinlich die USA; d. Verf.) haben durch die Ablehnung des Reagan-Planes im Kongreß vor aller Welt dargestellt, daß sie sich über eine Ablehnung des sandinistischen Regimes nicht einig sind; sie haben damit die Gelegenheit verpaßt, die Sandinisten zu Verhandlungen mit der demokratischen Opposition Nikaraguas zu zwingen.“⁶

Gerade durch derartige Äußerungen disqualifiziert er sich selbst als potentieller Volkstribun, der den Unmut der Massen aufnehmen und gegen die Sandinisten

lenken könnte. Denn der Haß gegen den US-Imperialismus ist tief verwurzelt und uralte. Und wer sich mit ihm verbündet, wird im Volk kein großes Ansehen genießen.

Der Kampf der Sandinistas gegen die von Washington inszenierte Konterrevolution, der Kampf des David gegen den nordischen Goliath bringt der Regierung im Lande nach wie vor weite Anerkennung ein. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß die FSLN bisher wenig von ihrem Massenanhang einbüßte.

Neben den zahlreichen revolutionären Veränderungen rührt ihr Kredit beim Volk andererseits aus dem folgenden Sachverhalt: Sie hat den verhaßten Somozismus beseitigt und dem Volk seine Würde zurückgegeben. Es ist die Würde, nicht willkürlich entlassen zu werden, die Würde, keine Angst vor Verhaftung, Folter und Mord zu haben, die Würde, kritisieren zu dürfen und häufig sogar gehört zu werden.

Man trifft deshalb nicht selten Leute, die sich wütend erregen über die Eierpreise, die Schlangen vor den Schuhgeschäften, die aber im gleichen Atemzug sagen: „Wenn die Gringos kommen, bin ich der erste, der ein Gewehr in die Hand nimmt.“ Und die das auch so meinen.

Allerdings ist auch dieser Kredit nicht unerschöpflich. Die Menschen haben ihre Revolution nicht gemacht wegen einiger hehrer Ideale, sondern weil sie besser leben wollten. Die Strangulierung der Ökonomie durch Krieg und Wirtschaftsblockade läßt die Verwirklichung dieser Wünsche teilweise in weite Ferne rücken.

Anmerkungen:

- 1) Barricada, Managua, 9.2.1985
- 2) Ebenda, 14.2.1985
- 3) Ebenda, 9.2.1985
- 4) Ebenda
- 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.4.1985
- 6) Ebenda

Daniel Ortega

Die Träume von Sandino



Am 10. Januar d.J. trat Nikaraguas gewählter Präsident Daniel Ortega in Managua sein Amt an. In seiner hier dokumentierten Antrittsrede erläutert er die Aufgaben der sandinistischen Regierung. Er zieht eine Bilanz der vergangenen 5 Jahre und kündigt u.a. eine Amnestie für die „Contras“, ein Sonderstatut für die Atlantikküste und tiefgreifende Wirtschaftsmaßnahmen an.

Wir sind eine souveräne, unabhängige und nichtpaktgebundene Nation. Wir haben die natürlichen Ressourcen zurückerlangt. Wir haben 2 Mio Manzanas (1 Manzana = 0,7 ha; d. Red.) Land an die Bauern verteilt. Während es in der Vergangenheit 133 Gewerkschaftsorganisationen gab, sind es heute 1.103. Vor 1979 bestanden 22 landwirtschaftliche Genossenschaften, gegenwärtig sind es mehr als 3.000 Genossenschaften.

Mehr als 40% der landwirtschaftlichen Erzeuger sind in der Nationalen Union der Bauern und Viehzüchter (UNAG) organisiert. Jugendliche, Frauen, Kinder, Behinderte, Intellektuelle, Künstler, Journalisten, Freiberufliche, Techniker, Handwerker sowie die Klein- und Mittelindustrie sind ebenfalls in ihren jeweiligen Vereinigungen und Organisationen zusammengeschlossen.

Pluralismus, Menschenrechte verankert

Heute sind die Träume von Sandino und Carlos (Fonseca, Begründer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung; d. Red.) Wirklichkeit geworden durch die Alphabetisierungskampagnen, das Programm für Erwachsenenbildung und die gestiegene Zahl von Bildungszentren, in denen mehr als 1 Mio Nikaraguaner lernen. Wir haben außerdem 217 Bildungszentren subventioniert, von denen die meisten private und religiöse Einrichtungen sind. (...)

Dank der intensiven Gesundheitsprogramme ist die Kindersterblichkeit, die 1979 noch 121 je 1.000 Neugeborene betrug, 1984 auf 75,2 zurückgegangen. Die Lebenserwartung hat sich von 52,9 Jahren im Jahre 1979 auf 59,8 Jahre 1985 erhöht.

Die Anwendung des revolutionären Programms bedeutet Unterstützung für eine gemischte Wirtschaftsform, die im besten Interesse der großen Mehrheit des Volkes liegt. Es gibt eine bessere und immer gerechtere Verteilung des Reichtums, von dem 60% auf den privaten Sektor und 40% auf den staatlichen Sektor entfallen. (...)

Bei der Anwendung des revolutionären Programms sind auch der politische Pluralismus, die Menschenrechte und die Pressefreiheit berücksichtigt worden. Der politische Pluralismus ist bereits rechtlich verankert durch das Gesetz über die politischen Parteien, den Obersten Wahlrat und die Versammlung der politischen Parteien. Das Recht auf Pluralismus nahm das Volk in den Wahlen vom 4. November 1984 wahr, an denen erstmals in der nikaraguanischen Geschichte sieben politische Parteien der verschiedensten ideologischen Orientierungen teilnahmen.

Die Menschenrechte sind ein besonderes Anliegen der Revolution, und wir haben unter ande-

rem eine Ordnung verankert, um unsere Gesellschaft im Inneren zu retten. Wir haben Fortschritte bei der Modernisierung des Rechtssystems gemacht. Es gab mehr als sieben Gruppenamnestien, eine Amnestie ist verlängert worden, damit Bürger, die in konterrevolutionäre Aktivitäten verwickelt waren, in unsere Gesellschaft zurückkehren können. Und mehr als 1.500 Nikaraguaner haben von dieser Amnestie Gebrauch gemacht.

Auch die Pressefreiheit ist in Nicaragua verankert worden. Und die Werktätigen haben heute Zugang zu den Informationsmedien, die in der Vergangenheit ein Monopol der konservativen Oligarchie waren. (...)

Mehr als 100 Mio Dollar stellte die US-Regierung bereit, um die terroristischen Aktivitäten des CIA gegen unser Land zu unterstützen. Der Aggressionskrieg, mit dem die gerechten Bestrebungen unseres Volkes vereitelt werden sollten, hat in 4 Jahren insgesamt 7.698 Opfer gefordert. Davon wurden 2.767 ermordet, darunter 132 Kinder unter 12 Jahren, 48 Frauen, 705 Bauern sowie 153 Techniker und Freiberufliche. Von der Gesamtzahl der Opfer waren 3.213 junge Männer und Frauen unter 21 Jahren.

Das Geld des US-amerikanischen Volkes wurde dazu investiert, der nikaraguanischen Volkswirtschaft einen materiellen Schaden von mehr als 1 Mrd Dollar zuzufügen. Die Söldner haben Produktionsstätten, Schulen, medizinische Einrichtungen, Brücken, Fischerboote, Kraftstoffdepots, Maschinen und Bauausrüstungen zerstört. (...)

Wir sind den Angriffen einer Politik der Stärke ausgesetzt, die mit ihrer irrationalen Haltung den Weltfrieden gefährdet.

Wir, die Opfer dieser Politik der atomaren Kriegstreiberei auf der Erde und im Weltraum, sind davon überzeugt, daß der Hauptkampf, den es zu führen gilt, der Kampf um den Frieden ist. Wir können keine Vorbereitungen für die nächsten Tage treffen und Wirtschaftspläne erstellen, ohne zuerst für den Frieden zu arbeiten. Nicaragua wird weiterhin alle Anstrengungen unterstützen, die den Dialog, Abrüstung und Vereinbarungen begünstigen, die ein für allemal die Rüstungsinvestitionen begrenzen und reduzieren. (...)

Wir bekräftigen hiermit unsere Unterstützung für die Contadora, diese große lateinamerikanische Initiative, die von der Internationalen Gemeinschaft unterstützt wird, die ihre Hoffnungen auf die starken Friedensbemühungen Mexikos, Kolumbiens, Venezuelas und Panamas setzt. Wir wiederholen unsere Bereitschaft, den von der Contadora-Gruppe am 7. September 1984 unterbreiteten Friedensvorschlag unverzüglich zu unterzeichnen. (...)

(...) In bezug auf den Konflikt in unserer Schwadronierelation El Salvador, der sich aus der salvadorianischen Realität ergibt, wird Nicaragua weiterhin den Dialog für eine friedliche Lösung unterstützen.

Bezüglich der Spannungen zwischen Honduras und Nicaragua sowie zwischen Nicaragua und Kostarika, die sich aus der US-Politik durch die Errichtung von Stützpunkten und Lagern für die Söldnertruppen ergeben, was zu Blutvergießen in unserem Vaterland führt, sind wir bereit, zwecks ihrer sofortigen Wiedereingliederung in die Gesellschaft alle diejenigen auf-

zunehmen, die sich an bewaffneten konterrevolutionären Aktivitäten beteiligt haben, sobald sie den honduranischen und kostarikanischen Behörden die bei diesen Aktivitäten eingesetzten Waffen übergeben haben. (...)

Wir halten an unserem Willen fest, die auf dem Gipfeltreffen der politischen Parteien (vom Oktober 1984; d. Red.) getroffenen Vereinbarungen zu erfüllen. Und wir hoffen, daß alle politischen Parteien, die die Vereinbarungen unterzeichnet haben, sich für ihre Einhaltung zum Wohle der Einheit der Nation einsetzen werden.

Wir unterstützen die Einberufung von Gemeindevahlen zu dem von der Verfassungsgebenden Nationalversammlung festgesetzten Zeitpunkt. Wir werden die Billigung eines Gesetzes für ausländische Investitionen befürworten, durch das diese Investitionen in unserem Land geregelt werden.

Wir werden den Entwurf und die Billigung eines besonderen Gesetzes für die Bewohner der Atlantikzone als Teil eines bereits begonnenen Prozesses fördern. Im Rahmen der gemeinsamen Bemühungen der revolutionären Regierung und aller Bewohner der Atlantikzone Nicaraguas bekräftigen wir die Bereitschaft, die Gespräche mit den aus dieser Zone stammenden Gruppen wie MISURASATA fortzusetzen, damit sie ihre Waffen niederlegen, sich den staatsbürgerlichen Aktivitäten im Lande anschließen und an der gegenwärtigen Ausarbeitung eines Sondergesetzes für die Atlantikküste teilnehmen können. (...)

Wir werden nicht zögern, alle erforderlichen Maßnahmen zur Überwindung der ersten Wirtschaftskrise zu ergreifen.

Die einfachen und arbeitenden Menschen kennen besser als jeder andere die Ursachen für diese Situation, und niemand wird durch einfache und demagogische Versprechen getäuscht. Wir glauben nicht, daß wir die Krise in kurzer Zeit überwinden können; das wird ein bißchen dauern. Wir werden jedoch um die Abschwächung der Krise kämpfen, damit sie sich nicht weiter vertieft.

Wirtschaftskrise überwinden

Die Richtlinien des Wirtschaftsplans für 1985 zielen darauf ab. Diese Richtlinien können wie folgt zusammengefaßt werden: Verteidigung des Reallohns der Produktionsarbeiter durch mehr Disziplin und Produktivität, Anreize für die Hersteller, Sozialleistungen für die Produktionsarbeiter, Kampf gegen Spekulanten und Ausbeuter.

Wir werden weiterhin mit derselben Entschlossenheit kämpfen, die von den Kaffeepflücker an den Tag gelegt worden ist, mit Bewunderung und Opferbereitschaft, um die terroristischen Pläne der CIA zu vereiteln. Wir werden weiterhin produzieren für die Verteidigung und den Export und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Sozialleistungen. Wir werden die Agrarreform vorantreiben und den Bauern mehr Land geben, bis es keinen einzigen Bauern mehr ohne Land in Nicaragua gibt. (...)

(Quelle: Radio Managua, 10.1.1984, 23.06 h GMT)

DAS GEBURTSTAGSGESCHENK



Nunmehr **15 Jahre** ist es her, seit im Juni 1970 die erste Ausgabe des AIB erschien. Seitdem ist aus dem AIB die **auflagenstärkste** deutschsprachige Monatszeitschrift zur Dritten Welt mit Abonnenten in fast 60 Staaten geworden.

Uns ist das **nicht genug**. Zuwenige wissen Bescheid über Reagans Krieg gegen Nikaragua, über die Volksaufstände in Südafrika, über den libanesischen Widerstand, über den US-Aufmarsch im Pazifik, über die bundesdeutsche Verwicklung im Nahen und Mittleren Osten, über die Ursachen der Hungerkata-

strophen und der Verschuldungskrise. Und zuwenige sind aktiv gegen die imperialistische Politik in der Dritten Welt.

Deshalb brauchen wir mehr Leser – und deshalb bekommt **jeder**, der uns einen **neuen Abonnenten nennt**, ein aktuelles Dritte-Welt-Buch **geschenkt**.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von **25 DM**.



Fidel Castro
... wenn wir überleben wollen
Weltkreis Verlag
296 Seiten, 16,80 DM



James Matthews
Schattentage
Roman aus Südafrika
Weltkreis Verlag
144 Seiten, 9,80 DM



D. Boris/R. Rausch
Zentralamerika
Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica, El Salvador
Pahl-Rugenstein Verlag
405 Seiten, 16,80 DM



H.E. Gross
Guatemala
Leben auf dem Vulkan
Weltkreis Verlag
240 Seiten, 14,80 DM



R. Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM

FREIHEIT FÜR NELSON MANDELA

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die Regierung Südafrikas auf, den Führer der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC), Nelson Mandela, unverzüglich und ohne Bedingungen freizulassen.

Mandela, 1964 nach den Gesetzen der Apartheid wegen des Eintretens für sein Volk zu lebenslanger Haft verurteilt, verkörpert die unbesiegbare Sehnsucht schwarzer und auch weißer Südafrikaner nach einem freien und demokratischen Südafrika.

Mehr als eine halbe Million Menschen in aller Welt haben die Freilassung Mandelas gefordert. Straßen und

Plätze wurden nach ihm benannt. Laut Umfragen meinen sogar 43% der weißen Südafrikaner, die Regierung Botha solle mit Mandela verhandeln.

Wenn wir die Freilassung des „wahren Führers“ (Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu) der südafrikanischen Bevölkerungsmehrheit fordern, schließen wir darin die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia mit ein.

(VisP: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1)

Unterzeichner der Anzeige „FREIHEIT FÜR NELSON MANDELA“:

Ache-Klemm, Magdalene, Diakonin, Achming, Stefan, Ackermann, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Adam, Günter, Arbeitskreis Südafrika in der Diözese Limburg, Ade, Iris, Ade, Wolfgang, Aktion 3. Welt, Freiburg, Albert, Christel, Apothekerin, Alshuth, Katrin, Schülerin, Altenstetter, Peter, Pfarrer, Althoff, Christa, Ammon, Ingrid, Anti-Apartheid-Bewegung, Lokalgruppe Biberach, Anti-Apartheid-Bewegung, Lokalgruppe Frankfurt/M. Apel, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Appelrath, Hannelie, Mitglied des Vorstandes der Anti-Apartheid-Bewegung, Friedensliste, Demokratische Sozialisten, Asbach, Karin, Asbach, Uwe, Barck, Susanne, Mitglied des Vorstandes der Anti-Apartheid-Bewegung, Bartels, Werner, Pädagoge, Barth, Andreas, Auszubildender, Bassmann, Claudia, Bassmann, Dr. Winfried, Baugarten, Dr. Jörg, Pfarrer, Bayer, Stefan, Zivildienstleistender, Beer, Dr. Helmut, Mitglied des Beirats der ÖTV, Behnken, Heinz, Studienleiter, Jöckum, Behrmann, Irene, Diakonin, Beltinger, Anna, Jerg, Christine, Schülerin, Bergengruen, Herrmann, Pastor, Bergengruen, Susanne, Lehrerin, Blaszyk, Gundula, ÖTV-Vertrauensfrau, Böll, Rene, Lamuv-Verlag, Boenig, Elmar, Praktikant, Boer, de; Hans A. Berufsschulpastor, Bohne, Luise, Borchert, Jutta, Borgmann, Annemarie, Borm, William, Politiker, Botenbruch, Dieter, Boysen, Jutta, Brand, Avi, Brandt, Christa, Mitglied des Vorstandes der Informationsstelle Südliches Afrika, Braun, Gerhard, Braun, Ilse, Braun, Dr. Markus, Pfarrer, Braun, Margund, Pfarrerin, Bröking, Bortfeldt, Dr. Martin, Pfarrer und Dipl.-Päd., Brückner, Reinhard, Theologe, Brückner, Renate, Krankengymnastin, Brust, Hilde, GAL Landesvorstand Hamburg, Buhl, Norbert, Lehrer, Busch, Gerald, Buschmann, Martha, Mitglied des Präsidiums der DKP, Bussfeldt, Barbara, Koordination Arbeitskreis Frauen, Büttner, Hans, Gewerkschaftssekretär, Catenhusen, Wolf Michael, MdB-SPD, Collmer, Wolfgang, Vorstandsmittglied der Aktion Selbstbestimmung, Conrad, Ralf-Rainer, Coppik, Manfred, Rechtsanwalt, Cordes-Vollert, Doris, Malerin, Czesla, Stefan, Altenpfleger, Däubler-Gmelin, Dr. Herta, Stellv. Vorsitzende der SPD-Bt-Fraktion, Dahl, Gertrud, Danielsmeyer, Ulrich, Bankkaufmann, Dann, Heidemarie, MdB „Die Grünen im Bundestag“, Degen, Barbara, Juristin, Dehndorf, Veronika, Religionslehrerin, Deile, Volkmar, Pfarrer, Dejung, Dr. Karl-Heinz, Pfarrer, Demmer, Helmut, Pfarrer, Dias, von; Prof. Dr. Patrick, Universitätsprofessor, Diekmannshenke, Hajo, Initiative Sportler für den Frieden, Diening, Georg, Pfarrer, Döpker, Richard, Referent für Friedensfragen, Döpp, Hans-Willi, Studienrat, Döpp, Matthias, Student, Dobberahl, Ellen-Gladys, Lehrerin, Donat, Christiana, Journalistin, Dorna, Wigbert, Drees, Frederike, Lehrerin, Drees, Hartmut, Pastor, DREWITZ, Ingeborg, Schriftstellerin, Duchrow, Prof. Dr. Ulrich, Pastor, Duenbostel, Jürgen, Dipl.-Kaufmann, Duve, Freimut, MdB-SPD, Ebermann, Gabriele, Landesvorstand der GAL Hamburg, Ebermann, Thomas, Autor, ehem. Md Bürgerschaft-HH - 612, Edler, Kurt, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Ehret-Nestle, Monika, Ehrhorn, Manfred, Eibach, Gabriele, Vikarin, Eich, Tay, Landesvorstand der GAL Hamburg, Eid, Ursula, Emmerling, Alfred, Maler und Graphiker, Engelhardt, Monika, Eppler, Erhard, Erkelenz, Bernhard, Lehrer, Eitz, Felicitas, Eumme, Roswitha, Landesvorstand der GAL Hamburg, Ev, Studentengemeinde in der BRD und Berlin (West), Fährndrich, Gisela, Pastorin, Fahl-Najon, Barbara, Pastorin, Fichte, Hildegard, ehem. Diakonin, Flues, Albrecht, Flues-Namgales, Gisela, Frahm, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Frankfurter Frauenaktion Südafrika, Frauen für Südafrika - Gegen Apartheid, Projektgruppe München, Frauen und Männer gegen Apartheid, Bielefeld, Frey, Dr. Ulrich, Fricke, Dr. Peter, Fortbildungsreferent, Friedensinitiative Lehel - Gärtnerplatz, München, Fröhlich, Erdmut, Mitglied des Vorstandes der Informationsstelle Südliches Afrika, Frommlet, Wolfram, Journalist, Fues, Thomas, Mitarbeiter der Grünen im Bundestag, Gabriel, Wolfgang, Sozialpädagoge, Gbur, Catharina, Beschäftigungstherapeutin, Gbur, Günther, Oberstudienrat, Geier, Gabriele, Gerhards, Andrea, Theologin, Gevers, Reino, Journalist, GEW, Kreisverband Nürnberg, Gleise, Uli, Landesvorstand der GAL Hamburg, Gohary, Magdi, gewerkschaftlicher Vertrauensleutevorsitzender, Göttenboth, H. Dieter, Bild, Künstler, Gollwitzer, Prof. Dr. Helmut, Grajetzky, Annemarie, Hausfrau, Grambo, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Grohs, Prof. Gerhard, Universitätsprofessor, Grotefeld, Volker, Auszubildender, Grothe, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Großmann, Angela, Redak-

tionsassistentin, Grossmann, Dr. Sigrid, Akademische Oberrätin, Guckelberger, Rolf, Lehrer, Gymnasium Löhne, Grundkurs Religion (11), Habermann, Alfred, Pfarrer i. R. Habermann, Hanna, Hahn-Cremer, Wolfgang, Juso-Landesvorsitzender NRW, Hansi, Helga, Dipl.-Päd. Hartmann, Margarete, Lehrerin, Hauchler, Prof. Dr. Ingomar, SPD-MdB, Haug, Dietlinde, Dipl.-Psychologin, Hausweddel, Corinna, Bundesvorstand des MSB Spartakus, Hebisch, Heinz, Hebisch, Ria, Hegeler, Erika, Hauswirtschaftsmeisterin, Heiber, Florentine, Rechtsanwältin, Heil, Birgit, Helfer, Angela, Mitglied des Vorstandes der Anti-Apartheid-Bewegung, Hergenroder, Udo, GAL-Landesvorstand Hamburg, Hielscher, Almuth, Hildebrandt, Uwe, Pfarrer, Hildebrandt-Junge-Entrup, Reile, Pfarrerin, Hill, Gisela, Sozialpädagogin, Hill, Helmut, Grafik-Designer, Hinz, Prof. Dr. Manfred O., Universitätsprofessor, Hinz, Rudolf, Pastor, Hinz, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Höfmann, Christiane, Lehrerin, Honekopf, Elmar, Hoffmann, Sabina, bild. Künstlerin, Holler, H.-P., Bauingenieur, Hug, Karl-Heinz, Hussong-Meffert, Inge, Iseler, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Issen, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Jahn-Briel, Jalass, Md Bürgerschaft, Janka, Doris, Personalrätin, Janka, Marian, Leiter des Landesangestelltenausschusses der GEW Bayern, Jansen, Mechthild, Jonky, Prof. Dr. Ernest, Universitätsprofessor, Junk, Ursula, Journalistin, Jurt-schitsch, Erwin, wiss. Mitarbeiter, GAL, Kaestner, Alexander, Studentenfürer, Kaiser, Gertraude, Beauftragte für den kirchlichen Entwicklungsdienst, Kause, Peter, Studentenfürer, Kazamal, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Kellner, Reinhard, Grüner Stadtrat, Regensburg, Kelly, Petra K., MdB Die Grünen, Kirsch, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Kieck, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Kimmier, Christiane, Pressereferentin, Klarmann, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Klein, Rosemarie, Kleist, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Klose, Hans-Ulrich, MdB-SPD, Kломann, Dirk, Student, Köberlin, Gerhard, Sekretär, König, R., Rentner, Kopsch, Cordelia, Pfarrerin, Korany, Max, Pfarrer, Kortendiek, Brigitte, Hausfrau, Kortendiek, Paul, Angestellter, Kotschi, Elke, Architektin, Kotschi, Prof. Dr. Thomas, Hochschullehrer, Koßak, Klaus, bild. Künstler, Kowsky, Thomas, Md Bürgerschaft-HH, GAL, Kreck, Prof. Dr. Walter, Krefz, Johannes, Mitarbeiter beim DGB, Krieger, Sabine, Krockenberger, Rosemarie, Kröber, Cornelia, Kröber-Löwenstein, Kornelia, Hausfrau, Kromer-Süße, Renate, Diakonin, Krüger, Anne, Schülerin, Kruger, Claudia, Schülerin, Krug, Annemarie, Krug, Harry, Kuhlmann, Sabine, Diakonin, Kuhlwein, Eckart, SPD-MdB, Kürschner, Friederika, Langensiepen, Karl, Pfarrer, Langsdorf, Andreas, Student, Lechner, Renate, Lehrerin, Lembeck, Ursula, Lenhard, Norbert, Vertrauensmann IG Metall, Lenz, Hildegard, Lewa, Anja, Schülerin, Lindenberg, Udo, Rocksänger, Linkohr, Dr. Rolf, MdEP, Linz, Johanna, Dipl.-Päd. Lobgass, Annette, Lehrerin, Löll, Detlev, Landesvorstand GAL Hamburg.

Loewe, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Loos, Reinhard, Student, Lübbert, Konrad, Christen für die Abrüstung, Lübbing, Nicola-Iika, Schülerin, Ludwig, Martina, Theologin, Lust, Dittmar, Luu, Gisela, Lehrerin, Mahler, Thomas, Schüler, Mangold, Johanna, Mitglied des GEW-Kreisvorstandes, Martin, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Martin, Bebecca Lee, Maßmann, Klaus, Pfarrer, Mattheiß, Eberhard, Pfarrer, Mederake, Elfriede, stellv. Vorsitzende der Aktionsgruppe „Freiheit für Nelson Mandela“, Meffert, Peter, Meissner, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Meinshausen, Renate, Metzger, Martina, ASTA-Sozialreferentin, Meuer, Gerd, Journalist, Meyer, Friedhelm, Pfarrer, Meyer, Michael, Vorsitzender der DFG/VK Schweinfurt, Meyer, Winfried, Dipl.-Physiker, Meyer-Wintzer, Gisela, Michel, Liesel, Michler, Walter, Journalist, Mies, Herbert, Vorsitzender der DKP, Mihr, Karl-Heinz, MdEP, Militz, Edith, Militz, Eva, Dipl.-Religionspädagogin, Möller, Elke, Dozentin, Mohr, Lisa, stellv. Vorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), Mrowka, Gertrud, Mühlerberger, Ursula, Theologin, Muskerin, Mühlihäuser, Adelheid, Diakonin-Schwester i. R., Mühlihäuser, Ester Beate, Diakonisse i. R., Mühlihäuser, Realschullehrerin, Naturfreundejugend Baden, Niese, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Nieth, H.-J., Journalist, Nietus, Monika, Diakonenschülerin, Niese, Andreas, Diakonenschüler, Nolting, Hans, Lehrer, Noth, Andreas, Noth, Dorothea, Nutto-Holler, Monika, Lehrerin, Ostermann, Ingrid, Pahl, Uwe, Kommunalbeamter, Paschlah, Helmut, Mitglied des Vorstandes der Anti-Apartheid-Bewegung, Pauly, Kuno, Mitglied des Vorstandes der Anti-Apartheid-Bewegung, Peschke, Doris, Peter, Horst, MdB, Peters, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Petersen, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Pfeiffer, Ilse, Bankkauf-

frau, Pfeiffer, Karl-Heinz, Kirchenverwaltungsrat, Porip, Sabina, Puppe, Jutta, Mitglied des Vorstandes, der Anti-Apartheid-Bewegung, Pusch, Erhard, Gewerkschaftssekretär, Pütmann, Gertrud, Angestellte, Raab, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Radow, Birgit, SDAJ-Bundesvorsitzende, Raiser, Prof. Dr. Konrad, Universitätsprofessor, Reuß, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Rexroth, Waltraud, Rieger, Sophie, Stadträtin, Architektin, Riese, Harald, Roloff, Klemens, Journalist, Röscheisen, Roland, Internat, Sekretär der Jungsozialisten, Roiger, Karin, Sozialpädagogin, Roth, Wolfgang, MdB, Rudolph, Helmut, Rüter, Isolde, Landesvorstand der GAL Hamburg, Runge, Dr. Erika, Autorin, Regisseurin, Ruls, Bè, Pastorin, Saalfeld, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Schäffer, E. Schätzel, Eckhard, kirchl. Mitarbeiter, Schalthoff, H., Geschäftsführer der GAL-Fraktion, Schefer, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Scherer, Hartmut, Scheunemann, Md Bürgerschaft, Hamburg, Schilly Otto, MdB, Die Grünen im Bundestag, Schmidt, Ilse, Religionslehrerin, Schmidt, Karl, Pfarrer, Schmidt, Katharina, Hausfrau, Schmidt, Rainer, Md Bürgerschaft GAL Hamburg, Schmidt, Ursula, Schmidt-Bott, Repula, Md Bürgerschaft, GAL Hamburg, Scholz, Olaf, Juso-Bundesvorstand, Schreiner, Ottmar, MdB, Schreiner, Peter, Referent der Entwicklungspolitik aeJ, Schub, Ute, GAL-Pressesprecherin, Schulte, Bernd, Schumann, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Schürings, Hildegard, wiss. Mitarbeiterin, Schupelius, Gunnar, Mitglied der Alternativen Liste, Berlin, Schüler, Andreas, Schutt, Peter, Schriftsteller, Schwab, Christel, Schwämmlein, Helmut, Stadtrat, Schwencke, Christa, Schwencke, Dr. Olaf, Schwenninger, Walter, Ex-MdB Die Grünen, Seeler, H.-J., Dr., MdEP, Bürgerschaft SPD Hamburg, Seibel-Emmerling, Lilo, MdEP, Seifert, Sabine, Hausfrau, Seiz, Paul-Gerhard, Akademiedirektor i. R. Sick, Hans-Bernd, OV-Sprecher Die Grünen Biberach, Siegmund, Md Bürgerschaft-SPD Hamburg, Siegling, Andreas, Arbeiter, Simons, Barbara, MdEP, Sippfendorfer, Werner, Generalsekretär, Spring, Sigrid, Lehrerin, Spilker, Heinz, Nachrücker der GAL Fraktion, Hamburg, Spoo, Eckart, Sölle, Dorothee, Sohr, Peter, Geschäftsführer WFD, Solidarische Kirche im Rheinland, Standhartinger, Ernst, Sucher, Walter, Journalist, Sucher-Bürger, Julia, Süßberg, Walter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Uni Frankfurt/M., Süße, Eberhard, Pfarrer, Stadtteilmittglied DESI Nürnberg, Stahl, Anneliese, Hausfrau, Stahl, Sigrid, Schülerin, Mitarbeiterin in 3. Welt Gruppe, Stamm, Michael, Landesvorstand GAL Hamburg, Standke, Elisabeth, Steffensky, Prof. Dr. F. Stegmann, Sozialpädagoge, Stelck, Edda, Studienleiterin, Stemmer, Renate, Krankenschwester, Stöhr, Dr. Martin, Pfarrer, Strathmeier, Bärbel, Erzieherin, Strohmeyer, Gisela, Hausfrau, Strohmeier, Dr. Helmut Dipl.-Chem. Stucker, Ernst-Wilhelm, Md Bürgerschaft-GAL Hamburg, Sturm, Wolfgang, Rektor, Terre des Hommes e.V., Bundesvorstand, Tillmanns-Sturm, Dr. Barbara, Oberstudienrätin, Timm, Uwe, Schriftsteller, Traue, Marie-Luise, Diakonin, Trotta, von Margarete, Urmann, Herbert, Dipl.-Psych. Venzke, Anneliese, Südafrika-Arbeitskreis der EFD, Düren, Vetter, Bernd, GAL-Fraktion Hamburg, Vetter, Sigrun, Verheugen, Günter, MdB-SPD, Vesper, Dr. Michael, Fraktionsgeschäftsführer „Die Grünen im Bundestag“, Vittinghoff, Kurt, MdEP, Bevollmächtigter der IG Metall Bad Kreuznach, Voigt, Md Bürgerschaft-SPD Hamburg, Voscherau, Md Bürgerschaft-SPD Hamburg, Wachendorff, Irmgard, Künstlerin, AAB Mitglied, Wagner, Harald, Pfarrer, Wahl, Peter, Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, Warthemann, Elke, Rentnerin, Warthemann, Silke, Oberstudienrätin, Weber, Beate, MdEP, Weiner, Bernhard, Sozialwissenschaftler, Weinberg, Harald, SHB Bundesvorsitzender, Weinbrenner, Dietrich, Pastor, Weinbrenner, Birgit, Pastorin, Weismann, Peter, Buchverleger, Weismann-Verlag-Frauenbuchverlag, Weßler, Rudolf, Pfarrer, Weyel, Dr. Volker, Chefredakteur, Wick, Ingeborg, Geschäftsführerin der AAB, Wiczorek-Zeul, Heidemarie, MdEP, Wilmssen, Christian, Beamter, Wißmann, A., Hausfrau, Wöckner, Günter, Betriebsvorsitzender IG Metall, Wohlleben, Thomas, Landesvorstand der GAL Hamburg, Wolf-Schreiner, Heidi, Sozialpädagogin, Woost, Md Bürgerschaft Hamburg, SPD, Wronna, Brigitte, kaufm. Angestellte, Wulf, Dr. Herbert, wiss. Angestellter, Wulff, Prof. Dr. Erich, Sprecher des Antimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika, Wunderlich, Jürgen, Student, Zander, Dr. Hartwig, Universitätsprofessor, Zoller, Heinz, Vertrauensmann, Personalrat, Vorsitzender der ÖTV-Abteilung Wissenschaft und Forschung, Kreis Karlsruhe, Zumach, Andreas, Mitarbeiter von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste

Unterstützen Sie die Forderung nach Freilassung Nelson Mandelas, indem Sie die Postkarte in der Heftmitte nach Südafrika schicken!



Kaffee-abo

Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken – ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich entsprechend Eurem Monatsbedarf – natürlich frei Haus. Kein Vergessen, kein Suchen – und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3 Pfund oder ein Vielfaches davon) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel. 069/778863).

Neu



- Ich abonniere das AIB ab Nr. ____ / ab sofort*
- Ich bestelle ____ Ex. AIB-Nr. ____ **
- Ich bestelle ____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. ____ **

* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM; Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

** Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (Z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname	
Straße	Beruf
Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes	

Unterschrift _____ Datum _____

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift: _____

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ



Wer wir sind:

Für die aktive Solidarität sind wir da. Mehr als 150 Artikel halten wir bereit. Für die aktive Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas: Bücher und Broschüren, Buttons und Plakate, Postkarten und Aufkleber, Dia-Serien und Wandzeitungen, Schmuck und Kunstposter. Mit den Befreiungsbewegungen arbeiten wir zusammen. Auch ihre Materialien vertreiben wir. Und wir sind selbst Teil der Solidaritätsbewegung. Eng verbunden mit dem ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika). Und wir tun auch was zur Steigerung des ASK-Spendenaufkommens, z.B. mit Kaffee. Nicaragua-Kaffee. Rund 300.000 DM konnte das ASK mittlerweile der FSLN zur Verfügung stellen. Zur freien Verfügung. Zum Einsatz dort, wo es am nötigsten ist. Das soll noch mehr werden. Unser „Solishop“ wird seinen Beitrag leisten. Helft mit. Fordert unseren neuen Gesamtkatalog an. Spendet auf das ASK-Konto: Sonderkonto Prof. Wulff, Postgiroamt Frankfurt/Main, Konto-Nr. 527 055-602, Kennwort „Nicaragua“.

Freiheit

für

Nelson

Mandela



Ich fordere die sofortige Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandela und aller anderen politischen Gefangenen!

I demand the immediate release of ANC leader Nelson Mandela and all other political prisoners!

(Ort und Datum)

(Unterschrift)

Absender:

70 PF

P. W. Botha
 Union Buildings
 Pretoria
 SOUTH AFRICA

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
 von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienvorschlag aus dem AIB-Angebot: _____

Bitte mit
 Postkartenporto
 freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1



Absender:

Bitte mit
 Postkartenporto
 freimachen

POSTKARTE

Ich/Wir bestelle/n hiermit ein Solidaritäts-Abonnement röstfrischen, gemahlten NICARAGUA-KAFFEE. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3/6/... Pfd.* zum Preis von 40/80/... DM* incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Nachnahme/Überweisung/Scheck*.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

*Nicht zutreffendes bitte streichen. Der Preis ist für min. 2 Monate ab Bestellung garantiert.

An

**Solidaritätsshop
 Dritte Welt**

Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90

Nico Biver

Der US-Krieg hat viele Gesichter

Daß die Revolution der 3 Mio Nikaraguaner noch immer Bestand hat, hängt u.a. damit zusammen, daß vor 10 Jahren das vietnamesische Volk dem US-Imperialismus seine bisher größte Niederlage beibrachte. Vor allem diese Erfahrung war es, die viele Abgeordnete des US-Kongresses am 24. April d.J. dazu veranlaßte, die von der Reagan-Administration geordneten 14 Mio Dollar für die nikaraguanischen „Contras“ abzulehnen (siehe AIB 5/1985, S.3).

Anders als in den Jahren zuvor hatte der Präsident der USA die weitere Aufpöpelung der 15.000 Söldner damit begründet, daß die Sandinistas zu einer Änderung ihrer Politik gezwungen werden sollen. Früher wurde als Grund für die Unterstützung der „Contras“ in der Regel angegeben, daß diese den angeblichen Waffenfluß von Nicaragua an die salvadorianische Guerilla aufhalten sollten.

„Die wirkliche Frage ist“, so der demokratische Senator Patrick J. Leahy, „ob der Kongreß einen Blankoscheck für den Präsidenten unterzeichnen wird, der dieses Land zu einer direkten militärischen US-Intervention in einem mittelamerikanischen Krieg, ein Krieg, den das amerikanische Volk nicht will, führen wird.“¹

Dabei haben die Gegner der „Contra“-Hilfe nicht etwa aus Vietnam gelernt, daß man das Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen zukünftig achten sollte. Sie sind vielmehr der Meinung, daß ein Krieg in Mittelamerika ähnlich wie in Vietnam verlaufen könnte, oder sie teilen die Position der Reagan-Administration nicht, daß Nicaragua eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA darstelle.

Reagan jedoch versucht, die Niederlage in Vietnam in einen Sieg umzumünzen und zieht folgenden Schluß: „Niemals wieder darf eine Regierung der Vereinigten Staaten jungen Männern befehlen, hinauszuziehen und zu kämpfen und für eine Sache zu sterben, die sie nicht zu gewinnen bereit ist.“²

Gleicher Meinung ist auch der ehemalige Außenminister Henry Kissinger. Er bemängelt jedoch vor allem die Unentschlossenheit der Regierung und die Tatsache, daß sie nicht klar ihre Ziele gegenüber Nicaragua benennt. Die Regierung könnte nicht davon reden, daß Nicaragua von vitalem Interesse für die USA sei, und dann nur 14 Mio Dollar für die



Ein honduranischer Bauer beobachtet US-Panzer und Hubschrauber bei Manövern an der nicaraguanischen Grenze

„Contras“ fordern. Nur durch eine klare Benennung der Ziele und der Mittel, um diese zu erreichen, könne ein Konsens zwischen den beiden großen Parteien erzielt und das gleiche Desaster wie in Vietnam verhindert werden.³

Die Politik Washingtons gegenüber Nicaragua verläuft in der Tat nicht geradlinig. Dies liegt aber weniger am guten Willen der Reagan-Administration, als am Widerstand, auf den diese Politik national wie international stößt. Washington will in der Tat die sandinistische Regierung stürzen, nur sagt sie das nicht so offen, da sie sich sonst weltweit isolieren würde.

Die „Contras“ am Hungertuch?

Deshalb wird versucht, auf politischem wie auf militärischem Gebiet die Bedingungen für eine Intervention schrittweise zu schaffen. Gleichzeitig werden Maßnahmen getroffen, von denen man hofft, daß sie Nicaragua unterhalb der Invasionsschwelle in die Knie zwingen.

Das Programm hierfür wurde bereits auf der Grundlage einer Vorlage des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) am 1.12.1981 von Ronald Reagan unterzeichnet. Es sah nicht nur den Aufbau der „Contras“, sondern auch wirtschaftliche, diplomatische, politische und propagandistische Maßnahmen gegen Nicaragua vor (siehe AIB 7-8/1984, S. 47-49 und 52-56 sowie 2/1985, S. 9-12).

Innenpolitisch wie international versuchte die Reagan-Administration durch

eine Kampagne, die Nicaragua als einen Satelliten der Sowjetunion und Kubas hinzustellen trachtete, es zu einer Gefahr für die nationale Sicherheit der USA hochzustilisieren. Gleichzeitig wurden die „Contras“ zu „Freiheitskämpfern“ erklärt, die den gleichen Kampf führen würden wie jene, die gegen den deutschen oder spanischen Faschismus gekämpft haben.

Eine derartige Kampagne konnte jedoch weder national noch international überzeugen. Nach wie vor lehnen zwei Drittel der US-Bevölkerung eine militärische Intervention in Nicaragua ab.

Dies ist auch ein Grund dafür, warum der Kongreß die 14 Mio Dollar nicht bewilligte, obwohl Reagan versichert hatte, sie würden für humanitäre Zwecke ausgegeben. Auch die Hoffnung, daß der Kongreß seine Meinung nach der Reise des nikaraguanischen Staatspräsidenten Daniel Ortega Ende April/Anfang Mai d.J. in die sozialistischen Länder ändern könnte, bewahrheitete sich bisher nicht. Die Forderung der Administration, den „Contras“ für nächstes Jahr 28 Mio Dollar zu bewilligen, wurde am 9.5.1985 vom Geheimdienstausschuß des Repräsentantenhauses abgelehnt, unabhängig davon, ob das Geld für militärische oder nichtmilitärische Zwecke ausgegeben wird.

Damit ist der Reagan-Administration eine weitere militärische Eskalation des Konflikts erschwert worden. D.h. jedoch nicht, daß die „Contras“ jetzt am Hungertuch nagen.

Arnaud de Borchgrave, bekannt für seine Verbindungen zum CIA und Heraus-

geber der ultrarechten Washington Times, hat eine Kampagne seiner Zeitung angekündigt, um 14 Mio Dollar für die „Contras“ zu sammeln.

Die Zeitung, die sich im Besitz der Moon-Sekte befindet, will zu diesem Zweck eine Stiftung gründen, der die ehemalige UN-Botschafterin Reagans, Jeane J. Kirkpatrick, vorsteht. Adolfo Calero, ein Führer der größten „Contra“-Organisation Nikaraguanische Demokratische Kraft (FDN), erklärte, daß bereits 10 Mio Dollar von Privatgruppen gesammelt worden wären.⁴

Weitere finanzielle Mittel und Waffen erreichen die „Contras“ auf Umwegen, etwa durch die honduranische Armee, durch die US-Truppen in Honduras oder durch Israel und Taiwan. Dies wurde u.a. durch den übergelaufenen Offizier der FDN, Efen Martinez Mondragon, Anfang Mai d.J. bestätigt.⁵ Auf diesem Weg soll es den „Contras“ auch gelungen sein, sich Luftabwehrraketen vom Typ SAM-7 zu beschaffen.

Die Erfolge der „Contras“ sind jedoch mäßig. Trotz Schäden in Höhe von fast 500 Mio Dollar, die sie Nicaragua in den letzten 3 Jahren zufügten, gelang es ihnen nicht, ein Gebiet unter Kontrolle, geschweige denn die Revolution in Gefahr zu bringen.

Das im Januar 1985 verkündete Amnestiegesetz, das bisher 700 „Contras“ in Anspruch genommen haben, die Verhandlungen mit der Indioorganisation MISURASATA und eine militärische Großoffensive der sandinistischen Armee haben sie eher geschwächt. Allein von Mitte März bis Mitte Mai d.J. wurden 1.200 von ihnen getötet oder verwundet und 90% ihrer Truppen innerhalb des Landes zur Flucht nach Honduras gezwungen. Anfang Mai wurde zudem ihr Hauptquartier Las Vegas auf honduranischem Gebiet dem Erdboden gleichgemacht.⁶

Die Ablehnung der Hilfe für die „Contras“ durch den Kongreß sowie ihre militärischen Niederlagen, werden auch die Pläne der Reagan-Administration erschweren, eine Exilregierung unter

Führung von Arturo Cruz, des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der zivilen Rechtsopposition Nikaraguanische Demokratische Koordination (CDN) (siehe AIB 10/1984, S. 9-12), zu bilden. Durch die Einbeziehung von Persönlichkeiten der zivilen Opposition soll das internationale Ansehen der „Contras“ aufgebessert werden.

Während sich die politischen Möglichkeiten für eine Invasion durch US-Truppen verschlechtern, konnte die Reagan-Administration die militärischen Voraussetzungen erheblich verbessern.

In Honduras sind die Flughäfen, Versorgungslager und Radarstationen für ein direktes Eingreifen fertiggestellt. Die Manöverserien zwischen honduranischen und US-Truppen werden fortgesetzt. Insgesamt beteiligen sich momentan 5.000 US-Soldaten an den langandauernden Übungen „Big Pine III“. Im Rahmen des Manövers „Universal Trek 85“, an dem parallel 7.000 US-Soldaten teilnahmen, wurden Ende April d.J. mehrere Invasionsübungen durchgeführt.

Bei einem Besuch des honduranischen Staatspräsidenten Suazo Cordova in den USA, der am 19.5.1985 begann, wurde zudem ein Beistandspakt der USA mit Honduras abgeschlossen und die Militärhilfe von momentan 62,4 Mio Dollar an die Regierung kräftig erhöht. Bei weiteren Grenzzwischenfällen könnte Honduras jetzt US-Truppen zu seinem „Schutz“ zu Hilfe holen, und damit einer geplanten Invasion den Mantel des Völkerrechts umhängen.

Auch Kostarika, das sich selbst immer für neutral erklärt hat, schwenkt mehr und mehr auf den Reagankurs ein. Seit 1981 erhält das Land, das offiziell über keine Armee, sondern nur über eine „Zivilgarde“ verfügt, US-Militärhilfe. Sie beläuft sich in diesem Jahr auf 11 Mio Dollar. Jetzt hat das Land, das zudem 200 Mio Dollar Wirtschaftshilfe von Washington erhält, auch der Entsendung von 22 US-Militärberatern im Mai d.J. zugestimmt.

Sie sollen 750 Mann eines Bataillons zur Aufstandsbekämpfung, 16 km von der nikaraguanischen Grenze entfernt, ausbilden. 45 Offiziere der Zivilgarde werden im Regionalen Militärischen Ausbildungszentrum (CREM) der USA in Honduras geschult. Anlaß für diesen Schritt war die Behauptung Washingtons, 200 Kostarikaner würden auf seiten der Sandinistas gegen die „Contras“ kämpfen und könnten auch innerhalb Kostarikas aktiv werden.

Daß aber die internationalen Bedingungen für eine Invasion nicht gerade günstig sind, zeigte sich spätestens als Ronald Reagan am 1. Mai d.J. in der Bundesrepublik ein US-Wirtschaftsembargo gegen Nicaragua verkündete.

Diese Maßnahme stieß lediglich bei den meisten US-Abgeordneten sowie bei El Salvador und Honduras auf Zustimmung. Aber im UN-Sicherheitsrat fand sich am 12. Mai d.J. dann niemand mehr, um Washington zu unterstützen, geschweige denn sich selbst am Boykott zu beteiligen.

Verhandlungen in der Sackgasse

Verbündete wie Frankreich, Spanien und Australien verurteilten die Maßnahme ebenso wie fast alle lateinamerikanischen Staaten, allen voran die Länder der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Kolumbien, Venezuela). Selbst der Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, kritisierte bei seinem Abflug nach Rom, wo er vom Papst zum Kardinal geweiht wurde, das Embargo. Es war dies das erste Mal, daß er eine gegen Nicaragua gerichtete Maßnahme Washingtons verurteilte.

Die Verluste durch das Embargo, die man in Nicaragua auf 30 Mio Dollar beziffert, wurden bei weitem durch neue Hilfszusagen, die Daniel Ortega bei seiner Rundreise durch sozialistische und westeuropäische Länder erhielt, ausgeglichen.⁷

Die USA sahen sich gar gezwungen, bei der Debatte im UN-Sicherheitsrat einer Passage in der Resolution zuzustimmen (gegen die Verurteilung des Embargos legten sie ihr Veto ein), die die Neuaufnahme bilateraler Gespräche zwischen ihnen und Nicaragua vorsieht.

Im Januar d.J. hatten sie die zweiseitigen Gespräche abgebrochen und im April in einem „Friedensplan“ gefordert, daß Nicaragua stattdessen Verhandlungen mit den „Contras“ aufnehmen sollte. Dies lehnte Nicaragua jedoch mit dem Hinweis darauf ab, daß diese von den USA befehligt und ausgehalten werden (siehe AIB 5/1985, S.3).

Allerdings ist weder bei bilateralen Verhandlungen noch bei den Contadora-Ge-

Die „Contra“-Zerstörungen beeinträchtigen die Produktion vor allem im Norden des Landes



Wolfram Brönner Nach dem Wahlsieg: Duarte im Zugzwang

sprächen mit einem Verhandlungsergebnis zu rechnen, wenn Reagan weiterhin von Nicaragua verlangt, einen Dialog mit den Mitgliedern des „demokratischen Widerstands“ zu beginnen und mit ihnen „Gespräche über international überwachte Wahlen“ aufzunehmen, die „Aggression gegen seine Nachbarn“ zu beenden, die „nach Tausenden zählenden Militärberater aus dem Ostblock“ abziehen und seine Streitkräfte zu verringern.⁸

Nichtsdestotrotz erschweren die Verhandlungen eine weitere Eskalation des Konflikts. Dies gilt besonders für den Contadora-Prozeß, der sowohl von den Beteiligten als auch von den westeuropäischen Staaten und den USA zumindest in Worten unterstützt wird, der aber vor allem durch den Druck der USA in eine Sackgasse geraten ist.

Ein unterschrittsreifer Vertragsentwurf vom 7.9.1984 war von den anderen zentralamerikanischen Staaten abgelehnt worden, nachdem Nicaragua zugestimmt hatte. In einem Dokument des NSC der USA heißt es dazu: „Wir haben die Versuche der Contadora-Gruppe, den zweiten Entwurf des überarbeiteten Contadora-Vertrags durchzusetzen, erfolgreich blockiert. Nach intensiven Beratungen mit El Salvador, Honduras und Kostarika werden die mittelamerikanischen Staaten einen Gegenentwurf vorlegen...“⁹

Seitdem sind alle Versuche, Vereinbarungen über den Abzug aller Militärberater und ausländischen Truppen, das Verbot internationaler Manöver und über einen Stopp der Unterstützung für oppositionelle Gruppen anderer Länder zu erzielen, gescheitert. Im Gegensatz zu Nicaragua, das bereit ist, alle Militärberater zurückzuschicken, wollen die USA ihre Berater in El Salvador und Honduras behalten, ihre Manöver fortsetzen und die „Contras“ weiterhin unterstützen.

Nur so können sie verhindern, daß das salvadorianische Regime zusammenbricht, und die Einsatzbereitschaft für eine Invasion Nicaraguas aufrechterhalten bleibt. Ob es dazu kommt, wird wesentlich davon abhängen, daß in den USA und weltweit der Widerstand gegen eine militärische Eskalation nicht erlahmt.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 25.4.1985
- 2) Siehe: Frankfurter Rundschau, 20.4.1985
- 3) Vgl. El País, Madrid, 28.4. und 19.5.1985
- 4) Siehe: IHT, 8.5.1985
- 5) Vgl. Le Monde, Paris, 10.5.1985
- 6) Vgl. IHT, 20.5.1985 und Tageszeitung, 17.5.1985
- 7) Vgl. El País, 19.5.1985
- 8) Amerika Dienst. Dokumentation, Nr. 15/10.4.1985
- 9) Pensamiento Propio, Managua, Nr. 20, Januar-Februar 1985



Präsident Duarte wurde von der Christdemokratie in den Wahlkämpfen 1984 und 1985 als Friedensbringer (siehe Tauben) präsentiert – und sieht sich jetzt um so mehr in Sachen Dialog in die Pflicht genommen

Zum Auftakt seines Staatsbesuches in den USA wurde der salvadorianische Präsident José Napoleon Duarte als „erfolgreicher Freund“ willkommen geheißen von der Reagan-Administration. Am 17. Mai d.J. sprach Ronald Reagan im Anschluß an eine Unterredung mit Duarte in Washington von „herzerwärmenden Fortschritten, die Präsident Duarte gemacht hat“.

Er stellte fest, daß sich das Regime bzw. die „Demokratie“ in El Salvador nach chaotischen Jahren nunmehr stabilisiert habe. Und dieser Konsolidierungsprozeß sei nur möglich gewesen dank der Hilfe der USA.¹

Kriegswirtschaft auf Pump

In der Tat wäre der Zusammenbruch von salvadorianischer Wirtschaft, Militär und Regime unvermeidlich gewesen, hätte Washington nicht in den verflorenen 5 Jahren insgesamt 1,7 Mrd Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe in das Land gepumpt.

Für das laufende Fiskaljahr 1985 gewährte der US-Kongreß alleine 325 Mio Dollar an Wirtschafts- und 128 Mio Dollar an Militärhilfe. Nimmt man die von Washington angeschobenen Kredite seitens der Interamerikanischen Entwicklungsagentur, der Weltbank u.a. Finanzinstitutionen, Großbritanniens und der Bundesrepublik hinzu, so beläuft sich

die westliche Wirtschaftshilfe 1985 auf offiziell ausgewiesene 668,4 Mio Dollar. Diese Summe übertrifft immerhin den laufenden Staatshaushalt El Salvadors, und zwar exakt um 8%!²

Trotz eines erstmaligen leichten Zuwachses des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 1,5% im Jahr 1984 ist Fakt, daß der pro-Kopf-Anteil am BIP (wegen des Bevölkerungswachstums) im gleichen Jahr jedoch um 1,4% sank, das BIP seit 1979 um rund 1/4 zurückging, die Auslandsverschuldung 1984 auf 2,3 Mrd Dollar und damit der Schuldendienst auf 37,2% der Exporterlöse bzw. 16,4% des BIP stieg. Es ist dies eine Kriegswirtschaft auf Pump, die angesichts der oligarchischen Besitzverhältnisse (siehe AIB-Sonderheft 3/1982, S. 26ff.) dramatische soziale Auswirkungen zeitigen muß.

Im Zeitraum 1981-84 betrug der Preisanstieg für Konsumgüter 97%, fiel der Reallohn um 65%. Die Arbeitslosigkeit erreichte 40-45%, die Unterbeschäftigung weitere 40% der Erwerbsfähigen. Der damit verknüpfte Verelendungsprozeß der Besitzlosen und zusehends auch der Mittelschicht rief seit 1983 einen Wiederaufschwung von Streikämpfen und anderen Massenprotesten hervor. Sie gipfelten am 1. Mai 1985 mit der Demonstration von 40.000 in San Salvador, der größten Massenaktion seit dem Repressionsjahr 1980.³

Die Krise der salvadorianischen Wirtschaft, die ungeachtet des zweitstärksten

Industriepotentials Mittelamerikas auf ein Niveau der 60er Jahre zurückfiel, dauert also an. Sie hat ihre Ursachen in den inneren Kriegsschäden (geschätzte 1 Mrd. Dollar), der Kapitalflucht, rückläufigen Exporten (Kaffee, Baumwolle, Zucker), was vornehmlich eine Folge der Weltwirtschaftskrise und des Zusammenbruchs des Gemeinsamen Mittelamerikanischen Marktes ist. Die seit Juni 1984 amtierende Regierung Duarte kam hier bislang über Ansätze zu einer Normalisierung nicht hinaus, was ohne eine Beendigung des inneren wie regionalen Kriegszustandes auf Dauer auch kaum zu erwarten ist.

Wahlenthaltung der Mehrheit

Und wie steht es mit der Stabilisierung des politischen Systems, der Regierung? Auf den ersten Blick mochte der Sieg der Christdemokratischen Partei (PDC) bei den Parlaments- und Kommunalwahlen vom 31. März d.J. für manchen wie ein Sprung der Regierung Duarte in stabile Verhältnisse erscheinen.

Immerhin errang die regierende PDC unter José Napoleon Duarte mit 53,99% der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit in den Kommunen und der Nationalversammlung, nämlich 33 von insgesamt 60 Sitzen. Die Rechtsallianz von Roberto D'Aubuissons Republikanisch-Nationalistische Partei (ARENA; 29,79%) und der Partei der Nationalen Versöhnung (PCN; 7,81%, vormals 19%) büßte damit ihre parlamentarische Vormachtstellung und die direkte Kontrolle über die Regierungsgeschäfte ein.⁴ Die Sachwalter der Oligarchie beherrschen damit, was die Staatsämter angeht, nurnoch den Obersten Gerichtshof.

Dennoch ist dies bei näherem Hinsehen eher ein Phyrus-Sieg Duartes, ein Wahlsieg von recht zweifelhaftem Aussagewert. Da wäre zunächst die einmalig hohe Wahlenthaltung, gingen doch gerade 35% der rund 2,7 Mio. Wahlberechtigten zu den Urnen. Und dies trotz der bestehenden Wahlpflicht, deretwegen Nichtwähler mit Ahndungen bzw. Repressionsakten zu rechnen haben. Von den rund 945.000 abgegebenen Stimmzetteln (bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1984 zählte man 1,5 Mio.) waren ferner rund ein Drittel ungültig gemacht, womit die Protestwähler zur zweitstärksten Kraft dieses Urnengangs aufstiegen. Hinzu kommen die von kaum jemandem geleugneten Wahlbetrügereien in Orten, die umkämpft oder unter fester Kontrolle der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) sind. In vielen dieser Dörfer bzw. Kleinstädte, in denen es weder einen Wahlkampf noch eine Kandidatennominierung gegeben hatte, füllten die Militärs wegen ausbleibender

Wählermassen eigenhändig die Urnen auf.

Kein Wunder, daß Verteidigungsminister General E. Vides Casanova und das Oberkommando der Streitkräfte in einem Kommuniqué die Wahlanfechtung seitens der Rechtsparteien genauso abwies wie der zentrale Wahlrat.⁵

Bemerkenswert ist außerdem der absolute Verlust an Wählern auch der Christdemokraten. Sie bekamen diesmal 499.838 Stimmen, das sind 9% weniger als bei der Präsidentschaftswahl 1984. Die ARENA büßte 25%, die PCN gar 70% an Stimmen ein.⁶

Von daher erbrachte der Ausgang der Märzahlen 1985 zwar die vorläufige Erringung von Positionsvorteilen durch die PDC im bürgerlich-parlamentarischen System, aber noch lange nicht den Beweis für dessen Stabilität schlechthin. Bewiesen haben die Ziffern zum 31. März 1985 ganz im Gegenteil einen deutlichen Vertrauensverlust der salvadorianischen Bevölkerung in das unter Ausschluß der Linkskräfte abgezogene Wahlspektakel für Reagans „Demokratie“.

Massendruck für den Dialog

Dahinter steht eine breite Desillusionierung gegenüber den Verheißungen der zugelassenen Parteien, ihre Wahl eröffne einen Ausweg aus der wirtschaftlich-sozialen Krise, dem Kriegszustand und dem – obzwar heute selektiven – Mordtreiben von Todesschwadronen und Sicherheitskräften. Nicht vertrauensfördernd wirken schließlich Erscheinungen wie das Weiterbestehen des Wahlbetrugs, der faktischen Vormachtstellung von Militärs und Oligarchie gegenüber Parlament und Regierung.

Der Rekord an Wahlenthaltungen und ungültigen Stimmzetteln bei den jüngsten Wahlen ist insofern vor allen Dingen ein deutlicher Beleg dafür, daß heute die große Mehrheit der Salvadorianer eine Lösung der nationalen Krise nicht gegen, sondern nur mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN)/ Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) als möglich ansieht.

Ähnlich schwer wiegt die Tatsache, daß Präsident Duarte und die Christdemokratie selbst ihren Wahlerfolg in erster Linie dem offensiven Bekenntnis zum Frieden und Dialog zu verdanken haben. Neben Reformen (Agrar-, Sozialbereich) und der Respektierung der Menschenrechte hatte die PDC im Wahlkampf am nachdrücklichsten versprochen, den im Oktober 1984 in La Palma aufgenommenen Dialog mit der FMLN/FDR fortzuführen. Sie konnte auf diese Weise ein Gutteil des breiten Bewußtseins für sich vereinnahmen, daß die Chance, den salvadorianischen Krieg über eine Liquidierung der Guerilla zu beenden, gleich Null ist. Dazu hat sich die FMLN inzwischen zu fest im Volk verankert, stellt sie eine zu schlagkräftige und flexible Gegenmacht dar.

Andererseits sieht sich Duarte in seinem Dialogversprechen umso mehr in die Pflicht genommen, als diese Forderung inzwischen zum Anliegen nicht nur der Kirche (sie spielt eine aktive Vermittlerrolle!), sondern auch einer reaktivierten Massenbewegung geworden ist. Hinter den insgesamt 112 Streiks des Jahres 1984, an denen rund 350.000 Arbeiter und Angestellte teilnahmen, und den wiederholten Großdemonstrationen von Kooperativbauern und Landarbeitern stehen sowohl die in den Untergrund



Bauerndemonstration für die Landreform in San Salvador im September 1983 (unten); Friedensdemonstration im Oktober 1984 in La Palma: „Duarte, Präsident des Friedens“



Hector Oqueli Zum Dialog gibt es keine Alternative



Hector Oqueli gehört zu den Hauptakteuren des Dialogs, der im Oktober 1984 in La Palma zwischen der Regierung Duarte und den Befreiungsfronten FMLN/FDR eröffnet wurde. Als Mitglied der Politisch-Diplomatischen Kommission der FMLN/FDR repräsentierte er diese beim zweiten Dialogtreffen vom 30.11.1984 in Ayagualo. Innerhalb der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) vertritt er die sozialdemokratische Nationale Revolutionäre Bewegung (MNR).

FRAGE: Im Laufe der letzten Jahre hat die FMLN/FDR eine Reihe von politischen Lösungsvorschlägen zum salvadorianischen Konflikt gemacht. Existiert eine Kontinuität in diesen Vorschlägen oder gibt es Elemente, die verändert worden sind?

H. OQUELI: All unsere Vorschläge hatten ein Ziel gemein: Es sollte verhindert werden, daß sich das Leiden des salvadorianischen Volkes verlängert. Es sollte eine massive Invasion der USA verhindert werden, die nicht nur das Leiden unseres Volkes verstärken, sondern auch das Risiko beinhalten würde, daß sich der Konflikt auf ganz Zentralamerika ausweitet. (...)

In diesem Sinne greifen alle unsere Vorschläge die Elemente auf, die den Konflikt hervorgerufen haben, und die es nötig machen, eine andere Lösung des Konflikts zu finden.

FRAGE: Welches sind diese Elemente?

H. OQUELI: Erstens die Weiterentwicklung und die zunehmende Verallgemeinerung des Krieges während der letzten 4 Jahre, die eine deutliche Situation der Doppelmacht geschaffen hat. Im Land gibt es zwei Armeen, und da es zwei Armeen gibt, ist die Kontrolle über das Landesgebiet und die Autorität zwischen Regierung und FMLN/FDR geteilt.

Zweitens sind in diesen 4 Jahren hunderttausende von Menschen zu Flüchtlingen innerhalb und außerhalb des Landes geworden.

Es sind, drittens, mehr als 50.000 Salvadorianer durch die Repressionsorgane des Regimes ermordet worden; diese Toten bedeuten Leiden und Schmerz unseres Volkes.

Viertens hat die Verschlechterung der Wirtschaftslage zu einer noch größeren Verelendung der Massen in El Salvador geführt.

Und schließlich wäre die verstärkte Intervention der Vereinigten Staaten in die internen Angelegenheiten El Salvadors zu nennen. Von 1980 bis heute hat unser Land allein im Bereich der militärischen und „sicherheitspolitischen“ Unterstützung von der US-Administration 1 Mrd Dollar bekommen.

FRAGE: Worin könnte die Rolle der USA im Dialogprozeß zwischen der Regierung

und der FMLN/FDR bestehen?

H. OQUELI: Die USA stellen einen externen Faktor dar, der in das salvadorianische Leben eingedrungen ist.

Die entscheidende Rolle, die sie spielen, zeigt sich nicht nur in der wachsenden Hilfe, die sie im Bereich der militärischen Ausstattung, Finanzhilfe und Ausbildung geben, sondern auch auf internationaler Ebene.

Die Rolle, die die USA bei der Verteidigung des Regimes spielen, ist für dieses lebenswichtig und wird deshalb auch entscheidend sein bei der Konfliktlösung durch Dialog und Verhandlungen.

Wir haben bereits verschiedene Male gesagt, daß die USA neben der Oligarchie und der Armee die tatsächliche Macht in El Salvador darstellen. Und deshalb wird die Beschleunigung oder Stagnation des Dialogs von ihrem Willen, eine Verhandlungslösung zu finden, abhängen.

Bis jetzt deutet alles daraufhin, daß die Reagan-Administration nicht die Absicht hat, eine Verhandlungslösung zu finden.

Sie hat ein politisches Projekt mit Duarte an der Spitze entworfen, aber in erster Linie zielt sie darauf hin, einen militärischen Sieg der salvadorianischen Armee zu erreichen, d.h. die Niederlage der FMLN. In dieser Weise fortzufahren, würde bedeuten, daß der Dialog und die Verhandlungen schwerlich in Richtung einer Lösung weiterentwickelt werden können.

Deshalb glauben wir, müssen wir versuchen, auf die USA nicht nur Druck auszuüben, um zu erreichen, daß sie eine politische Verhandlungslösung akzeptieren, sondern auch, sie dazu zu bringen, ihre Funktion als Interventionsmacht in El Salvador und ganz Zentralamerika einzuschränken, wodurch eine massive Intervention vermieden wird. (...)

Schlüsselmacht USA

FRAGE: Zur Zeit ist zwischen der Regierung und der FMLN/FDR ein mehr oder weniger stabiler Dialogmechanismus etabliert worden. Trotzdem haben die Treffen eher Gesprächscharakter, des Austauschs von Positionen gehabt. Auf welche Weise könnten sich die Gespräche in tatsächliche Verhandlungen verwandeln?

H. OQUELI: Um die vorhandenen Hindernisse im Entwicklungsprozeß zu verstehen, muß man gezwungenermaßen das Konzept der salvadorianischen Regierung zur Politik des Landes in Betracht ziehen.

Die Regierung meines Landes geht von dem Konzept eines Regimes aus, das das, was es bisher erreicht hat, über die berühmten Wahlen, die im März/Mai 1984 in zwei Runden abgehalten worden sind, erreicht hat.

Napoleón Duarte versichert, daß El Salvador 1984 nicht das gleiche ist wie El Salvador 1979. Da hat er sicher Recht, aber nicht im Sinne einer qualitativen Veränderung, sondern einer Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und der viel höheren interventionistischen Rolle der USA.

Ausgehend von seinem eigenen Konzept der Realität, macht Duarte einen Friedensvorschlag, in dem er, wie er sagt, den „bewaffneten Aufständischen“ einen politischen Spielraum garantiert, damit sie sich in Leben und Arbeit wiedereingliedern und am politisch-

demokratischen Prozeß teilhaben. In seinem Vorschlag sagt er, daß der allgemeine Rahmen, der die Errichtung einer demokratischen Regierung im Lande erlaubt, die Politische Verfassung ist. (...)

Das Problem ist nur, und das kann jeder Salvadorianer bestätigen, daß die Regierung permanent und systematisch die Verfassung verletzt.

Die andere Konzeption, die Duarte von der Realität des Landes hat, leugnet sogar die eigene Geschichte des salvadorianischen Volkes. In seinem Vorschlag führt er aus, daß die Beteiligung an der Macht von ehrlichen und regelmäßigen Wahlen ausgehend, vonstatten gehen müßte. Mit dieser Behauptung möchte Duarte den Kampf der FMLN/FDR als einen ungerechten Kampf darstellen. Außerdem ist es ausreichend, darauf hinzuweisen, daß das Aufstandsrecht von der salvadorianischen Politischen Verfassung anerkannt ist... (...)

Monolog-Vorschlag Duartes

FRAGE: Heißt das, daß nach den beiden Treffen zwischen der FMLN/FDR und der Regierung Duarte, die Haltung der letztgenannten negativ bleibt?

H. OQUELI: Abgesehen von den philosophischen Konzepten Duartes der Realität, die ich schon genannt habe, ist der Vorschlag, den er der FMLN/FDR zur politischen Beteiligung macht, vereinfachend, verkürzt und oberflächlich, da er nur Amnestie und Ausbürgerung der Aufständischen und Zurückführung der Flüchtlinge und Exilierten beinhaltet, obwohl es sich bei dem Konflikt um ein politisches, wirtschaftliches und soziales Problem handelt.

Zusammenfassend: Duarte schlägt eher einen Monolog als einen Dialog vor, in welchem er eine Lösung durchsetzen möchte, die dem Aufgeben der FMLN gleichkommen würde. Diese Haltung ist inakzeptabel. (...)

FRAGE: Wenn der Dialog weitergeht, ist dann mit einer Feueereinstellung in nächster Zukunft zu rechnen?

H. OQUELI: (...) Das Ziel der aktuellen Gespräche ist es nicht, den Krieg zu beenden, sondern zu diskutieren und auszuhandeln, wie man ihn beendet. Ohne Abkommen gibt es keine Feueereinstellung.

Sowohl die Streitkräfte als auch Duarte verneinen in ihren Darstellungen, daß es im Land zwei Armeen gibt, und doch haben sie sich mit Repräsentanten der FMLN/FDR zusammengesetzt, um zu verhandeln, haben sie versichert, daß sie eine mögliche Waffenruhe unterstützen, und die Existenz des Krieges anerkennen.

Also gut, wie beendet man den Konflikt bei der Existenz von zwei Armeen? Anscheinend beabsichtigt ihn Duarte dadurch zu lösen, daß er von einer dieser Armeen die Aufgabe fordert. Wenn dies die Lösung wäre, hätte es dem salvadorianischen Volk gar nichts genützt, im Kampf zu der Ebene zu gelangen, auf der es heute steht.

Für dieses Volk ist der Krieg ein Ausweg legitimer Verteidigung gewesen und, wenn die Konditionen die gleichen bleiben, wird der Krieg ein Hauptelement in dem Konflikt während und nach den ersten Runden der Gespräche bleiben.

(Quelle: señal de libertad, Nr. 1-2/1985, S. 5-8)

gedrängten revolutionären Massenorganisationen der Vereinigten Bewegung der Arbeit und Gewerkschaften (MUSYGES) als auch die christdemokratisch geführte Dachgewerkschaft Demokratische Volksunion (UPD, gegr. 1980).

Sie dürften auf absehbare Zeit für gehörigen Druck von der Basis sorgen, der die Regierung Duarte gleichermaßen mit sozialen Forderungen (Lohnerhöhungen, Preissenkungen, Kleinkredite) und dem Drängen auf eine politische Verhandlungslösung in Zugzwang bringen wird.

Duarte zwischen zwei Feuern

Zu dem Druck, den die im Aufwind befindliche Massenbewegung wohl dauerhaft zugunsten des Dialogs auf die herrschenden Kreise ausüben dürfte, tritt mit dem Wahlsieg Duartes der Umstand, daß sich sein Spielraum in Richtung einer politischen Verhandlungslösung erweitert hat. Die Stärkung seiner Position (Parlaments-, Massenrückhalt) im Verhältnis zu den Ultrarechten verschafft ihm einen größeren Spielraum für die Gespräche mit der Guerilla.

Dabei kommt ihm zustatten, daß sich im Ergebnis des Krieges auch in einflußreichen Kreisen des Militärs eine realistischere, flexiblere Haltung in der Dialogfrage breitgemacht hat. Von daher sind die Chancen für die Vertiefung des Dialogs und auf einen gerechten Frieden gestiegen.

Das Dilemma der Christdemokratie: Wie soll sie ihre sozialreformerischen Versprechen einlösen, solange die Militärausgaben einen derart unmäßigen Anteil des Staatsbudgets verschlingen (er stieg 1981-84 von 8,8% auf 23,3%)⁷ und die Wirtschaftssabotage durch die Guerilla einen dauerhaften wirtschaftlichen Wiederaufschwung unwahrscheinlich macht? Von daher sind ihrer Stabilisierung- bzw. Integrationsfähigkeit recht enge Grenzen gesetzt.

Andererseits widersetzen sich die wirtschaftlich Mächtigsten im Land, die Kaffeeoligarchen, der Unternehmerverband ANEP und ihr Sprachrohr ARENA erbittert jedem Reformexperiment und dem Dialog mit „den Subversiven“. ARENA-Führer D'Aubuisson verurteilte die Gespräche mit der FMLN/FDR am 6. Januar d.J. „als ein Propagandainstrument für die Rebellen“.⁸

US-Militärberater bei der Ausbildung salvadorianischer Elitetruppen



Joaquin Villalobos

Die FMLN änderte ihre Strategie

Comandante Joaquin Villalobos (33), kürzlich totgesagt, ist eines der fünf Mitglieder des Generalkommandos der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN): Mitte April d.J. gab er in Perquin/Morazan dem Sonderkorrespondenten Bousquet folgendes Interview.

FRAGE: Duarte gab eine Erklärung bezüglich der Erneuerung des Dialogs nach den Wahlen ab. Was erwarten Sie vom Dialog?

J. VILLALOBOS: Ich meine, wenn es einen Druck vom Volk und einen internationalen Druck zum Dialog gibt, zusätzlich zu all dem, was wir für das Zustandekommen eines dritten Treffens tun können, dann hängt alles übrige von Duarte ab. Ich glaube, daß wir ein drittes Treffen haben werden.

FRAGE: Was erwarten Sie von diesem Treffen? Das einzige positive Ergebnis der beiden ersten Treffen war, daß Sie am selben Tisch saßen, aber sonst gab es kein besonderes Ergebnis. Ich weiß, man kann nicht alles an einem einzigen Tag erreichen, aber meinen Sie, daß es irgendeine Möglichkeit gibt, bestimmte Fortschritte zu erreichen? Was könnte Ihrer Ansicht nach der erste Schritt sein?

J. VILLALOBOS: Die ganz bestimmten Schritte, die möglichen Schritte sind Schritte, die die Humanisierung des Krieges, die Probleme der Kriegsgefangenen, die Bombardierung der Zivilbevölkerung und andere Angelegenheiten wie die Aktivitäten gegen die Volksorganisationen, die Entführung von Menschen in Städten, die in den Gewerkschaften tätig sind, usw. betreffen.

Einmütig für den Dialog

Wir können nicht von einer Zeit reden. Es wird jedoch ein Weg sein, der einen Austausch von Gedanken, viele Diskussionen und guten Willen erfordert. Wir vertrauen auf unseren Willen zum Dialog. Die Gegenseite muß einen solchen Willen demonstrieren.

FRAGE: Stimmen die FMLN und die FDR dem Dialog zu, oder sind sie unterschiedlicher Ansicht?

J. VILLALOBOS: Nein. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die andere Seite für Propagandazwecke arbeitet. Ich glaube, daß die Schnelligkeit, mit der die FMLN und die FDR alle Ideen aufgenommen haben und – innerhalb von Stunden – auf die Vorschläge Duartes antworteten, ein Beweis ist für unsere Einheit.

Wären wir nicht eins in unserem Denken, hätte es keine gemeinsame Haltung gegeben, so könnte dies nicht geschehen. Dies ist ein deutlicher Beweis der Einmütigkeit der Fronten zugunsten einer Politik des Dialogs.

FRAGE: Meinen Sie, es könnte bald zu einer Einigung über einen Waffenstillstand kommen, wie dies in Kolumbien geschah?

J. VILLALOBOS: Erlauben Sie mir zu sagen, daß ich daran zweifle, daß unsere Situation in der gleichen Weise gelöst werden kann, in der Kolumbien die seinige löst.

Es sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Der Krieg in El Salvador ist schwieriger und von größerer Tragweite.

Grundsätzlich sind wir mit der Politik der Reagan-Administration konfrontiert. Hätte es keine nordamerikanische Hilfe für die sal-



vadorianische Regierung und für ihre Armee gegeben, so hätte sich das Kräfteverhältnis in El Salvador seit langem abrupt geändert.

Ob wir bestimmte Übereinkünfte erreichen, hängt von der Sicherung eines nationalen Rahmens zur Lösung der salvadorianischen Krise ab. Dies schließt ein, daß strategische Übereinkünfte als Basis eine Lösung für die nordamerikanische Intervention in El Salvador haben müssen.

FRAGE: Auf der militärischen Ebene fällt auf, daß der Angriff auf Cerron Grande vor einem Jahr die letzte von der Front durchgeführte Großoperation gewesen ist. Ferner fällt im Laufe der letzten Monate auf, daß Guerillaaktionen, zumindest Großangriffe, spektakuläre Angriffe, wie der auf Paraiso ... nachgelassen haben.

Was sagen Sie dazu? Meinen Sie, daß die Front eine gute Verhandlungsposition hat?

J. VILLALOBOS: Wir befinden uns in einer sehr vorteilhaften Position.

Es gibt Meldungen, die das, was ich gesagt habe, unterstützen. Die FMLN ändert zur Zeit ihre Taktik und ihre strategischen Pläne, weil wir glauben, daß die nationale Armee ein Problem darstellt, das militärisch gesehen, gelöst worden ist.

Unser Problem ist es jetzt, eine Lösung im Hinblick auf die Unterstützung, die der nationalen Armee gewährt wird, zu finden. Diese Hilfe wird von den Nordamerikanern geleistet.

Wechsel zum Zermürbungskrieg

Zwischen 1979 und 1984 wuchs die Armee um das Vierfache. Sie erhielt mehr Flugzeuge als je zuvor. Am Anfang hatte die Armee 12.000 Soldaten. In 4 Jahren verlor sie durch uns 18.000 Soldaten. Wir haben die Armee praktisch eliminiert, was ihre nationale Bedeutung angeht.

Wenn wir natürlich das Problem als eins betrachten, das sich durch die nationale Armee repräsentiert, und wenn wir unsere militärische Strategie in diese Richtung lenken, ohne die Quellen, aus denen die Armee ihre Unterstützung bezieht, zu berücksichtigen, dann würden wir einen Krieg nach ihren Bedingungen führen.

Bei uns findet man ein typisches Überwech-

seln zu den Bedingungen des nicht regulären Krieges mit dem Ziel, die neuen Ideen und neuen Pläne, die die Nordamerikaner in El Salvador verwirklichen wollen, zu zerlegen.

Dieser Wechsel ist bis zu einem gewissen Grade als ein Nachlassen der Fähigkeiten der FMLN interpretiert worden.

Von Bedeutung aber ist, daß wir einen Zermürbungskrieg begonnen haben, weil wir sehen, daß die FMLN nicht mehr der salvadorianischen Armee gegenübersteht. Wir stehen den Nordamerikanern gegenüber, und folglich sind Destabilisierung und Sabotage strategisch wichtige Elemente unserer Militärpolitik.

Wir sind heute mehr denn je davon überzeugt, daß wir nicht zulassen dürfen, daß sich irgendein politisches oder wirtschaftliches Projekt im Lande konsolidiert, wenn es nicht mit unserer Beteiligung im Rahmen einer allgemeinen und den Interessen des Volkes dienenden Lösung verwirklicht wird. Ohne eine solche Beteiligung wird ein solches Vorhaben nicht möglich sein.

Diese Situation kann 1, 2, 3, 4 oder 5 Jahre



Zerbombtes Haus in Cerro de San Pedro. Die Luftangriffe gegen kontrolliertes Gebiet nahmen zu.

anhalten, oder so lange, wie die Armee weiterhin Yankee-Hilfe aufzunehmen vermag. Aber wie lange wird das dauern? Wir wissen es nicht, aber wir stoßen in lebenswichtige Bereiche vor.

Einstweilen fassen wir spektakuläre Operationen nicht als Hauptelement ins Auge. Unser Hauptziel ist, Schlüsselpositionen in strategisch wichtigen Zonen, die im Lauf der 4 Kriegsjahre noch nicht berührt worden sind, Zonen wie die westlichen Landesteile und die südlich-zentrale Zone, zu sichern. Wir werden dorthin gehen.

Wir werden auch alle taktischen Manöver des US-Plans zunichte machen, das Eindringen ... wie beispielsweise im Falle von „Torola I“ (Operation der Regierungstruppen zur Aufstandsbekämpfung), wo wir sie mit geringem Einsatz logistischer Mittel überwältigend schlugen. Wir haben gekämpft wie nie zuvor. Wir reagierten anders auf die Operation, und es gelang uns mehr Schaden anzurichten. (...)

(Quelle: Radio Venceremos, El Salvador, 17.4.1985)

Diese Position findet die Unterstützung eines Teiles des Militärs.

Die Regierung Duarte gab dem Druck der Ultrarechten vorerst nach, indem sie einseitig den Dialog bis nach dem Wahlvorgang, voraussichtlich bis Mitte Juni 1985, aussetzte. Was darüber hinaus die Chance für ein Voranschreiten zu den von der FMLN/FDR offerierten politischen Verhandlungen auf höchster Ebene (siehe nebenstehende Interviews) angeht, so scheint sich Duarte zwischen zwei Feuern zu bewegen.

Für die Reagan-Administration erscheint die Regierung Duarte gegenwärtig insofern als nützliches Instrument, als sich mit ihrer „Demokratie“-Fassade international und gegenüber dem US-Kongreß die Ausweitung des Zustroms an Finanzen, Waffen und Militärs gen San Salvador leichter rechtfertigen, kaschieren läßt.

Das seit 1983 massivere, direktere Engagement von US-Instrukteuren bei der Professionalisierung der salvadorianischen Streitkräfte und ihrer Aufstandsbekämpfung geschieht mit dem übergeordneten Ziel, die FMLN/FDR militärisch zu eliminieren. Solange deren Stärkeposition und der innere Druck in Richtung Dialog auf das Regime andauert, mag man durchaus Verhandlungsbereitschaft vortäuschen. Diese darf freilich nicht in substantielle Zugeständnisse gegenüber der revolutionären Linken übergehen.

Hauptfrage Aufstandsbekämpfung

Es ist ein offenes Geheimnis, daß man in Washington ein ungefähres parlamentarisches Kräftegleichgewicht und eine Regierungsallianz zwischen PDC und Ultrarechten lieber gesehen hätte.

Dies nämlich wäre das Miteinander beider bourgeoiser Strömungen gegen die „Subversion“ besser förderlich. Letztlich ist die Oligarchie bzw. Ultrarechte für die Reagan-Administration eher weniger verzichtbar, da sie in der Kardinalfrage Aufstandsbekämpfung die verlässlichste Größe für die imperialistischen Interventionsplaner ist.

Die seit 1984 beweglichere Kriegführung der Regierungstruppen, der Übergang zu Flächenbombardements und US-Feindaufklärungsmethoden à la Vietnam im seitens der FMLN kontrollierten Gebiet und andere US-Neuerungen vermochten es bislang nicht, eine Wende im salvadorianischen Krieg zu erzwingen. Dies nämlich hieße, der Guerilla die militärische Initiative zu entreißen, ihre Präsenz und Operationsfähigkeit einschneidend zu schwächen.

Stattdessen hat sich die FMLN nach Anfangsschwierigkeiten der veränderten Kampfwweise des Gegners angepaßt (siehe



FMLN-Guerilleros bei einer Verkehrsblockade auf der Pan Americana

Villalobos-Interview). So greift sie wieder stärker auf die traditionelle Guerillataktik mit kleineren, beweglicheren Einheiten zurück. So legt sie mittlerweile weniger Wert auf den Ausbau kontrollierter Gebiete als der Doppelherrschaft in den umkämpften Zonen des Ostens und Südens. So ist sie mit sichtbarem Erfolg bestrebt, ihre bewaffneten Aktivitäten dauerhaft auf den Raum San Salvador und den vormals unberührten, wirtschaftlich bedeutenden Westen auszuweiten.

Und schließlich sucht die FMLN/FDR die sich im Zuge des Dialogs und der Wiederbelebung der Massenkämpfe bietenden größeren Möglichkeiten zur politischen Untergrundarbeit systematischer auszuschöpfen.

La Palma und Ayagualo⁹ haben in El Salvador offensichtlich eine politische Dynamik in Gang gesetzt, welche die Einflußfelder der Befreiungsbewegung weitertreiben und den auf das Regime und die US-Interventen einwirkenden Zugzwang verstärken helfen dürfte.

Anmerkungen:

- 1) Nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 18./19.5.1985 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.5.1985
- 2) Daten laut: El Pais, Madrid, 17.5.1985 und Mittelamerika Informationsdienst (mid), Nr. 25, März 1985, S.4
- 3) Nach: Informationsdienst El Salvador (ides), Nr. 240, 17.5.1985 und Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfa), Wirtschaftsfrage in El Salvador, November 1984, S. 1-2
- 4) In der neuen Nationalversammlung halten ARENA und PCN jetzt 25 Sitze, die von letzterer abgespaltene konservative PAISA und die liberale Demokratische Aktion je 1 Mandat.
- 5) Vgl. IHT, 5.4.1985
- 6) Daten nach: Tageszeitung (taz), 22.4.1985 und ides, Nr. 236, 19.4.1985
- 7) Ebenda, Nr. 240, 17.5.1985
- 8) NACLA. Report on the Americas, Washington, Januar-Februar 1985, S.4
- 9) Wortlaut des FMLN/FDR-Verhandlungsvorschlags von Ayagualo (30.11.1984) siehe in: Informations Bulletin, Wien, Nr. 5/1985, S. 40-44

Ruben Zamora

„Wir möchten, daß das aufhört!“

Prof. Ruben Ignacio Zamora ist Mitglied der Politisch-Diplomatischen Kommission der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí/Demokratisch-Revolutionären Front (FMLN/FDR). In dieser Eigenschaft nahm er an den ersten Verhandlungen mit der Regierung Duarte am 15.10.1984 in La Palma teil. R. Zamora, der der Politischen Kommission der Christlich-Sozialen Volksbewegung (MPSC) angehört, verließ im Januar 1980 die Christdemokratische Partei, für die er als Mitglied des Politischen Komitees und als Staatsminister der Reformjunta (Oktober 1979-Januar 1980) fungiert hatte.

FRAGE: Wie sieht die aktuelle militärische Lage in El Salvador aus und wie begegnet ihr die salvadorianische Guerilla?

R. ZAMORA: In El Salvador findet ein Volksbefreiungskrieg statt, der schon mehrere Jahre andauert. (...)

Der Krieg in El Salvador hat eine Eigenschaft, die ihn vom Befreiungskrieg in Kuba oder in Nicaragua unterscheidet. Dieser Unterschied besteht darin, daß sowohl in Nicaragua als auch in Kuba die Größe der Regierungstruppen von Anfang bis zum Ende des Krieges praktisch gleich blieb. (...)

In El Salvador zählte die Armee am Beginn des Krieges 12.000 Mann, heute zählt sie 42.000. Zu Beginn des Krieges gab es praktisch keine Luftwaffe, heute gehören die salvadorianischen Luftstreitkräfte zu den schlagkräftigsten der Region. Ihre Feuerkraft hat sich wesentlich erhöht. (...)

Die Regierungsarmee ist vollständig umstrukturiert worden... Jetzt wird ein System mit drei Typen von Einheiten aufgebaut (schnell bewegliche Elitetruppen für den Einsatz auf dem gesamten Territorium; „Jäger“-Bataillone die verhindern sollen, daß sich die Guerilla in einem bestimmten Gebiet festsetzt; paramilitärische Einheiten der Zivilverteidigung; d. Red.). (...)

Mit diesen drei Typen von Einheiten will das nordamerikanische Kommando die Streitkräfte der FMLN zur Räumung der Zentral- und Südregion des Landes zwingen, weil dies die lebenswichtigsten Regionen sind. Die wichtigsten Städte und Straßen, die wichtigsten Stromleitungen und Eisenbahnverbindungen und der größte Teil der Produktion befinden sich in diesen Zonen.

Beweglichere Guerilla

Sie wollen die FMLN in die nördlichen Gebiete des Landes, die an Honduras grenzen, abdrängen, um dort die Truppen der FMLN zu umzingeln und sie Bombardierungen, Einkreisungs- und Vernichtungsaktionen auszusetzen.

Sie wollen die FMLN im Norden schlagen, sie zerstreuen und auf diese Weise den Krieg gewinnen. Diese Taktik wird seit Juni 1983 angewandt.

Die Strategie der FMLN ist grundsätzlich entgegengesetzt: Sie will den Krieg immer näher an die dichtbewohnten Gebiete des Landes heranbringen, ihn an die Städte heranführen. Die Strategie der FMLN ist es, immer näher an die Zentralzone des Landes heranzukommen und in dieser Zentralzone bis in den Westen vorzustoßen. (...)

Insgesamt zeigt sich, daß die Armee es nicht



geschafft hat, die FMLN aus der Zentralzone des Landes zu vertreiben, sondern daß sich, im Gegenteil, der Krieg immer mehr in dieser Zone abspielt. Dies ist ein Hinweis darauf, daß die strategische Initiative im Krieg bei der FMLN liegt, weil sie es ist, die den Schauplatz der Kriegshandlungen bestimmt. (...)

FRAGE: Welche Konsequenzen hätte eine mögliche nordamerikanische Invasion?

R. ZAMORA: Wir verstehen unseren Krieg als einen Krieg, der in der Politik beginnt und in ihr endet. Sein Ziel ist die Machtübernahme und die Befreiung des Landes.

Aufgrund dieser Perspektive betrachten wir eine nordamerikanische Invasion als etwas, was wir versuchen müssen, zu vermeiden, da sie eine ungeheure Zerstörung im Land anrichten würde. (...)

Regionalisierung des Krieges abwenden

Vor allem aber würde eine nordamerikanische Intervention die Regionalisierung des Konfliktes bedeuten.

Wir glauben nicht, daß die USA in El Salvador intervenieren können, ohne eine Reihe von Maßnahmen gegen Nicaragua zu ergreifen... Deshalb bedeutet die Invasion die Regionalisierung des Krieges. Wir glauben, daß wir eine politische Verhandlungslösung in El Salvador finden müssen.

Der Weg einer politischen Übereinkunft ist möglich. Er würde in hohem Maße dazu beitragen, die Invasion zu vermeiden. Er würde die Region verteidigen und dem Frieden für Mittelamerika dienen. (...)

Es war der militärische Erfolg der FMLN, der die Möglichkeit zu politischen Verhandlungen eröffnet hat. Würden wir militärisch geschlagen, gäbe es keinerlei Möglichkeiten zu Verhandlungen. (...)

FRAGE: Sie sprechen von der organisierten Massenbewegung, aber es gibt eine unendliche Anzahl von Sektoren der Bevölkerung, die nicht organisiert sind.

R. ZAMORA: Das ist richtig.

Zuweilen räumen wir vom Standpunkt einer revolutionären Politik diesen Sektoren nicht die Bedeutung ein, die ihnen zukommt, weil wir sie manchmal der Politik der Bourgeoisie zurechnen. Aber sie sind eine politische Realität. (...)

Ich bezeichne das unorganisierte Volk, das eine bestimmte Meinung vertritt, als öffentliche

Meinung. Das ist nicht nur eine Position der Mittelschichten, sondern auch von Teilen des Volkes. Dazu gehören die unorganisierten Arbeiter, die Bauern, die der politische Einfluß der FMLN/FDR nicht erreicht, die Randschichten der Städte, die nicht organisiert sind und die auch der politische Einfluß nicht erreicht. Im Bereich der Mittelschichten der Städte stößt man am häufigsten auf diese Position.

Charakteristisch für diese Sektoren der Bevölkerung ist, daß sie ihre Angst vor dem Unterdrückungsapparat des Staates nicht ablegen. Sie stehen der Regierung skeptisch gegenüber, sehen aber gleichzeitig keine Aussicht für einen baldigen Sieg des Volkes. Und diese Bevölkerungskreise brauchen klare Perspektiven.

Die relative Passivität dieser Sektoren der Bevölkerung gestattet es dem Regime, sie in bestimmten Situationen zu manipulieren, wie zum Beispiel bei den Wahlen, d.h. in einer zeitlich begrenzten Phase intensiver Wahlpropaganda. Die Drohung, daß die Stimmabgabe obligatorisch ist und die Personalausweise einen Stempel erhalten, ist genug, um diese Masse zur Wahl gehen zu lassen.

Am meisten profitiert von dieser Passivität das Regime, nicht wir. Denn wir brauchen nicht Passivität, sondern aktive Teilnahme bei der Machtergreifung. (...)

Alternative Frieden

In diesen Bevölkerungskreisen entwickelt sich auch der Wunsch nach einer Beendigung des Krieges.

Dies ist vor allem in den Städten von Bedeutung. Da der Krieg hauptsächlich in den ländlichen Gebieten geführt wird, bekommen diese Sektoren ihn nicht so hautnah mit, wie ihn zum Beispiel ein Bauer miterleben kann. Er hat konkrete Beweise der FMLN. Er sieht, wie sie operiert, sieht die Verluste des Feindes...

In den Städten sieht man das alles nicht. Das einzige, was diese Bevölkerungskreise spüren, sind die Auswirkungen des Krieges in Form von Wirtschaftskrise, Versorgungsschwierigkeiten, Strom- und Telefonausfall, repressiven Kontrollen... Und daraus entwickelt sich die Haltung: „Wir möchten, daß das aufhört.“

FRAGE: Welche politischen Auswirkungen hat diese Haltung?

R. ZAMORA: Im politischen Bereich sehen wir, wie wichtig es ist, daß die revolutionäre und demokratische Bewegung die politische Lösung propagiert, da sie so all diese Bevölkerungskreise ansprechen kann. Sie ist eine Alternative für diese Massen, die sie heute nicht haben. (...)

Diese Menschen sehen aber keine Möglichkeit, daß wir bald siegen könnten. Deshalb kann die Forderung nach der Alternative einer politischen Lösung sich in eine Forderung verwandeln – und es ist in der Tat wichtig, daß dies geschieht –, die diese Sektoren mobilisieren kann...

FRAGE: Das Problem ist, daß die Christdemokratische Partei keine Macht, keine Stärke besitzt, daß die extreme Rechte einerseits und die Vereinigten Staaten andererseits Druck ausüben... Warum erwartet die Linke, daß Duarte eine Entscheidung zugunsten des Dialogs treffen könnte?

R. ZAMORA: Wenn wir Duarte oder die Regierung sagen, dann sagen wir das, weil wir meinen, daß der Dialog oder die Verhandlungen mit der Regierung geführt werden müssen. Wie sich aber der Entscheidungsprozeß innerhalb der Regierung abspielt, ist ein anderer Teil der Analyse.

Hier ist das Problem, daß die Entscheidungen von der Armee, von den Nordamerikanern gefällt werden. Die Regierung selbst ist der schwächste Faktor im Entscheidungsprozeß. Ja, die extreme Rechte ist in der Lage, Einfluß auszuüben, aber von außerhalb der Regierung... Sie ist eine soziale, wirtschaftliche und politische Kraft im Land. Man muß das Problem des Entscheidungsprozesses in diesem Rahmen sehen.

Die USA sind gegen die Initiierung von Verhandlungen, um zu einer politischen Lösung in El Salvador zu kommen. Die Situation innerhalb der Armee muß man, glaube ich, ausführlicher analysieren.

Früher griff sie zur Repression und nach der Staatsführung. In den vergangenen 3 Jahren bestand ihre politische Praxis im wesentlichen aus Repression, aber darüber hinaus befand sie sich im Krieg. Und das ist ein Unterschied. Repression ist nicht das gleiche wie Krieg.

Die Armee ist in den Krieg eingetreten, und die Tatsache, daß sie 4 Jahre im Krieg steht, hat Veränderungen innerhalb der Streitkräfte bestimmt, z.B. bei den Beförderungen. Früher wurden sie ausschließlich aufgrund von Beziehungen vorgenommen, doch jetzt mußte man das System der Verdienste anerkennen. (...)

Dieses Beförderungssystem, diese größere Professionalisierung führt zu einer relativen Eigenständigkeit der Streitkräfte gegenüber der Oligarchie. Dies ist ein Faktor, der bei der Analyse des salvadorianischen Konflikts berücksichtigt werden muß. (...)

Früher beruhte das Beförderungssystem nur auf der Vetternwirtschaft. Ein Offizier wurde befördert, weil ihm die Oligarchie schmutzige Geschäfte anbot, die in Korruption mündeten. Und er legte sein Geld im Ausland an.

Mehr Realitätssinn der Militärs

Inwiefern hat sich das geändert? Heute werden die Offiziere durch den Krieg befördert, so daß sich ihre enge Verbindung mit der Oligarchie nicht mehr so leicht ergibt. Die Korruption im Land nimmt andere Formen an.

Z.B. ein García (General und Verteidigungsminister bis zum April 1983; d. Red.) oder auch jemand anders, der von der Spitze der Armee entfernt wurde, geht nach Miami, wo er seine Dollarmillionen hat und macht sich ein schönes Leben. Heute verfügt ein relativ großer Sektor der Armee nicht mehr über diese Möglichkeit, und deshalb ist ein Militär erledigt, wenn das Land am Ende ist.

Die objektive Situation dieser Soldaten bringt sie in größere Abhängigkeit vom Schicksal ihres Landes.

Welche politischen Konsequenzen hat dies? Daß sich diese Offizierskreise immer mehr Gedanken machen um die wirtschaftliche Situation El Salvadors, seine Wirtschaftsaussichten und die Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft.

Je professioneller sie sind, desto mehr beginnen sie zu erkennen, daß sie den Krieg kurzfristig nicht gewinnen können. Wenn sie ihn überhaupt gewinnen können, dann nur langfristig. Und ihnen ist klar, daß die Wirtschaft des Landes den Krieg nicht durchhalten kann.

In diesen Offizierskreisen entwickelt sich langsam die Tendenz, nach Alternativen zum Krieg zu suchen. (...)

(Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 18, Oktober/November 1984, S. 13-18)



Das Volk trägt die Bürde

Dieter Boris

Zuspitzung der Krise in Guatemala

Mitte April 1985 mehrten sich in Guatemala die Anzeichen einer krisenhaften Zuspitzung, die zugleich den Nährboden für neue Putschgerüchte abgaben. Das überaus mächtige Koordinationskomitee der Unternehmervverbände (CACIF) drohte einen „Unternehmerboykott“ für den Fall an, daß Präsident Mejía Víctores die angeordnete Steuer- und Finanzreform nicht wieder rückgängig machen werde.

Nach einigen Tagen intensiven Tauziehens, in welches auch die – Mejía Víctores nicht ausdrücklich unterstützende – Versammlung der höchsten Offiziere einbezogen war, wurden die Maßnahmen aufgehoben, und in den darauffolgenden Tagen traten der Finanz- und der Wirtschaftsminister zurück.

Der Präsident beklagte in einer Fernsehansprache „Pläne zur Destabilisierung“ seiner Regierung und stornierte eine geplante Europa-Reise.

Gleichwohl scheint dieses Mal die Konstellation nicht auf einen Putsch hinauszulaufen, da durch die Unterbrechung des sog. „Demokratisierungsprozesses“ bestimmte systemgefährdende Tendenzen möglicherweise sogar noch verstärkt werden könnten.¹

Die sich seit 1981 immer deutlicher abzeichnende wirtschaftliche Talfahrt (vgl. AIB 5/1984, S. XV-XIX) ist auch nach

den neuesten Daten noch keineswegs beendet. Nach Angaben der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) stagnierte die guatemaltekeische Ökonomie 1984 (nach negativen Wachstumsraten 1982: -3,5% und -2,7% 1983!). Das bedeutet aber zugleich, daß das Pro-Kopf-Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP, zugegebenermaßen ein grober Indikator) mit fast -3% nun schon das vierte Jahr hintereinander negativ ausfiel.

Die Talfahrt dauert an

Was dies in einem Land mit hoher Einkommenspolarisierung und einer ohnehin schon breiten Verelendung bedeutet, kann man sich leicht vorstellen. Die wesentlich von Agrarexporten (Kaffee, Baumwolle, Zucker) abhängende guatemaltekeische Ökonomie litt vor allem unter starkem Preisverfall ihrer Hauptprodukte auf dem Weltmarkt (von 1980-84: 33,3%), an Kürzungen der Exportquoten in den Empfängerländern (vor allem den USA) sowie im industriellen Bereich an den eingeschränkten Exportmöglichkeiten in die Nachbarländer infolge des immer mehr zerfallenden Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes (MCCA).

Devisenknappheit für industrienotwendige Importe sowie die chronische Binnenmarktschwäche, durch die starke Mehrwertsteueranhebung der Regierung zeitweise noch akzentuiert, sind weitere Aspekte des guatemaltekischen Krisenprogramms, das auch für die nahe Zukunft keine besonders optimistischen Prognosen zuläßt.²

Zunehmende Kapitalflucht und Außenverschuldung haben die Regierung zum Nachsuchen eines Beistandskredits beim Internationalen Währungsfonds (IMF) veranlaßt, dessen Einräumung dieser aber — wie üblich — an die Einhaltung bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen (Steuererhöhung, Exportzölle, Abwertung der Währung usw.) gebunden

hat. Der Versuch der Regierung Mejía Víctores, diese in die Wirklichkeit umzusetzen, hat zu immer heftigeren Konfrontationen mit Teilen bzw. in bestimmten Fragen mit der gesamten Bourgeoisie geführt.

Diese besitzt zwar ebenfalls kein stimmiges Konzept zur Krisenbewältigung (im Sinne der Beseitigung struktureller Krisenursachen), und wenn von ihr nicht gerade bestimmte Sonderinteressen verfochten werden, scheinen ihre Forderungen sogar auf noch rigidere Austeritätsmaßnahmen als die der Regierung hinauszulaufen.

Privatisierung von Staatsbetrieben, Entlassung staatlicher Beschäftigter, Senkung der Ausgaben für Erziehung und

Gesundheit usw. — sind Forderungen großer Teile der guatemaltekischen Bourgeoisie, die allerdings mit den Militärs darin einig ist, daß keinerlei Abstriche an den Militärausgaben zur Bekämpfung der Guerilla gemacht werden dürfen.

Daß die gerade wieder offen zutagegetretenen Spannungen zwischen Militärs und Bourgeoisie nun in einer „demokratischen Öffnung“ (unter Einschluß der Etablierung bürgerlich-rechtsstaatlicher Verhältnisse und der Rückkehr der Militärs in die Kasernen) gelöst werden sollen und dieses Konzept plötzlich von allen Seiten mit naiv-gläubiger Inbrunst — ungeachtet der Tradition Guatemalas und der durch das Militär geschaffenen

Erklärung der URNG

Die Maske der Demokratisierung

3 Jahre nach ihrer Gründung im Februar 1982 veröffentlichte die Guatemaltekische Revolutionäre Nationale Einheit (URNG) eine Erklärung, in der sie die aktuelle Situation analysierte und die Aufgaben der Guerilla und der Volksbewegung benannte. Der URNG gehören vier politisch-militärische Organisationen, die Guerillaarmee der Armen (EGP), die Rebellenischen Streitkräfte (FAR), die Revolutionäre Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA) und die Guatemaltekische Partei der Arbeit — Nationaler Führungskern (PGT-N) an. Wir dokumentieren Auszüge aus der Erklärung.

Ein weiteres Jahr des Kampfes unseres Volkes ist vergangen. Weder die demagogischen Demokratisierungsversprechungen noch die Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen in den Entwicklungsschwerpunkten konnte es verwirren. Ebensowenig konnten die Offensiven gegen die Guerilla und das reichlich vergossene Blut es in seinem Vormarsch zur Eroberung der Freiheit bremsen.

Ein besonders entscheidendes Jahr ist vergangen. Die internationale Situation ist gespannt und die regionale Entwicklung ist gekennzeichnet durch die konstanten und andauernden Versuche der Reagan-Admini-

stration, direkt in Mittelamerika, vor allem gegen die heldenhaften Völker Nikaraguas und El Salvadors, zu intervenieren. In dieser Situation hat sie auch ihre politische und militärische Unterstützung für die guatemaltekische Diktatur verstärkt.

Gegenwärtig ist das „Demokratisierungs“-Projekt, das der Aufstandsbekämpfung dient, in eine Krise eingetreten. Sein gegen das Volk gerichteter Inhalt ist in dem Maße deutlich geworden, wie die unterschiedlichen Positionen der herrschenden Klassen zum Ausdruck kommen, und Alternativen als Wege, um aus der tiefen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise herauszukommen, angeboten werden, die objektiv keine Lösungen sind. Daran schließt sich die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Klassensektoren bei jedem Vorschlag an, der ihre wirtschaftlichen Interessen beeinträchtigen könnte.

Im militärischen Bereich hat die Diktatur einmal mehr ihre Unfähigkeit bewiesen, die revolutionäre Bewegung zu neutralisieren oder zu zerstören. Die Unmöglichkeit wirkliche Lösungen für die gesamten Probleme des Landes zu finden sowie die repressiven und gegen das Volk gerichteten Maßnahmen haben die Ablehnung der Armee und die Zurückweisung jedes Regierungsprojektes durch das Volk verstärkt. Es wurde einmal mehr bewiesen, daß der einzige Weg, um das Land vor der Katastrophe zu retten, der Kampf und der Sieg der revolutionären Volksbewegung ist. (...)

Angesichts der Absichten und der Perspektiven des Regimes bekräftigt die Guatemaltekische Revolutionäre Nationale Einheit (URNG) erneut ihre Entschlossenheit und ihren unverbrüchlichen Willen, die Entwicklung des revolutionären Krieges zu beschleunigen bis er im Sieg und der Errichtung einer revolutionären, patriotischen, demokratischen und Volksregierung gipfelt.

Die URNG ruft die wirklich demokratischen politischen Kräfte auf, wachsam zu sein, damit ihre Anstrengungen und ihr Oppositionskampf bei den anstehenden Wahlen und danach nicht manipuliert und benutzt werden, um das Projekt der Militärführung zu legitimieren. Wir rufen sie alle auf, den Charakter und den Inhalt des Wahlprojektes zu entlarven.

Die Parteien, die sich mit der Militärspitze verbünden, warnen wir, daß der Zeitpunkt auch für ihre Glaubwürdigkeit und ihr zukünftiges Überleben von besonderer Bedeutung ist. Diejenigen, die sich am Spiel der Oberkommandos beteiligen, werden die ge-



Einheit der URNG vor dem Einsatz

Fakten – propagiert wird, muß besondere Gründe haben.

Einmal geht es der Bourgeoisie darum, daß die öffentlichen Ressourcen besser kontrolliert und effektiver eingesetzt werden. Das parlamentarische Spiel unterschiedlich rechter Parteien scheint ihr kalkulierbarer als die teilweise individuelle Willkür einzelner Militärherrscher.

Zweitens besteht seit längerem schon in den Reihen der guatemalteckischen Großbourgeoisie der begründete Verdacht, daß ein Großteil der höheren Offiziere ihre privilegierte öffentliche Position zur privaten Bereicherung ausgenutzt und gleichzeitig damit die Erfüllung der „ur-

eigensten“ Aufgaben des Militärs (vor allem gegenüber der inneren systemgefährdenden Opposition) vernachlässigt habe. Diese, besonders seit 1970 (mit Beginn der Präsidentschaft von Carlos Arana Osorio) eingetretene, dank der Umstände in Kauf genommene, Fehlentwicklung soll nun korrigiert werden.

Drittens hat sich gezeigt, daß bestimmte Demokratisierungsbeispiele in Lateinamerika taktische und propagandistische Vorteile, auch Verbesserungen des „internationalen Images“, mit sich brachten (und damit auch größere Kredit- und Militärhilfen erleichtert werden), ohne daß sich die Substanz der Herrschafts- und Machtverhältnisse hatte ändern müssen (El Salvador, Honduras usw.).



Die Wahlen ändern nichts an der Macht der Militärs

schichtliche Verantwortung auf sich laden, als Deckmantel für die vergangenen und zukünftigen repressiven Pläne gedient zu haben.

Die Offiziere der Armee, die anderer Meinung sind, denen es widerstrebt, sich an der Unterdrückung zu beteiligen und die gegen die interventionistischen Pläne sind, rufen wir auf, sich zu widersetzen und mit allen möglichen Mitteln die gegen das Volk gerichteten Maßnahmen ihrer Vorgesetzten zu erschweren.

Wir entbieten allen beruflichen und gewerkschaftlichen Sektoren sowie den fortschrittlichen Christen unseren Gruß für ihren heldenhaften Kampf für wirtschaftliche und soziale Forderungen, der zur Befreiung beiträgt und weiter beitragen wird. Wir ermutigen sie weiterzukämpfen für die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte.

Wir grüßen unser heldenhaftes Volk, das trotz der unaufhörlichen Unterdrückung und der Kontrolle durch die Polizei Tag und Nacht mit seiner Unterstützung und seiner Kraft bei seinen revolutionären Kräften war. Unseren mittelamerikanischen Brüdern gegenüber bekräftigen wir unsere unverbrüchliche Entschlossenheit, furchtlos gegen jegliche nordamerikanische Intervention zu kämpfen. Wir drücken ihnen heute unsere größte Solidarität und Übereinstimmung bei der Verteidigung der mittelamerikanischen Heimat aus.

Die URNG erklärte seit ihrer Gründung vor

3 Jahren, daß ihr Programm einer revolutionären, demokratischen, patriotischen und Volksregierung die einzige Alternative der Macht ist (siehe AIB 5/1985, S. 25 und AIB-Sonderheft 3/1984, S. IX). Aus Anlaß der Begehung unseres dritten Jahrestages bekräftigen wir dies. Dies tun wir nicht, weil wir uns nach dem unausweichlichen Scheitern des Aufstandsbekämpfungsplans an der sog. „demokratischen Öffnung“ und seinen reformistischen Plänen ausrichten noch weil wir einen plötzlichen und unerwarteten Sieg proklamieren.

Wir bekräftigen es, weil die historische Erfahrung der letzten Jahre und die objektive Analyse der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungstendenzen Guatemalas und des lateinamerikanischen Gebietes deutlich zeigen, daß keine Umgruppierung der Faktoren, die Teil des Planes der herrschenden Kräfte des Landes sind, die Möglichkeit einer stabilen Alternative eröffnen kann.

Keine Variante könnte auf die Unterstützung, das Vertrauen und die Beteiligung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Sektoren zählen, deren Handeln unabdingbar ist, um sie zu stützen und am Leben zu erhalten, wenn man sich das Programm der URNG betrachtet.

Wir bereiten uns auf ein weiteres Kriegsjahr vor, das Kämpfe und auch neue Siege mit sich bringen wird. (...)

(Quelle: informador guerrillero, Guatemala, Nr. 38, 28.2.1985, S. 2-5)

Insbesondere der letzte Gesichtspunkt wird von großen Teilen der herrschenden Klasse Guatemalas als unmittelbar bedeutsam für die wirtschaftliche Reaktivierung angesehen. Sie glauben, daß mit einer Stabilität und Korrektheit verheißenden Wahlprozeß der Zustrom von Auslandskapital nicht ausbleiben werde, die Karibische-Becken-Initiative Präsident Reagans vom Februar 1982 und die Auswirkungen des Kissinger-Plans vom Januar 1984 (Begünstigung von Auslandskapital für die Entfaltung neuer Exportbranchen; siehe AIB 2/1984, S.5) im Verein mit der Erholung des Weltmarkts Früchte tragen werden. Im übrigen könnten unter den Bedingungen einer zivilen Regierung öffentliche Kredite aus den USA bzw. aus den internationalen Kreditinstitutionen wesentlich leichter „locker“ gemacht werden als unter den gegenwärtigen Regimes. Die Wiederaufnahme der Militärhilfe der USA könnte das Problem des chronischen Defizits des Staatshaushalts entlasten helfen, und die Militärs könnten sich – in Wiederaufnahme der alten „Arbeitsteilung“ – voll auf die Guerilla-Bekämpfung konzentrieren.

Trotz der Wahlen zu einer „Konstituierenden Versammlung“ am 1. Juli 1984 (vgl. hierzu AIB 9/1984, S. 32f.) und trotz der großen internationalen enthusiastisch-begeisterten Propaganda bezüglich des „Demokratisierungsprozesses in Guatemala (getragen z.B. von der Regierung Reagan, sekundiert von der westdeutschen Bundesregierung, publizistisch als grandiose Neuerung und Wendung zum Besseren aufgebauscht von der internationalen Rechtspresse wie Newsweek, Frankfurter Allgemeine, U.S. News and World Report usw.) gehen die Morde und Massaker weiter.

Die neuen auf eine vollkommene Militarisierung des Landes hinauslaufenden sog. „Interinstitutionellen Koordinationsstellen“ werden ebenso beibehalten bzw. ausgebaut wie die Praxis der „Modelldörfer“, der „Patrouillen der zivilen Selbstverteidigung“ in ihrer volksfeindlichen und menschenverachtenden Wirkungsweise (siehe hierzu: AIB 5/1984, S. V-X).

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, daß neben einigen kleinen parteipolitischen Gruppen, die sich als „zentristisch“ einschätzen (wie z.B. die Neue Kraft, die Revolutionär-Demokratische Einheit, die Zivile Demokratische Front, die Bewegung 20. Oktober und die Humanistische Bewegung der Demokratischen Integration, die gemeinsam mit der rechtssozialdemokratischen Vereinigten Front der Revolution (FUR) noch vor den Wahlen zu der Konstituierenden Versammlung ein gemeinsames „Manifest der Einheit der demokratischen Linken“ herausgegeben haben)

nun auch die Sozialistisch-Demokratische Partei (PSD), die Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale ist, ihre Teilnahme an den Wahlen am 27. Oktober 1985 angekündigt hat. Sie hat damit ihre bisherige Linie, man dürfe dem abermaligen scheidemokratischen Manöver der Militärs und der guatemalteckischen Großbourgeoisie durch eine Beteiligung keine Legitimität verschaffen, offenbar aufgegeben.³

Nahezu alles deutet darauf hin, daß die angekündigten Demokratisierungsschritte des „Übergangsregimes“ Mejía Víctores nur taktische, oberflächlich-kosmetische Korrekturen gegenüber der bisherigen Herrschaftspraxis mit sich bringen und keine wirklichen Zugeständnisse an die demokratischen und revolutionären Kräfte beinhalten werden.

Wiederaufschwung der Guerilla...

Unabhängig hiervon ist es der guatemalteckischen Linken in den letzten 18 Monaten gelungen, aus einer Situation weitgehender Defensive herauszukommen und verlorengegangenes Terrain wiederzugewinnen.

Insbesondere in den Jahren 1982 und 1983 traf die breit angelegte und systematische militärische Repression die Guerilla hart. Zu der Wucht und der Raffinesse des Ansturms des Militärs kamen gewisse Schwächemomente bei der Guerilla hinzu. Angeregt durch die Ereignisse in Nicaragua und El Salvador kamen Strömungen in der guatemalteckischen Guerilla auf, welche auf einen raschen Sieg setzten. Offenbar waren die Guerillaarmee der Armen (EGP) und die Revolutionäre Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA) mehr als die Rebelischen Streitkräfte (FAR) und die Guatemalteckische Partei der Arbeit – Nationaler Führungskern (PGT-N), die beiden anderen Guerillagruppen, davon betroffen.

Eine gewisse „triumphalistische“ und kurzfristige Sichtweise vernachlässigte die wichtigen Differenzen in der Herrschaftsstruktur zwischen Nicaragua und Guatemala. Und sie ließ wichtige Postulate des „verlängerten revolutionären Volkskriegs“ in Vergessenheit geraten. Erscheinungen von unzureichender Bewaffnung, unzulänglicher militärischer Ausbildung und mangelhafter politischer Arbeit in der Bevölkerung basierten auf der Vorstellung, ein Volksaufstand gegen das Militärregime werde bald spontan ausbrechen. Als dann das Militär mit geballter Kraft zurückschlug, und die Guerilla nicht in der Lage war, die von Massakern und Massendeportationen bedrohte Bevölkerung zu schützen, verlor sie auch etwas an politischer Glaubwürdigkeit.

Diese Tendenzen innerhalb einzelner Guerillagruppen sind mittlerweile überwunden. Auch hat sich die Koordination zwischen den einzelnen Gruppen und Fronten seither offenbar erheblich verbessert. Seit Mitte 1984 hat die in der Revolutionären Nationalen Guatemalteckischen Einheit (URNG, gegründet 1982) zusammengeschlossene Guerilla wieder einige bedeutende Aktionen unternommen. Diese sind gekennzeichnet durch die Konzentration relativ zahlreicher Kräfte und die zeitweise Einnahme fester Orte des Heeres bzw. von Kasernen (z.B. „La Perla“, einer Ex-Hacienda, die als Heerlager dient).

So wird die Gefährdung der Zivilbevölkerung möglichst niedrig gehalten und der militärische und politische Effekt der Aktion erhöht. R. Leonhard zitiert einen Sprecher der Guerilla hinsichtlich dieses kürzlichen Taktikwechsels: „Früher fügten wir dem Gegner in erster Linie schmerzhaftes Nadelstiche zu, heute trachten wir danach, zu Vernichtungsschlägen auszuholen, um Kriegsmaterial zu erbeuten.“⁴

1984 sollen bereits über 1.000 Mann des Heeres durch Guerillaaktionen gefallen sein, in diesem Jahr in den ersten beiden Monaten bereits 250.⁵ Die zeitweise von einigen Militärs verbreitete These, daß die Guerilla endgültig vernichtet sei, wird heute gelegentlich von hochrangigen Militärs dementiert.

Parallel zum Wiederaufschwung der Guerilla sind auch auf anderen Kampffeldern Positionsgewinne zu vermerken: In der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sind es vor allem die kampf- und leidgeprüften Coca-Cola-Arbeiter von Guatemala-Stadt, die kürzlich über 3 Monate lang ihre Fabrik besetzt hielten und damit großes Aufsehen erregten. Desgleichen kam es in den letzten Monaten zu Streiks bei der halbstaatlichen Telefongesellschaft GUATEL, den städtischen Munizipalbeschäftigten u.a. Gruppen.

...und des Massenwiderstands

Auch die Studenten sind wieder in Bewegung geraten. Ende Februar d.J. errichteten sie in der Hauptstadt auf dem Weg zur Universität Barrikaden. Auch in Quetzaltenango, der zweitgrößten Stadt des Landes, kam es zu studentischen Protesten gegen die in der neuen, gerade beratenen, Verfassung vorgesehene Einschränkung der universitären Autonomie.

Die begonnenen und rasch intensivierten Auseinandersetzungen um die Verschwundenenproblematik durch die Gruppe Gegenseitiger Unterstützung (GAM) reihen sich ebenso in diese Ten-

denz wieder artikulierter Proteste ein wie die allmählich wieder entstehenden Stadtteilorganisationen in Guatemala-Stadt.

Die Rückgewinnung von politischem Bewegungsspielraum durch die demokratische und revolutionäre Linke wird sich nicht ohne weiteres übergehen oder gar liquidieren lassen. Alle entsprechenden Versuche der bürgerlichen oder militärischen Rechten werden das „Demokratisierungs“-Manöver noch deutlicher als Farce hervortreten lassen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Informationsdienst El Salvador (ides), Nr. 236, 19.4.1985, S.6: „An einem neuerlichen Putsch ist niemandem gelegen: den zivilen Politikern, die sich zum Teil ernsthafte Hoffnungen auf eine Öffnung machen, würde es wieder die Verbannung ins Exil oder in den Untergrund bringen, der Wirtschaft würde er die an Demokratisierung geknüpften Kredite entziehen und die Armee müßte auf die wieder verstärkt anlaufende Waffenhilfe aus den USA verzichten. Deswegen gibt es bisher auch noch keine Anzeichen dafür, daß sich ein Teil der Streitkräfte gegen den angeschlagenen Staatschef stellt.“
- 2) Vgl. Noticias de Guatemala, Nr. 115, April 1985, S. 9ff. und Nr. 114, März 1985, S. 8ff.
- 3) Guatemala: Volveran los Militares a sus cuarteles?, in: Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 76, März/April 1985, S. 4-6
- 4) Ralf Leonhard, Guerrillakampf in Guatemala: Taktikwechsel, in: Die Wochenzeitung, Basel, Nr. 39, 28.9.1984, S.10
- 5) Siehe: Informador guerrillero (Hrsg. EGP), Nr. 37, 19.1.1985 sowie ides, Nr. 236, 19.4.1985

MID MID MID MID MID MID MID
MID MID MID MID MID MID MID
MID MID MID MID MID MID MID
MID MID MID MID MID MID MID

mittelamerika informationsdienst e.v.

Erscheint wöchentlich mit aktuellen Analysen, Hintergrundberichten und Interviews zu und aus Mittelamerika.

Unsere Quellen sind 11 Presseinitiativen aus El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costa Rica, eigene Korrespondenten sowie die umfangreiche Berichterstattung der mexikanischen Presse über Mittelamerika.

Ein Abonnement kostet:

- * für ein Jahr DM 130.00
- * für 1/2 Jahr DM 70.00
- * Probeabo (8 Hefte) DM 20.00

Sternstorbrücke 13, 5300 Bonn und Hanauer Landstr. 147-149, 6000 Frankfurt/M 1, Tel: 069/447414

Bücher

Für einen Einstieg in die Krisenszenarie Mittelamerikas am besten geeignet und eigentlich unverzichtbar ist das inzwischen neu aufgelegte Standardwerk

D. Boris/R. Rausch (Hrsg.), Zentralamerika. Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica, El Salvador, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1984, 405 S., 14,80 DM.

In den einleitenden Beiträgen von R. Rausch und D. Boris finden sich übergreifende Darstellungen zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der geschichtlichen Entwicklung der Region sowie über den gegenwärtigen Krisenprozeß Mittelamerikas. Wer darüber hinaus auf engem Raum eine länderspezifische Einführung zu den Hauptbeteiligten sucht, dem sind die anschließenden Aufsätze zu Nicaragua (D. Boris), El Salvador (V. Sieglin), Guatemala (Boris, P. Hiedl, Sieglin), Honduras (J. Rüppel) und Costa Rica (Hiedl, Rausch) hilfreich.

In letzter Zeit gab es eine Vielzahl von Neuerscheinungen zu den drei Kernländern der Region, die hier vorgestellt werden sollen, sofern sie in den Sonderheften zu Nicaragua (SH 4/84), El Salvador (SH 3/82) und Guatemala (SH 3/84) noch nicht berücksichtigt wurden. Geradezu als Ergänzung zu G. Wallrafs Reportage „Nicaragua von innen“, der wohl besten Gesamtschau für Anfänger, hat der Konkret Verlag einen Titel über die „Brüder Reagans“, die „Contras“, herausgebracht. Wer sie wirklich sind und was sie wollen, versuchen

Dieter Eich/Carlos Rincon, La Contra. Der Krieg gegen Nicaragua, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1984, 192 S., 18,- DM

zu zeigen. Die Autoren befragten hohe Militärs, Führer von Sabotagegruppen, Geheimdienstler, Kampfpiloten, aber auch einfache Bauern, die von der „Contra“ rekrutiert wurden.

Die brutale Offenheit vieler Aussagen mag manche Leser erschrecken. Die Autoren lassen die Mörder zu Wort kommen. Aber wer könnte die Legende von den „Freiheitskämpfern“ besser zerstören als sie selbst.

Außerdem sind inzwischen einige Selbstdarstellungen der regierenden Sandinistas erschienen:

Jaime Wheelock, Nicaragua. Die große Herausforderung, isp-Verlag, Frankfurt/M. 1984, 116 S., 9,80 DM

Sergio Ramirez, Mit den Waffen der Zukunft, Hammer Verlag, Wuppertal 1984, 112 S., 12,80 DM

Tomas Borge, Tagesanbruch gegen den Tod, Hammer Verlag, Wuppertal 1984, 112 S., 12,80 DM.

Alle drei Neuerscheinungen enthalten Texte zur sandinistischen Sicht der Macht- und Klassenfrage. Während Wheelock sich im Gespräch mit M. Harnecker eingehend mit der Agrarreform befaßt, handeln die Texte des nikaraguanischen Vizepräsidenten Ramirez vornehmlich von der Reform des Erziehungssystems und die des Innenministers Borge vom Verhältnis Christentum und Sandinismus.

Einen bislang einmaligen Einblick in die Geschichte des sandinistischen Befreiungskampfes unter der Somoza-Diktatur bietet

Omar Cabezas, Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera, Hammer Verlag, Wuppertal 1984, 240 S., 16,80 DM.

Cabezas beschreibt in diesem sehr empfehlenswerten Buch seinen Lebensweg vom Studentenführer zum Guerillero, der ihn in den 60er/70er Jahren in die Berge verschlug. Mitreißend, mit frappierender Direktheit schildert der

Autor die Mühen von Guerillausbildung und -krieg, des Kampfes gegen Somozas Nationalgarde, des Liebesverzichts.

Einen Bericht über die Erfahrungen, die bundesdeutsche Arbeitsbrigaden in Nicaragua sammelten, bietet

Reimar Paul, Zwischen den Jahren. Mit den Arbeitsbrigaden in NICARAGUA, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1984, 156 S., 14,80 DM. Der Verfasser hielt sich zur Jahreswende 1983/84 für 10 Wochen im Land Sandinos auf. Er beschreibt die Erlebnisse und Erfahrungen der ersten Brigadisten, die bei der Kaffee- und Kartoffelernte in den Nordprovinzen Nikaraguas mithalfen.

Eine empfehlenswerte reportagenhafte Skizze der Einschüchterungspraktiken der Mächtigen El Salvadors und ihres Zusammenwirkens mit denen der USA liegt vor mit

Joan Didion, SALVADOR, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1984, 106 S., 12,80 DM.

Die Romanschriftstellerin schildert die Erlebnisse ihres El-Salvador-Aufenthaltes, ihre Kontakte mit salvadorianischen Politikern und US-Botschaftsangehörigen. Sie tut dies so eindrucksvoll, daß sie damit den Titel Sachbuch des Jahres in den USA errang.

In Romanform kleidet der im Exil lebende salvadorianische Schriftsteller Manlio Argueta den in seinem Land herrschenden Alltag von Unterdrückung und Widerstand:

Manlio Argueta, Tage des Alptraums, Hammer Verlag, Wuppertal 1983, 192 S., 14,80 DM.

Der Verfasser läßt die Bäuerin Guadalupe Fuentes aus ihrem Leben erzählen, das vom Alptraum der Verfolgung und Unterdrückung ihrer Familie geprägt ist. Er zeigt zugleich, wie die salvadorianische Landarmut sich zusammenschließt und daraus neuen Mut zur Überwindung des Alptraums schöpft.

Eine erste Gesamtschau zum Selbstverständnis, zur Strategie und Taktik der Befreiungsfront FMLN bieten

Wolfram Brönnner/Horst-Eckart Groß (Hrsg.), El Salvador – die unsichtbare Front, Weltkreis Verlag, Dortmund 1983, 176 S., 9,80 DM.

In Gesprächen und Texten kommen die fünf FMLN-Generalkommandanten Joaquin Villalobos, Schafik Jorge Handal, Fermin Cienfuegos, Salvador Cayetano Carpio und Roberto Roca selbst zu Wort. Sie entwerfen ihr Konzept vom Befreiungskampf und werten die Erfahrungen des Guerillakriegs und des Ausbaus kontrollierter Gebiete aus.

Als Gesamtdarstellungen zur Geschichte von Unterdrückung und Befreiungskampf in El Salvador, jeweils mit viel dokumentarischem Material angereichert, sind hervorzuheben

Wolfram Brönnner/Heinz-Jürgen Nieth, Der Kampf um El Salvador. Volkserhebung und Intervention, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1982, 260 S., 10,- DM und

Michael Schwahn/ Michael Schornsteiner/ Ernst Meili, El Salvador. Der Weg ist lang, rotpunktverlag, Zürich 1982, 281 S., 15,80 DM.

Beide Titel sind mit dokumentarischem Material angereichert, darunter programmatisches zur FMLN/FDR, zum US-Interventionismus oder zu verschiedenen Verhandlungsinitiativen.

Einen packenden und informativen Bericht über die Geschichte einer guatemalteckischen Guerillagruppe liefert

Mario Payeras, Wie in der Nacht die Morgenröte. Tagebuch einer guatemalteckischen Guerilla, rotpunktverlag, Zürich 1985, 168 S., 18,80 DM.



2/1985: Libanon



1/1985: 10 Jahre befreites Vietnam



3/84: Guatemala

Preis der Sonderhefte: 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

Der Autor war selbst Mitglied einer der ersten Gruppen der Guerillaarmee der Armen (EGP), die 1972 begannen in Guatemala zu operieren. Er schildert die Fehler und Erfolge beim Aufbau, die existenziellen Nöte, die Folter und den Kampf mit dem Feind.

Das Buch, das 1980 erstmals in Kuba erschien, wird ergänzt durch ein aktuelles Interview mit dem Autor und einer Gesamtdarstellung der Entwicklung der guatemalteckischen Guerilla.

Broschüren

Angesichts der Fülle an Broschüren zu mittelamerikanischen Themen sei hier nur auf einige verwiesen. Informationen über weitere Publikationen können bei den u.g. Informationsstellen bezogen werden.

Nicaragua – El Salvador. Zwei Entwicklungsmodelle im Vergleich, Münster 1984, 60 S., 4,- DM

kann bei der Christlichen Initiative El Salvador, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster, bezogen werden. Die Studie untersucht ausgehend von den entwicklungspolitischen Grundsätzen der Bundesregierung, mit welchen der beiden Länder eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit anstrebenswert ist. Die Entwicklungshilfe für Nicaragua und El Salvador wird im einzelnen analysiert.

Dem selben Thema ist auch das **Nahua-Script 3, Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Nicaragua, Wuppertal 1984, 64 S., 6 DM** gewidmet. Es beinhaltet vor allem Dokumente – Bundestagsdebatten, Regierungserklärungen usw. – zu diesem Thema.

Ebenfalls bei Edition Nahua (Postfach 101320, 5600 Wuppertal 1) sind die beiden folgenden Broschüren erschienen:

Fünf Jahre sandinistische Revolution in Nicaragua. Solidarische Zwischenbilanz, Wuppertal 1984, 94 S., 6 DM

beschreibt die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklung seit der Revolution.

Sandinismus und Arbeiterinteressen. Gewerkschaften und Kleinbauernverband in Nicaragua, Wuppertal 1985, 56 S., 6 DM

bietet Grundinformationen über Entwicklung und Rolle der nikaraguanischen Gewerkschaften und des Kleinbauernverbandes.

Die Geschichte der salvadorianischen Gewerkschaften von ihren Anfängen bis zur Gegenwart zeichnet die Broschüre

Die Arbeiterbewegung El Salvadors, Köln 1984, 80 S., 3 DM

nach. Sie kann bei Sistema Radio Venceremos, Lättlicher Str. 64-66, 5000 Köln 1 bezogen werden.

Filme und Dias

Zahlreiche Filme, Videos und Dia-Serien zu den einzelnen mittelamerikanischen Ländern können bei **CON-Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1** und **UNIDOC Film & Video, Braunschweiger Str. 20, 4600 Dortmund 1** bezogen werden. Kataloge und Listen werden auf Anforderung zugeschickt.

Infobüros

Die Informationsstellen zu den verschiedenen mittelamerikanischen Ländern koordinieren die Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik. Bei ihnen können außerdem Informationsmaterialien, Literatur- und Filmlisten sowie Plakate, Anstecker und Aufkleber angefordert werden.

44/XXX

Informationsbüro Nicaragua, Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal, Tel. 0202-760527

Informationsstelle El Salvador, Siebengebirgsallee 81, 5000 Köln 41

Informationsstelle Guatemala, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn, Tel. 0228/634552

Christliche Initiative El Salvador, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster
Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (ASK), Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069/709060

Solidaritätsaktionen und Projekte

Das ASK hat nach der Verhängung des US-Wirtschaftsembargos gegen Nicaragua zu einer Spendenkampagne aufgerufen, die dazu beitragen soll, daß Nicaragua der Erpressung und dem Wirtschaftskrieg widerstehen kann. Die Spenden gehen ohne Zweckbindung direkt an die FSLN.

Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postgiraamt Frankfurt, Nr. 527 055-602, Kennwort: Nicaragua.

Das ASK sammelt auf demselben Konto Spenden für die FMLN El Salvadors und die URNG Guatemalas (Kennwort „El Salvador“ und „Guatemala“)

Die Nicaragua- und El-Salvador-Solidaritätskomitees führen eine gemeinsame Spendensammlung durch. Die Gelder gehen zu gleichen Teilen an die FMLN und nach Nicaragua. In Nicaragua werden die Spenden für den Aufbau der Agrarkooperative Pantasma und die Neuansiedlungen von Flüchtlingen im Süden des Landes eingesetzt. Diese Projekte werden von bundesdeutschen Arbeitsbrigaden durchgeführt, die vom Informationsbüro organisiert werden. Spendenkonto: Informationsbüro Nicaragua, Stadtparkasse Wuppertal, Kto.Nr. 963611

In Zusammenarbeit mit der Sandinistischen Jugend führt der Service Civil International

(SCI) ebenfalls Einsätze von Arbeitsbrigaden durch. Nähere Informationen können beim SCI, Blicherstr. 14, 5300 Bonn 1 bezogen werden.

Über die verschiedenen gewerkschaftlichen Solidaritätsprojekte mit Nicaragua (Spendensammlungen, Entscheidungen von Arbeitsbrigaden) kann man sich bei der Nicaragua-Arbeitsgruppe der DGB-Jugend Hessen informieren. Sie gibt regelmäßig das **Nicaragua-Info** für die Solidaritätsarbeit in den Gewerkschaften heraus. Kontaktadresse: DGB-Jugend Hessen, Ernst Richter, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 6000 Frankfurt 1

Am 23. März d.J. wurde eines der umfangreichsten bundesdeutschen Solidaritätsprojekte, die Druckerei **Carlos Fonseca** der Sandinistischen Jugend, in Betrieb genommen. Durch Spendensammlungen der DKP, der SDAJ und des MSB Spartakus konnte dieser 2,3-Mio-DM-Betrieb errichtet werden. Um die Produktion der Druckerei sicherzustellen, sind weitere Spenden erforderlich. Spendenkonto: Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca, Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, BLZ 300 101 11, Kto.Nr. 1012575700

In der Bundesrepublik bestehen zahlreiche Initiativen für Städtepartnerschaften mit nikaraguanischen Kommunen. Nähere Informationen und den Rundbrief „Städtepartnerschaften“ kann man beim Duisburger Komitee beziehen: Yvonne Ajoub, Flurstr. 1, 4100 Duisburg 1

Die Koordination von Hochschulpatenschaften mit den drei Universitäten Nicaraguas hat das Informationsbüro Nicaragua übernommen. In einem Rundbrief wird über die verschiedenen Initiativen informiert.

Ein zentrales Spendenkonto der **Guatemala-Solidaritätsbewegung** hat die Informationsstelle Guatemala eingerichtet (Spendenkonto: Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Kto.Nr. 70235). Je nach Wunsch kann für die Bereiche Volksorganisationen, verfolgte Kirche, Flüchtlinge/Nothilfeprojekte und Öffentlichkeitsarbeit gespendet werden (entsprechendes Kennwort angeben!).



Es gibt nur eine Antwort auf Reagans Wirtschafts-Embargo, und die heißt: "SOLIDARITÄT!"
Unser Beitrag zur weltweiten Sympathie-Kundgebung heißt:

SONDER-SOLI-REISE NICARAGUA / CUBA

22tägige Informationsreise mit vielen Gesprächen und Besichtigungen. Frühst./HP, Doppelzimmer, Reiserücktrittsvers., Visageb. etc. **DM 2784,-**

CUBA Gruppenreisen

- Das Bildungswesen

21.6.-5.7. DM 2675,-
19.7.-2.8. DM 2675,-
Eine Studienreise mit Verl.-möglichkeiten

- Die Situation der Frau

21.6.-5.7. DM 2585,-
Inforeise mit vielen Gesprächsterminen

- Historische Stätten

19.6.-3.7. DM 2210,-
23.7.-3.8. DM 2210,-
Eine Erlebnisreise mit Verl.-möglichkeit

• Cuba für Traveller

Jibacoa und Guanabo, Playa del Este oder Havanna, Cienfuegos, Santiago de Cuba u. Pinar del Rio... Doppelzimmer (ohne Verpfl.) Flug, Transf.ab DM 1395,- Verläng.-Wo DM 70,- / Kombi ist mögl. z.B. 1 Wo. Havanna + 2. Wo Pinar del Rio usw.

!!! Kinderermäßigung bei allen Cuba-Reisen: bis 2 Jahre = 90% bis 12 Jahre = 50%

Lernen Sie weitere gute Seiten von uns kennen, fordern Sie unsere neuen Kataloge an!

Palästina

Als die Regierung der großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Premierminister Shimon Peres im September 1984 ihr Amt antrat, war die Rede u.a. von einer Liberalisierung der israelischen Besatzungspolitik und von größeren Chancen für eine Wiederbelebung der Nahost-Separatverhandlungen. Mit dem Ammaner Hussein-Arafat-Abkommen und der Mubarak-Initiative vom Februar d.J. (siehe AIB 4/1985, S. 13-14), welche Peres begrüßte, wurden erste Schritte hin zu einer von Washington miterstrebten „jordanischen Lösung“, einer jordanisch-palästinensischen Konföderation, getan. Angesichts des in jüngster Zeit vollführten israelischen Besatzerterrorismus im Südlibanon (siehe AIB-Sonderheft 2/1985) mag man an „humane“ Besatzerpraktiken im palästinensischen Westjordan-(Westbank) und Gazagebiet kaum glauben.

Über den Besatzungsalltag und darüber, wie der palästinensische Widerstand im besetzten Gebiet die Initiativen von Hussein/Arafat und Mubarak sieht, sprach für das AIB Wolfram Brönner mit der aus Ostjerusalem stammenden Gewerkschaftsvertreterin Amel Bakir Krishah. A. Krishah repräsentiert das Gewerkschaftliche Komitee der Werk tätigen Palästinensischen Frauen der Westbank und des Gazastreifens. Sie repräsentiert den Massenwiderstand jener okkupierten Gebiete, in denen ein unabhängiger Palästinenserstaat errichtet werden soll und wo heute 1/3 aller Palästinenser, die mit ca. 1,5 Mio größte Ansammlung dieses Volkes von Vertriebenen, lebt.

Interview mit Amel B. Krishah Gefahren des „jordanischen Weges“

AIB: Sehen Sie einschneidende Änderungen in der israelischen Besatzungspolitik seit dem Amtsantritt der Regierung Peres im Herbst letzten Jahres?

A. KRISHAH: Es gibt keinen wirklichen Unterschied zwischen der Regierung Peres und den vorausgegangenen Regierungen des Likud-Blocks unter Begin oder Schamir.

Es gab sogar eine Steigerung der Unterdrückung in der Zeit von Peres. Das hängt mit der Eskalation des Krieges im Libanon und in den besetzten Gebieten der Westbank zusammen.

Es werden mehr Siedlungen in der Westbank gebaut. Peres stimmte im Februar d.J. der Errichtung von drei neuen Siedlungen auf der Westbank zu.

Es gibt mehr Einschränkungen für die palästinensischen Flüchtlingslager, zum Beispiel die Schikane gegen das Lager Adheishi, in der Nähe von Bethlehem. Dort verschlossen sie alle Eingänge des Lagers mit Beton. Jeder, der in diesem Lager lebt, fühlt sich wie in einem großen Ghetto.

In den Tagen von Peres — und das ist neu — erhielten die Siedler, die Leute, die in den israelischen Siedlungen auf der Westbank leben, ihre eigene Verwaltung. Diese Siedler verschaffen sich mit Gewalt Zutritt zu den Flüchtlingslagern, besonders zum Lager Adheishi; so beispielsweise Rabbi Levinger von der Gush Emunim (ultrarechte Siedlergruppe; d. Red.), der ein Symbol des israelischen



Rassismus ist, oder der Faschist Kahane (im Juli 1984 ins Parlament gewählt; d. Red.).

Levinger dringt mit Gewalt in Adheishi ein. Er hat ein Zelt neben dem Flüchtlingslager errichtet und den Bewohnern angedroht, sie alle zu vertreiben und auszulöschen, weil das Lager begänne, ein bedrohlicher Ort für die Siedler zu sein. Nunmehr gibt es in der Westbank 42.000 Siedler und 143 Siedlungen, einschließlich der Siedlungen um Jerusalem.

Die Studentenbewegung ist jetzt aktiv. Deshalb ist die Universität Bir Zeit im März d.J. für 2 Monate geschlossen worden. Und das zur Zeit der Regierung Peres. Anlaß war eine palästinensische Ausstellung, die dort stattfand.

Die Besatzer sind dabei, das Hospital in Ostjerusalem, im arabischen Teil Jerusa-

lems, zu schließen. Dieses Hospital wird von der arabischen Bevölkerung in Jerusalem unbedingt benötigt.

Letztes Jahr hatten sie versucht, es zu schließen, aber die Bevölkerung war dagegen. Auch internationale Komitees und Gruppen wandten sich gegen die Schließung des Hospitals. Und so schlossen sie letztes Jahr nur die Ambulanz. Aber dieses Jahr werden sie versuchen, das gesamte Hospital zu schließen.

Das wird die arabische Bevölkerung in Ostjerusalem hart treffen. Und das geschieht in den Tagen von Peres.

Vermehrte Besatzerschikanen

AIB: Heißt die Beibehaltung der Besatzerpolitik auch, daß weiterhin Sprengungen, Landenteignungen, Vertreibungsakte u.ä. Schikanen gegen die palästinensische Bevölkerung angewandt werden?

A. KRISHAH: Derartige Praktiken dauern in der Tat an. Unter der Regierung Peres wurden beispielsweise im Raum Giftlik, in der Westbank nahe dem Jordantal, 200 Häuser gesprengt oder geschlossen.

Die Besatzer zerstörten diese Häuser unter dem Vorwand, es habe für sie keine Baugenehmigung gegeben. Aber der wahre Grund ist der, daß sie dort eine neue Siedlung errichteten.

Die Leute, die in diesen Häusern lebten, waren dort seit 1948 und 1967. Sie brauchten damals keine Baugenehmigung, schon gar keine israelische. Wenn sie überhaupt eine Genehmigung gebraucht hätten, dann hätten sie die von der jordanischen Regierung bekommen müssen.

Der dahinter stehende Grund ist, daß die israelische Regierung ihre Siedlungen baut, daß sie das Land dieser Siedlungen erweitert. Dieses Gebiet hat einen sehr



guten Boden und eignet sich sehr für die Landwirtschaft. Die Erde ist die beste der Westbank.

Diese Dinge widerspiegeln die Ideen von Peres, der einer jordanischen Lösung (Projekt eines jordanisch-palästinensischen Föderationsstaates, in dem den Palästinensern – gemäß dem Reagan-Plan von 1982 – eine „Selbstverwaltung“ der Westbank und des Gazastreifens eingeräumt wurde; d. Red.) zuneigt. Es gibt mehr Unterdrückung für die Menschen dort, um ihnen alle Hoffnung zu nehmen.

Auf der anderen Seite spiegelt sich das in der jordanischen Politik Land gegen Frieden wider. Sie geben Land, um Frieden zu bekommen.

AIB: „Austausch von Territorium gegen Frieden“ auf der Basis der UN-Resolution 242 von 1967 hieß es im Reagan-Plan. Und „Land gegen Frieden“ heißt es ja auch in Punkt 1 des Amman-Abkommens vom Februar d.J. zwischen Jordaniens König Hussein und dem Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat (Wortlaut in: AIB 4/1985, S.14). Haben Sie diesen Punkt herausgegriffen, weil Sie ihn für den wichtigsten im Abkommen von Amman halten?

A. KRISHAH: Ja, so ist es.

Für das Amman-Abkommen...

AIB: Wie waren die Reaktionen des Widerstands, der Massenorganisationen in den besetzten Gebieten? Gab es dort tatsächlich eine breite Zustimmung zum Amman-Abkommen, wie sie führende Repräsentanten der Fatah bzw. der PLO-Exekutive vermeldeten?

A. KRISHAH: Das Abkommen von Amman ist für uns gefährlich gerade unter dem Gesichtspunkt, daß die Westbank 19 Jahre lang (von 1948-67; d. Red.) der jordanischen Herrschaft unterworfen war.

Unter dieser monarchistischen Herrschaft gab es einige Leute, deren Klasseninteressen auf seiten des jordanischen Regimes lagen. Und das Amman-Abkommen hauchte ihnen ein neues Leben ein. Es verlieh ihnen ein höheres Prestige, nachdem sie lange Zeit beiseite geworfen und von unserem Volk nicht beachtet worden waren.

Und das sog. Jordanisch-Palästinensische Komitee, das das Bindeglied zwischen der PLO-Führung und dem jordanischen Regime bildet, um Hilfgelder, Unterstützungen an die Bevölkerung auszugeben, stärkt im Endeffekt diese Strömung, die projordanisch ist.

Jetzt verlieh dieses Amman-Abkommen der projordanischen Strömung in den besetzten Gebieten Aufwind...

AIB: Welche Klassenkräfte meinen Sie

damit? Und können Sie Namen oder Gruppen, die die projordanische Ausrichtung verkörpern, nennen?

A. KRISHAH: Dafür stehen einerseits reaktionäre religiöse Figuren und Organisationen, wie die Moslebruderschaft. Andererseits dreht es sich dabei um Vertreter der Kompradorenbourgeoisie und der bürokratischen Bourgeoisie, Rashid Al-Shawa (Bürgermeister von Gaza; d. Red.) und Elias Freij (Bürgermeister Bethlehems; d. Red.).

Um sie scharen sich alle Leute, die schon immer projordanisch waren und die sehr aufgeschlossen sind gegenüber den Israelis, die dieses schlechte Abkommen gut heißen.

AIB: Heißt das, daß die anderen Bürgermeister der besetzten palästinensischen Gebiete das Amman-Abkommen nicht unterstützen?

A. KRISHAH: Genau, der Großteil lehnt es ab. Zum Beispiel Bassam Shakaa (Bürgermeister von Nablus; d. Red.) ist vehement gegen das Abkommen.

...sind die Quislinge Jordaniens

Ich möchte unterstreichen, daß die einzigen Leute, die dieses Abkommen unterstützen, diejenigen sind, die damals das Camp-David-Abkommen (Separat-Abkommen Israels, Ägyptens und der USA von 1978; d. Red.) und die darin vorgesehene Selbstverwaltung unterstützt haben...

AIB: ...und die auch den Reaganplan vom September 1982 begrüßten?

A. KRISHAH: Richtig, sie waren auch für den Reaganplan.

Und ich glaube, daß genau wie unsere Massen in der Lage waren, das Camp-David-Abkommen zu durchkreuzen, sie in der Lage sein werden, auch dieses Abkommen zum Scheitern zu bringen.

AIB: Wie äußerte sich die ablehnende Haltung gegenüber dem Amman-Abkommen seitens der palästinensischen Massen? Vielleicht können Sie Beispiele anführen?

A. KRISHAH: Mit Ablehnung seitens der Massen ist die der wichtigsten, breiteren Massenorganisationen, der Menschen in den Flüchtlingslagern, in den Dörfern der Westbank und Gazas gegen das Abkommen gemeint.

Der Grund: Sie hatten erstens unter dem jordanischen Regime eine Menge zu erleiden, und zweitens ist es gegen ihren Anspruch auf Selbstbestimmung und auf einen eigenen, unabhängigen Staat gerichtet.

Um Beispiele zu nennen: Was die Frauenbewegung betrifft, so wurde eine Art Gegeninitiative von den Organisationen der Demokratischen Allianz (Zusammenschluß der palästinensischen Linken, von Demokratischer Front, Volks-

front, Kommunistische Partei und Befreiungsfront, siehe Erklärung in: AIB 4/1985, S. 13/14; d. Red.) gebildet. Sie organisierte eine Massenversammlung von Frauen in Jerusalem, auf der das Amman-Abkommen zurückgewiesen wurde. Eine Stellungnahme wurde herausgegeben und in der gesamten Westbank und im Gazastreifen verteilt.

Die Bewegung der Familien der eingekerkerten Palästinenser veranstaltete eine Demonstration bzw. ein Sit-in. Und sie verfaßte Petitionen gegen das Abkommen.

Proteste der Massenorganisationen

Hunderte von Erklärungen und Stellungnahmen wurden von den Flüchtlingslagern und von überallher herausgegeben, um das Abkommen zurückzuweisen. Kopien dieser Erklärungen werden an die Arabische Liga in Tunesien, an Yassir Arafat selbst, an die UNO geschickt.

Die gesamte Studentenbewegung wandte sich gegen das Abkommen. Viele Massenversammlungen wurden von ihr organisiert, wovon die größte in Bir Zeit stattfand. Viele patriotische Persönlichkeiten und Prominente, die Wohlfahrtsorganisationen, die medizinischen (Hilfs-)Organisationen und die Rot-Kreuz-Organisationen haben das Abkommen zurückgewiesen.

Gewisse Kreise innerhalb der PLO-Führung versuchen, die Lage in der Westbank und im Gazastreifen so darzustellen, als herrsche dort völlige Übereinstimmung mit dem Amman-Abkommen. Das ist nicht der Fall.

Protestaktion in Ost-Jerusalem gegen Landraub- und Vertreibungspraktiken der Besatzer



Die palästinensischen Menschen, besonders die in den besetzten Gebieten, sind sehr empfindlich gegenüber dem jordanischen Regime. Und sie werden niemals etwas akzeptieren, was sie wieder der Herrschaft des reaktionären jordanischen Regimes unterwirft.

AIB: Was ist der Kern Ihrer Kritik an der PLO-Führung hinsichtlich des Amman-Abkommens und der Annäherung an die Regimes Jordaniens und Ägyptens?

A. KRISHAH: Es gab im Vorjahr Bemühungen, langwierige Gespräche zwischen der Fatah und der Demokratischen Allianz, um die PLO wiederzueinigen.

Das zeigte sich im Aden-Alger-Abkommen (vom Juli 1984, siehe: AIB 9/1984, S. 10/11; d. Red.), das eine realistische Lösung für die palästinensische Sache enthält und das auf der Palästina-Resolution des 16. Palästinensischen Nationalkongresses vom Februar 1983 in Algier fußt.

Kernpunkte der Aden-Alger-Übereinkunft sind der Aufbau eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen, die Überprüfung der Beziehungen mit Jordanien und Ägypten und die Wiederherstellung der Beziehungen zu Syrien.

Von daher verletzt die aktuelle Haltung der PLO-Führung die Festlegungen des 16. Nationalkongresses zum jordanischen Regime. Das zeigte sich z.B. darin, daß sie eine öffentliche Reaktion zu Jordaniens Wiederaufnahme der Beziehungen zu Ägyptens Regime, das immer noch dem Camp-David-Abkommen verbunden ist, hätte zeigen müssen.

Die PLO-Führung sah es ferner als völlig

normal an, daß die Jordanier das jordanische Parlament wiedereingesetzt haben, und zwar unter Einschluß von Mitgliedern der Westbank. Sie hatte nichts dagegen, d.h. sie hat den Schritt akzeptiert, obwohl das Aden-Alger-Abkommen festlegt, diesen Schritt zurückzuweisen. Im Gegensatz zu allen Resolutionen des Palästinensischen Nationalkongresses, der Arabischen Liga und zum Aden-Alger-Abkommen, die besagen, daß keine Beziehungen zu Ägypten hergestellt werden sollten, solange das ägyptische Regime nicht das Camp-David-Abkommen zurückweist, fährt die PLO-Führung unter Yassir Arafat damit fort, mehr und mehr Brücken zum Mubarak-Regime zu bauen.

All das waren Anzeichen der Tendenz, die auf mehr Beteiligung an den imperialistischen Projekten und auf mehr Zugeständnisse an die reaktionären arabischen Regimes gerichtet ist.

Alle diese Schritte, die von der Führung der PLO unternommen wurden, ermutigen das jordanische Regime, mehr Zugeständnisse von der PLO zu fordern. Sie ermutigen es, den Weg weiterzugehen, den es jetzt in den Beziehungen mit den Amerikanern geht. Und sie geben König Hussein die Möglichkeit, seine altbekannten, verrufenen Vorschläge zu bringen, die er vor dem sog. 17. Palästinensischen Nationalkongreß in Amman vortrug.

Sie sind hauptsächlich auf die UN-Resolution 242 gegründet, die die Palästinenserfrage als Grenzkonflikt zwischen Israel und den arabischen Ländern betrachtet, und nicht als Frage der Selbstbestimmung für ein Volk (die Palästinenser werden darin nur als „Flüchtlinge“ tituliert; d. Red.), das nationale Rechte beansprucht.

Auf einen Nenner gebracht: Die Vorschläge König Husseins und das Abkommen, das von ihm selbst und Yassir Arafat unterzeichnet wurde, würden – falls sie Erfolg hätten – uns in die Lage zurückversetzen, wie sie vor 1967 bestand.

Das wirft uns hinter 1967 zurück

AIB: Wie wirkt das Beispiel des Libanon auf die Massenstimmung in den palästinensischen besetzten Gebieten zurück?

A. KRISHAH: Das Amman-Abkommen fiel in eine Zeit, in der sich ein neuer kämpferischer Geist unter den Libanesen und den Palästinensern ausbreitete. Das Beispiel des Libanon vervielfacht unseren Widerstandswillen und zeigt den korrekten Weg an (siehe AIB-Sonderheft 2/1985 zum Libanon, S. 24; d. Red.).

Das Abkommen kam zu einer Zeit, da mehr und mehr Siege im Libanon errungen wurden: die Aufhebung des Abkom-



Israelische Streife im besetzten Hebron

mens mit Israel vom 17. Mai 1983, die Ausweitung des bewaffneten Kampfes im Südlibanon, der erzwungene (Teil-)Rückzug der israelischen Besatzer.

An und für sich sollten diese Dinge die Führung der PLO ermutigen, sich strikter an die Prinzipien und Ziele der palästinensischen Revolution zu halten. Doch sie geht im Gegenteil her und macht mehr und mehr Zugeständnisse. Auf der internationalen Ebene fügt dieses Abkommen den Kräften der Demokratie und des Sozialismus, des Weltfriedens großen Schaden zu. Es macht u.a. die positiven Anstrengungen der Sowjetunion zunichte, die für die Einberufung einer internationalen Konferenz eintritt, in der alle beteiligten Parteien gleichberechtigt vertreten sind, darunter die PLO als einziger rechtmäßiger Vertreter des palästinensischen Volkes.

Meine persönliche Ansicht ist die: Die Hauptaufgabe, die vor der palästinensischen Nationalbewegung und vor allen Menschen steht, die einen wirklich patriotischen Sinn haben, ist es, gegen dieses schändliche Abkommen zu kämpfen, welche Form es auch immer annimmt. Das gilt besonders für den Vorschlag, den Mubarak im Februar d.J. eingeführt hat. Seine Initiative beinhaltet eine wirkliche Übersetzung dessen, was in Amman nicht niedergeschrieben wurde, was sozusagen zwischen den Zeilen stand, und was – politisch ausgedrückt – eine Neuauflage des Camp-David-Abkommens ist.

Es gilt, das Abkommen selbst und die Linie, die zu ihm geführt hat, zu durchkreuzen, und die PLO auf der Basis des Aden-Alger-Abkommens wiederzueinigen (ausführlich siehe T. Toubi in: AIB 3/1985, S. 14-17; d. Red.).

Darauf kommt es jetzt an.



Jochen Oppau

Umsiedlung unzulässig?



Wenn Botha der weiße Teufel in Südafrika ist, dann sitzt sein schwarzer Bruder in Äthiopien und sein Name ist Mengistu. Diesen Eindruck muß gewinnen, wer gegenwärtig Einschlägiges über Äthiopien liest.

„Zwangsumsiedlung“ heißt das Teufelswerk – wer denkt da nicht automatisch an die schwarzen Vorstädte Südafrikas wie Crossroads und Nyanga, an die absehbaren Untaten der weißen Rassisten (siehe AIB 5/1985, S. 4ff.; d. Red.).

Angriff auf terre des hommes

„Zwangsumsiedlung“ – auch in Äthiopien? Das jedenfalls behauptet eine neue Sammlungsbewegung von alten Gegnern der äthiopischen Revolution und des Derg, des seit 1974 regierenden Militärrats (siehe J. Ostrowskys Revolutionsbilanz in AIB 1/1985, S. 4ff.).

Vorgetragen von den publizistischen Speerspitzen taz und pogrom (Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker – GfbV) und sekundiert von der Sensationspresse und dem Erzprediger von Ethnizismus und Tribalismus, Pfarrer Gunnar Hasselblatt – dem übrigens die Spalten von Frankfurter Allgemeiner (FAZ)¹ und pogrom gleichermaßen offenstehen –, wird zum Angriff gegen die Regierung in Addis Abeba geblasen.

„Im übrigen sind es ja nicht allein die äthiopischen Militärs, die dafür verantwortlich sind, sondern vor allem“(!) – da läßt AKAARIK die Katze aus dem Sack – „die mit ihnen verbündete Sowjetunion.“²

Doch dabei bleibt es nicht: Ins Visier dieser Leute ist das Kinderhilfswerk terre des hommes (tdh) geraten, das es nicht

nur „gewagt“ hatte, eine sachliche Diskussion über das äthiopische Umsiedlungsprogramm zu eröffnen. Vielmehr hatte es nach einer Reise zweier Mitarbeiter in die betroffenen Gebiete zunächst sogar konkrete Unterstützung für Gesundheitsstationen im Rahmen eines Neuansiedlungsprojekts signalisiert.

Pogrom und die GfbV nahmen dies zum Anlaß, um in einem Rundbrief an alle tdh-Afrikagruppen handfest Stimmung gegen das Afrika-Referat dieser Organisation zu machen. Ziel derartiger dreister Einmischung in die tdh-Politik sowie der gesamten Kampagne ist es, die Umsiedlungspläne der äthiopischen Regierung finanziell zu blockieren und darüber hinaus jegliche materielle Hilfe für das revolutionäre Äthiopien zu verhindern.

Oder wie der Sprecher der britischen „Hilfs“organisation „War on Want“ im Fernsehen unverhüllt formulierte: „In Äthiopien ist politischer Wandel unerläßlich.“³

Neuansiedlung als Alternative...

Worum geht es bei dem Umsiedlungsprogramm, das von Tempo und Umfang her historisch als eine der größten Völkerverschiebungen gilt?

Mindestens 7 Mio, nach neuesten Schätzungen sogar 10 Mio Menschen sind in Äthiopien von der Dürre- und Hungerkatastrophe betroffen. Ein Teil von ihnen, nämlich 1,5 Mio Menschen, das sind etwa 300.000 Familien, sollen aus den Dürregebieten im Norden, den Provinzen Tigre, Wollo und Teilen von Gonder in den Südwesten des Landes, vorwiegend entlang der sudanesischen Grenze verpflanzt werden.

Die Neuansiedlung soll bis Juli d.J., dem

Beginn der Hauptregenzeit, abgeschlossen sein. Die Umsiedler werden in zentralen Notlagern gesammelt und von dort per Bus oder Flugzeug in Transitlager in die Nähe der Hauptstadt gebracht. Hier werden sie auf die neuen Siedlungsgebiete verteilt und anschließend weitertransportiert.

Dies alles geschieht unter provisorischen, für die Beteiligten sehr strapaziösen Bedingungen, was von bundesdeutschen Meinungsmachern gierig als Spaltenfüller vermarktet wird. Das Umsiedlungsprogramm ist aus der Not geboren. Mindestens 2 Jahre lang hat es in den Nordregionen nicht mehr geregnet, in manchen Gebieten schon 5-6 Jahre nicht. Die Auszehrung, die Erosion des Bodens ist so stark, daß Regen, der heute fallen würde, in den bergigen Regionen die Erde wegschwemmen, die Katastrophe noch verschlimmern würde. Tatsächlich schreitet im Norden Äthiopiens die Verwüstung voran, sind die ökologischen Systeme zusammengebrochen.

In dieser Situation mußte zwangsläufig die Suche nach (anderen) Überlebenschancen für die dortige Bevölkerung entstehen, nach Alternativen zur „Massenfütterung“ in Notlagern, deren verheerende sozialen und ökologischen Folgen hinlänglich bekannt sind.

...zu Notlagern

Von vornherein war dabei klar, daß alle Wege, die aus dieser fast völligen Ausweglosigkeit hinausführen könnten, nicht Modelle sozialen Fortschritts, sondern bestenfalls begrenzte Lösungen zu sein vermögen, um für mehr Menschen wieder eine reale Lebensperspektive zu schaffen. Diese Situation ist durchaus vergleichbar dem eigentlich nur rational zu vollziehenden, aber moralisch kaum zu verkraftenden Entscheidungsdruck von Ärzten und Helfern, die in den Lagern mit ihren begrenzten Mitteln eine tägliche Entscheidung über Leben und Tod treffen.

So liegt die durch nichts zu beschönigende Tragik auf der Hand, daß bei der Umsiedlung für den Einzelnen wie für die Dorfgemeinschaften kaum Ersetzbares zurückgelassen wird: gewachsene soziale Bindungen, selbst Geschaffenes und die

Äthiopische Hungerflüchtlinge in einem Notlager



nur schwer zu definierenden, nichtsdestoweniger aber wichtigen Gefühle von Verbundenheit mit der vertrauten Umgebung. Doch was wiegt das alles, wenn die Alternative heißt: Verhungern oder eine Chance nutzen zum Überleben?

Die eigentliche Brisanz erhält das Projekt, weil die Umsiedlung aus Gegenden geschieht, die in Teilen zu den Operationsgebieten der Separatistenbewegungen Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) und Tigre Volksbefreiungsfront (TPLF) gehören.

Diese richten die horrendesten Vorwürfe gegen die äthiopische Regierung: Die „zwangsweise Umsiedlung“ diene der „Entvölkerung“ der Region, um den „Befreiungsbewegungen die soziale Basis zu entziehen“, und die Regierung nutze „den Hunger als Waffe gegen die um Selbstbestimmung kämpfenden Völker“. Den seit Jahren von diesen Kräften erhobenen Anklagen gegen die äthiopische Nationalitätenpolitik scheint ein neuer griffiger Beweis hinzugefügt zu sein.

Überschätzung der Aufständischen

Die sozialen Realitäten all dessen, was sich gegenwärtig in den Hungergebieten abspielt, geben indes ein anderes Bild:

Nach Aussagen des Leiters der staatlichen äthiopischen Hilfsorganisation RRC, Dawit Wolde-Giorgis, leben nur etwa 150.000 Menschen, die umgesiedelt werden sollen, in Gebieten, in denen die Aufständischen aktiv sind.⁴ Annähernd zwei Drittel der Umsiedler stammen ohnehin aus den Nachbarprovinzen Wollo und Gondar.

Vor diesem Hintergrund entspringt die Behauptung – so AKAFRIK –, die „Aktion diene nur den Kriegszielen des Regimes“,⁵ wohl mehr einer Selbstüberschätzung der militärischen Stärke von EPLF und TPLF.

Tatsache ist, daß unabhängig von dem staatlichen Umsiedlungsprogramm, momentan eine Massenwanderung von Menschen stattfindet. Sie haben sich in mehr oder weniger großen Verbänden auf den Weg aus den Dürregebieten gemacht, hin zu Notlagern oder in fruchtbarere Gegenden. Angesichts dieser riesigen Bewegung von Menschen ist das Umsiedlungsprogramm ein vernünftiger Ansatz, um eine oft orientierungslose Wanderschaft zu beenden und den Bevölkerungsschub aus den Hungerregionen direkt in bewohnbare Gebiete umzuleiten.

Von daher ist die Notwendigkeit der Umsiedlungsaktion, so mußte auch die FAZ am 8.3.1985 feststellen, kaum noch abzustreiten. Mehr noch, selbst die Aufständischen tragen unterdessen die

ser Situation in gewisser Hinsicht Rechnung. Was anderes ist es als eine Umsiedlung, wenn die TPLF den Exodus von Tausenden in den Sudan organisiert, die dort allerdings eine perspektivlose Zukunft in Notlagern erwartet?

Bleibt die Frage, ob die Umsiedler freiwillig oder unter Zwang gehen. Die Antwort kann wohl nur sehr relativ sein, wenn die Freiheit darin besteht, die letzte Chance zum Überleben zu wählen. „Ich habe die Hoffnung aufgegeben, hier zu leben“, antworten sinngemäß die meisten den westlichen Reportern,⁶ deren Fragen im Angesicht der Zustände oft zu grotesker Peinlichkeit geraten.

Räumung Ibnet – ein Regelfall?

Neue Nahrung hat die Diskussion über Gewaltanwendungen staatlicher Stellen durch die Räumung des Notlagers Ibnet in der Provinz Gonder erhalten.

Nachdem in der Region Anfang Mai d.J. seit 3 Jahren zum ersten Mal wieder Regen gefallen war, wurden die mehreren zehntausend Menschen in dieser größten Sammelstelle für Dürreopfer von den lokalen Behörden aufgefordert, das Lager zu verlassen. Über das Vorgehen der Behörden bei der Räumung des Lagers gibt es äußerst widersprüchliche Berichte.

Während US-amerikanische Helfer behaupten, Soldaten hätten das Lager niedergebrannt, dementierten Regierungssprecher in Addis Abeba diese Version. Fest zu stehen scheint, daß die im Prinzip sinnvolle Maßnahme viel zu überstürzt durchgeführt wurde, und das die dabei – in welcher Form auch immer – angewandte Gewalt in die Verantwortung der lokalen Verwaltung fällt und keine Billigung durch die Regierung findet.

Dies geht aus Äußerungen von Kurt Jansson nach einem Gespräch mit Staatsoberhaupt Mengistu Haile Mariam hervor. Jansson ist als stellvertretender UN-Generalsekretär eigens zur Organisation von Hilfsmaßnahmen nach Äthiopien abgestellt.⁷

Insgesamt entpuppen sich die meisten der in westlichen Medien gezeichneten Schreckensgemälde als gezielte Desinformation. So schrieb die FAZ über die beiden einzigen bislang verbürgten Fälle von gewaltsamer Durchführung der Umsiedlung:

„Anfang Februar drangen Soldaten in das vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) unterhaltene Lager von Hungerflüchtlingen in Mekelle ein und zwangen 350 Insassen zur Umsiedlung. Das IKRK drohte, seine Arbeit einzustellen. Doch die Regierung dementierte so glaubhaft, daß es sich um eine offizielle oder auch nur genehmigte Ak-

tion gehandelt habe... Ähnliche Qualität hat auch das Gerücht, die äthiopische Luftwaffe greife Trecks von Flüchtlingen auf dem Wege nach Sudan an. Tatsächlich war auch das nur einmal, im Dezember, geschehen.“⁸

Die eigentlichen Probleme der Umsiedlung liegen heute woanders. Mangels einer aus verständlichen Gründen fehlenden gründlichen Projektvakuierung gibt es zumindest keine endgültig gesicherten Erkenntnisse, ob die bislang dünn bevölkerten Neuansiedlungsgebiete den raschen Bevölkerungszustrom ökologisch verkraften können.

Erfolgreich kann die Umsiedlung in die fruchtbaren Gebiete indessen nur verlaufen, wenn in Kürze die Infrastruktur verbessert und landwirtschaftliche Produktionsmittel ausreichend zur Verfügung gestellt werden können. Vorrangig ist vor allem die Gesundheitsversorgung der geschwächten Neuankömmlinge, die in den teils malariaverseuchten Gebieten zur dringenden Notwendigkeit wird.

Dazu bedarf es aber schnellstmöglich auch internationaler Hilfe. Die äthiopischen Bauern haben diese Chance verdient.

Um langfristig die eigenen Kräfte zur Bewältigung der Dürrekatastrophe in Äthiopien zu stärken, ist eine Aufweicheung der verhärteten Bürgerkriegsfronten und eine politische Lösung des Nationalitätenkonflikts unerlässlich.

Anmerkungen:

- 1) Siehe Hasselblatt-Bericht in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21.2.1985
- 2) AKAFRIK-Presseerklärung, 4.3.1985
- 3) ZDF, 17.2.1985
- 4) Interview Wolde-Giorgis' in: Newsweek, New York, 28.1.1985
- 5) AKAFRIK-Presseerklärung, a.a.O.
- 6) Vgl. ZDF, 17.2.1985; Süddeutsche Zeitung (SZ), 4.3.1985 u.a.
- 7) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 8.5.1985
- 8) FAZ, 4.3.1985; vgl. auch: SZ, 4.3.1985



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Bankenboykott: „Kein Geld für Apartheid!“

Am 10. Mai d.J. sahen sich die Sprecher der Dresdner-Bank bereits zum dritten Mal auf einer Aktionärsversammlung gezwungen, die Geschäfte ihrer Bank mit Südafrika zu rechtfertigen. Sie waren erneut von kritischen Aktionären aufgefordert worden, das „grüne Band der Sympathie für den Apartheid-Staat“ zu zerschneiden und das Namibia-Engagement einzustellen.

Gleichzeitig kam es in etwa 20 Städten der Bundesrepublik zu Protestaktionen gegen Bankgeschäfte mit Südafrika.

In Bonn unterschrieben z.B. mehrere Mitglieder des Bundestags und Gewerkschafter eine Selbstverpflichtung, kein Konto bei der Dresdner Bank einzurichten, solange diese ihr Südafrika-Engagement fortsetzt.

Der Abgeordnete der Grünen, Walter Schwenninger, brachte am 9.5.1985 eine Große Anfrage zur Finanzierung der Apartheid durch bundesdeutsche Banken im Bundestag ein.

Gleichzeitig fanden im Ausland – so in New York, London und in der Schweiz – Aktionen statt. Ziel der Apartheid-Gegner ist es, die Finanzierung des südafrikanischen Regimes weltweit zu stoppen, um somit einer Abschaffung des Apartheidsystems näherzukommen. In der Tat wird Südafrika mit einem Finanzboykott an einer seiner empfindlichsten Stellen getroffen.

Allein von Dezember 1979 bis September 1984 stieg die Auslandsverschuldung des Apartheidstaates von ca. 31,9 Mrd DM auf mindestens 67,5 Mrd DM. Wie die südafrikanische Zeitung Rand Daily Mail (RDM) vom 19.11.1984 berichtet, löst dieses Schuldenniveau bei der britischen und möglicherweise auch bei anderen Zentralbanken Sorgen aus. Das Apartheidregime ist auf Auslandsanleihen

und -kredite angewiesen – gerade auch in der Krise.

Die südafrikanische Leistungsbilanz befindet sich, u.a. bedingt durch einen geringen Goldpreis, 1976/77 und seit 1981 – von einem geringen Überschuss 1983 abgesehen – im Defizit. Devisen fließen Südafrika in dieser Situation aus Auslandskrediten zu.

Dadurch wird ein vergleichsweise hohes Niveau an Güterimporten ermöglicht. Dabei handelt es sich vor allem um Erdöl und hochwertige Produkte, die in Südafrika selbst nicht hergestellt, aber beispielsweise für Aufrüstung und kriegsbezogene Autarkiestrebungen vom Regime benötigt werden. Auch hochwertige Technologie wird importiert, da südafrikanische Firmen in der Regel nicht über das zur Entwicklung industrieller Produktionsprozesse nötige Know-how verfügen.

Kredite immer überlebenswichtiger...

Aufgrund des wachsenden Widerstands und der Rezession in Südafrika sowie wegen Protesten in ihren Ursprungsländern haben einige Konzerne ihre Kapitalanlagen in Südafrika abgestoßen – was Südafrika ebenfalls Devisen kostet. Unternehmen werden zunehmend vorsichtig, sich langfristig in Südafrika zu binden.

Tendenziell nimmt das Gewicht der Direktinvestitionen an den Auslandsinvestitionen ab und das anderer Investitionsformen, zu denen Anleihen zählen, zu. Besonders ausgeprägt ist dieser Trend in Krisenjahren. D.h. das Finanzkapital wird für das Apartheidregime immer wichtiger.

Auch für die Umsetzung seiner für den Krieg entwickelten Autarkiepolitik ist der Apartheidstaat auf Auslandsanleihen angewiesen – seine inländische Ersparnis ist hierfür nicht ausreichend. Dies gilt besonders in der Krise. Regelmäßig organisieren bundesdeutsche Banken Anleihen südafrikanischer staatlich kontrollierter Gesellschaften in strategisch wichtigen Bereichen, wie z.B. der Elektrizitätsgesellschaft ESCOM. Sie hat die Schlüsselrolle in der Energiesorgung inne und baute – aus Gründen „strategischer Natur“, so ESCOM-Sprecher du Plessis (RDM, 25.2.1985) – das kommerzielle Atomkraftwerk in Koeberg (Südafrika hat den Atomwaffenperrvertrag nicht unterzeichnet). Nutznießer der Anleihen sind auch die Eisen- und Stahlgesellschaft ISCOR oder die South African Transport Services, deren Anlagen nicht nur für den Wirtschaftsablauf strategische Bedeutung haben, sondern auch für die Mobilität des Militärs wichtig sind.

Bundesdeutsche Banken sind ferner an Anleihen an den südafrikanischen Staat beteiligt (allein vier im Gesamtwert von 647 Mio DM im Jahr 1984). Diese Mittel fließen direkt oder indirekt in den Militär- und Repressionsapparat. Trotz der Wirtschaftskrise stieg der Militäretat 1984/85 gegenüber dem Vorjahr 1983/84 erneut – diesmal um 21,4% auf 3,8 Mrd Rand (1 Rand = 1,6 DM).

In einer Anfang 1984 veröffentlichten Studie kommt die Stiftung Wissenschaft und Politik zu folgender Charakterisierung westlicher Kredite:

Sie trügen die Kosten der Militarisierung Südafrikas und refinanzieren die wirtschaftlich-

politischen Einbrüche im Apartheidsystem, die durch den gewachsenen schwarzen Widerstand entständen. Es stelle sich die Frage, ob dies den Widerstand nicht zu radikalerem Vorgehen zwingt.

Nichtstaatliche Organisationen, Kirchen, und Solidaritätsgruppen haben die große Bedeutung von Anleihen und Krediten für das Apartheidregime erkannt. Im Ausland, voran in den Niederlanden, den USA und Großbritannien, begannen schon Anfang der 70er Jahre Kampagnen gegen die Südafrikakredite. Aufgrund starken öffentlichen Drucks bzw. von Boykottmaßnahmen haben seit 1976 mehrere Großbanken im Ausland erklärt, keine Kredite mehr nach Südafrika zu vergeben. 1981 beschloß der Ökumenische Rat der Kirchen, seine Konten bei Banken zu kündigen, die Kredite an Südafrika vergeben. Er entwickelte hierbei folgende Kriterien für den Boykott:

- Die Bank unterhält eine Geschäftsstelle in Südafrika;
- die Bank tritt regelmäßig als „Manager“ von Darlehen und/oder Schuldverschreibungen auf;
- die Bank hat auch nach den Ereignissen in Soweto (1976) umfangreiche Darlehen gewährt;
- die Bank vergibt Darlehen, die direkt/indirekt militärischen Zwecken dienen;
- die Bank gewährt Darlehen, die der Atomindustrie zugute kommen.

Die Kontenkündigung betraf u.a. auch die Dresdner Bank. Seit 1981/82 gibt es auch in der Bundesrepublik eine – hauptsächlich von der Anti-Apartheid-Bewegung und der Projektgruppe Frauen gegen Apartheid der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland getragene – Bankenkampagne mit dem Ziel, eine größere Öffentlichkeit zu informieren und zu mobilisieren.

Kontenkündigungsziel Dresdner Bank

Der Aktionsschwerpunkt ist – stellvertretend für andere Banken – die Dresdner Bank. Denn die Dresdner Bank ist – wie auch die Deutsche Bank, Commerzbank, Berliner Handels- und Frankfurter Bank und die Bayerische Vereinsbank – besonders häufig bei Südafrikaanleihen in der Managergruppe (Bankengruppe, die die Kredite vergibt) vertreten. Sie ist auch besonders stark in Namibia engagiert.

Die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft und kleine Alternativbanken zeichnen keine Anleihen und Kredite an Südafrika. Die örtlichen Stadt- und Kreissparkassen sind zwar nicht selbst an Anleihen an Südafrika beteiligt, ihre Landesbanken/Girozentralen sind teilweise aber bedeutende Manager von Südafrika-Anleihen.

Auch die lokalen Volks- und Raiffeisenbanken sind nicht selbst an Südafrika-Anleihen beteiligt, aber die Deutsche Genossenschaftsbank ist regelmäßig im Garantiekonsortium zu finden. Insgesamt waren bundesdeutsche Banken 1972-84 an Südafrika-Anleihen mit dem zweit-höchsten Wert beteiligt.

Das Ziel, die Finanzierung der Apartheid durch bundesdeutsche Banken zu beenden, ist noch lange nicht erreicht. Dazu muß der Druck durch stärkere Öffentlichkeit und auch Kündigung von Konten wegen der Südafrikageschäfte verstärkt werden.

Joachim Becker



Suleiman Mansour – Maler Palästinas



Mansours Gemälde „Palästina“

Suleiman Mansour, einer der bekanntesten palästinensischen Künstler in den besetzten Gebieten (er ist Vizepräsident des Palästinensischen Künstlerverbandes; d. Red.), wurde 1947 in Ramallah geboren. Er studierte Kunst am Fine Arts College in Bezalla, Jerusalem. Während seines dritten Jahres verließ er das College, unzufrieden mit der Vorliebe der israelischen Lehrer für abstrakte Kunst und angewidert von zunehmend ernsthafteren politischen Zusammenstößen mit seinen Kommilitonen. Symbolismus ist ein Schlüsselfaktor in Mansours Kunst, ein Symbolismus, der mit einfachen und verständlichen Zeichen vergangene und gegenwärtige palä-

stinensische Geschichte verbindet. Die Liebe zur Mutter Erde, tief verwurzelt in der Kulturgeschichte des palästinensischen Volkes, ist ein wiederkehrender Gegenstand in Mansours Werken – in den Blumen, Früchten, Fischen und Bäumen. Geschichte und Wesenszüge spiegeln sich in den Mustern der palästinensischen Nationaltrachten, im Kunsthandwerk und im Feldbau wider. Der ständige Kampf des palästinensischen Alltagslebens formte die Entschlossenheit, Hingabe und Ernsthaftigkeit des palästinensischen Volkes ebenso wie die Kunst Suleiman Mansours. Mansour nennt sich selbst einen politischen Künstler „nicht, weil ich einer sein

will, sondern weil jeder, der hier Kontakte hat, gar nicht anders als politisch sein kann“.

Als dramatische politische Entwicklungen plötzlich zum Alltag für die einfachen Menschen der Westbank wurden, beeinflussten sie Mansour stark. Die Niederlage der arabischen Armeen im Jahr 1967, die Besetzung der Westbank, der Tod Nassers (1970 ägyptischer Präsident; d. Red.), die zunehmende Stärke der palästinensischen Widerstandskämpfer und die Bildung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), bedeuteten viele Veränderungen – Tage des Leids, aber auch der Hoffnung. „Der Druck auf das Volk verstärkte sich besonders durch die Landbeschlagnahmen, und ich begann Bilder zu malen, die diesen Spannungszustand darstellten. Und dabei war ich voller Hoffnung.“ Dennoch befand sich das Bewußtsein, die Kunst im Zusammenhang mit Politik anzuwenden, noch in seinem Anfangsstadium. Im Zeitraum 1975-82 entwickelte sich die plastische Kunstform sowohl künstlerisch als auch politisch. Dies zeigte sich auch in der Art und Weise, wie man die Kunst vermittelte.

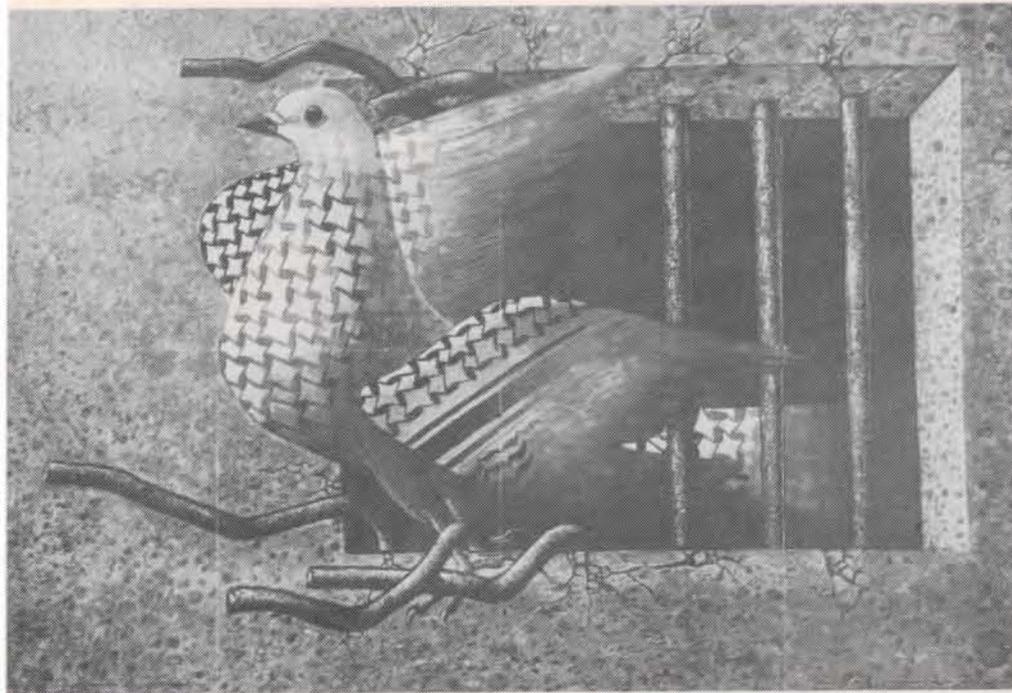
Kunst nicht als Selbstzweck

Im Jahr 1980 kamen palästinensische Künstler aus den besetzten Gebieten zusammen und gründeten einen Verband für plastische Kunst.

In diesem Zeitraum fanden fünf Ausstellungen statt, wobei beinahe jeder Teilnehmer mehrere Bilder zeigte. Im Jahre 1976 bemühten sich die Künstler mit einer Ausstellung in London um ein internationales Publikum, 1977 fanden Ausstellungen in den USA statt. Dadurch wurden hunderte von Menschen

Mansours Gemälde „Jamal al Mahamel“: ein alter Mann trägt Jerusalem, das die Palästinafrage symbolisiert





Mansours Gemälde zu den palästinensischen Gefangenen. Als mehrfarbiges Kunstdruckplakat erhältlich bei Solishop 3. Welt

mit palästinensischer Kunst und Lebensweise bekannt.

Mansours Kunst kann weder von der täglichen Wirklichkeit der Unterdrückung, der Ausbeutung und des Krieges noch von dem unbezwingbaren Willen des Volkes weiterzukämpfen, getrennt werden. Mit Sicherheit liegt sie nicht auf einer Linie mit dem bürgerlichen Kunstideal „l'art, pour l'art“ („Kunst um der Kunst willen“), bei welchem die Absicht des Künstlers darin besteht, eine vollkommene Harmonie von Träumen und Schönheit zu schaffen, eine Welt, in die man entfliehen kann.

Gleich einer Droge oder Schmerztablette verführt sie die Menschen dazu, ihre Probleme und deren Ursachen zu verdrängen, so daß sie weniger Bereitschaft aufbringen, den Kampf gegen die wirklichen Gegebenheiten aufzunehmen.

Ermutigung der Palästinenser

Wie die meisten herausragenden Werke politischer Kunst enthüllen Mansours Werke die realen Leiden und deren Ursachen. Sie sind zudem zukunftsorientiert. Insofern ist es nicht überraschend, daß offizielle Institutionen in aller Welt, z.B. Museen und Banken in Europa, von dieser Kunst nichts wissen wollten. Die kapitalistischen Kreise und Staaten, die hinter ihnen stehen, pflegen nicht den Kampf gegen Faschismus und Ausbeutung, für die Befreiung zu unterstützen. (...)

Man findet Mansours Werke nicht in

amerikanischen oder europäischen Banken, sondern in beinahe jedem palästinensischen Heim.

Die palästinensischen Menschen halten sich nicht lange mit einem Künstler auf, in dessen Werk ihr Kampf Nebensache ist. Sie finden ihre Realität und Ermutigung für ihren Kampf in Arbeiten wie denen Mansours.

Ebenso wie die Faschisten (in den 30er/40er Jahren; d. Red.) Picasso und seine Kunst bekämpften und andere Künstler unbarmherzig verfolgten, die heute unter den meistgeachteten und bekanntesten sind, verfolgt Israel Mansour und seine Kunst zugleich mit der anderer palästi-



James Matthews



JAMES MATTHEWS
SCHATTENTAGE
ROMAN
176 SEITEN,
9,80 DM

Die letzten drei Tage im Leben der Maria Williams. Vor dem Hintergrund des unmenschlichen Systems der Apartheid wird die Geschichte einer schwarzen Familie im Getto erzählt, die durch die tödliche Erkrankung der Mutter in eine tiefe Krise gerät. Literarisch überzeugend zeichnet der südafrikanische Schriftsteller James Matthews das Bild einer Gesellschaft, die durch Resignation und Widerstandswillen gleichermaßen gekennzeichnet wird.

FORDERN SIE UNSER GESAMTVERZEICHNIS AN!

nensischer Künstler unablässig.

Wie die Faschisten in Europa während der 30er und 40er Jahre so wissen die Zionisten nur zu gut, daß Kunst eine starke Wirkung hat und daß sie die unterdrückten Massen sehr direkt anspricht.

Wieder und wieder haben die Zionisten Mansours Haus durchsucht, seine Bilder zerstört und ihn unter Hausarrest gestellt. Sie beschlagnahmten seine Bilder und hunderte von Postern direkt aus Ausstellungen heraus. Sogar die Buchhändler, die sie verkauften, wurden verhaftet. Andere konnten leicht durch wiederholte Durchsuchungen ihrer Buchläden verängstigt werden. Mansour ist eingekerkert gewesen. Sobald er ins Ausland reisen wollte, wurde ihm immer die Ausreiseerlaubnis verweigert. (...)

Schon 1980 begann Mansour als festangestellter Cartoonist für die englische Wochenausgabe der Jerusalemer Zeitung Al Fajr zu arbeiten. Mansour sagt: „Cartoons sind ein Weg, meine politischen Gedanken auszudrücken. Seit der Invasion im Libanon habe ich nichts anderes gemacht als politische Cartoons. Aber Cartoons reichen nicht aus. Die Farben, der Aufbau, die Größe eines Bildes — damit kann man den Zorn besser ausdrücken.“

Die Cartoons haben eine andere Wirkung. Mansours Karikaturen sind genaue politische Analysen. Mit wenigen Strichen drücken sie nicht nur die Brutalität der Unterdrückung aus, sondern auch die Schwäche der Befreiungsbewegung selbst, die Schwäche, die wir sehen müssen, wenn wir sie überwinden wollen und schließlich das gewinnen wollen, wofür wir kämpfen: Freiheit, Gleichheit und Stolz.

(Quelle: Democratic Palestine, Damaskus, Nr. 5/1984, S. 34-35)



ANATOL FEID
CHILENISCHER SEPTEMBER
ROMAN
172 SEITEN,
9,80 DM

In Chile organisiert sich der Widerstand gegen die Diktatur Pinochets. Der dokumentarische Roman „Chilenischer September“ führt den Leser zu den Pobladores — den Bewohnern der chilenischen Elendsviertel — und schil-

dert ihren Kampf gegen das Militär. Die hundert Personen leben wirklich — Anatol Feid läßt selbst erzählen, wie sie die Lähmung nach dem Putsch 1973 überwand und zum gemeinsamen Widerstand fanden.



LISANDRO OTERO
GENERAL ZU PFERDE
ROMAN
144 SEITEN,
9,80 DM

Mit einem Augenzwinkern erzählt Lisandro Otero die Geschichte des Diktators Aniceto Mendoza, der durch einen Putsch an die Macht kommt und durch einen Putsch zur Abdankung gezwungen wird. Die vergnügliche und zugleich

erhellende Beschreibung der Verhältnisse im kleinen Staat Rio Tinto verdeutlicht dem Leser, wie eine westliche Großmacht, die Regierung auswechseln läßt ein Land in den Griff bekommt.

WELTKREIS-VERLAG
POSTFACH 789
46 DORTMUND 1

Südafrika-Solidarität

Die Christliche Initiative Freiheit für Südafrika und Namibia hat den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zum Anlaß genommen, um mit Mahnwachen und Protesten vor der südafrikanischen Botschaft gegen den am 20.5.1985 beginnenden Hochverratsprozeß gegen 16 führende Mitglieder der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) zu protestieren. Bei den Aktionen, die vom 7.-20. Mai 1985 andauerten, wurde eine Petition überreicht, in der Parallelen zwischen dem Rassismus des Nazi-Regimes und des Apartheidstaates gezogen werden. Darin werden die Freilassung der 16 Inhaftierten und aller politischen Gefangenen sowie freie Wahlen unter internationaler Kontrolle in Namibia gefordert.

An den Aktionen nahmen u.a. der US-Bürgerrechtler Jesse Jackson, Bundestagsabgeordnete und Europaparlamentarier der SPD (Heinz Oskar Vetter, Katherina Focke) und der Grünen teil. Wegen Betretens des Botschaftsgeländes wurden sie vorübergehend von der Polizei festgenommen.

Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) hat auf ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung (19.-21. April 1985) ebenfalls beschlossen, verstärkt für die Freilassung der südafrikanischen politischen Gefangenen und vor allem Nelson Mandelas einzutreten. Schwerpunkte der zukünftigen AAB-Tätigkeit sind außerdem Aktionen gegen Rüstungslieferungen und für einen Bankenboykott sowie die Solidarität mit der Südwesafrikanischen Volksorganisation (SWAPO).

Unterrichtseinheit: Palästina/Israel

Eine Loseblattsammlung für Unterricht und Bildungsarbeit zum Palästina-Konflikt hat die Gesellschaft für Entwicklungspolitische Bildung herausgebracht:

Mariele Pelster/Hartmut Stüwe, *Israel in Palästina, GEB* (Sandstr. 15, 7800 Freiburg), Freiburg 1985, 64 S., 12 DM.

Die Materialien bestehen aus Dokumenten, Presseartikeln, Auszügen aus Aufsätzen von Fachzeitschriften und Fachbüchern, Interviews, Karten, Strukturtafeln und Bildern. Inhaltlich sind sie in verschiedene Schwerpunkte eingeteilt und mit Leitfäden für den Lehrer/Seminarleiter versehen, mit denen in die einzelnen Materialien eingeführt wird.

Die Autoren haben für die Materialsammlung

Leserbrief

Nicht nur „große“ Politik

AIB enthält unglaublich viele Informationen für sowenig Geld. Wünschen würd ich mir:

- Mehr Sachen im Stil der ersten Seite (engagiert, und nicht nur berichtend; gemeint ist wohl der Kommentar auf S.3; d. Red.);

- mehr von und über die Leute in den Ländern, von denen ihr berichtet (nicht nur „große“ Politik, Regierungen und „hohe Tiere“; gut z.B. über chilenische Slum-Aktivistinnen), mehr Kulturelles (gut z.B. über Neruda);

- Informationen darüber, was ihr mit all dem Wissen anfangt, das die Lektüre von AIB vermittelt (außer Ärger, Frust...).

Rüdiger Fischer, Kötzing

den historischen Ansatz gewählt. Der erste Schwerpunkt ist dem Themenbereich Antisemitismus/Zionismus gewidmet. Der 2. Teil beschäftigt sich mit Palästina vor der Gründung des Staates Israel, beleuchtet die Rolle Englands bei der Entstehung des Palästina-Konflikts und schildert die Entstehung der jüdischen Siedlungen, aber auch der palästinensischen Nationalbewegung.

Der 3. Teil ist „Palästina heute“ gewidmet. Die israelische und die palästinensische Seite des Konflikts werden in ihrer Vielschichtigkeit dargestellt. Verwendbar ist das Material in der Sekundarstufe II und in der Erwachsenenbildung. Die klare Gliederung des Materials erlaubt die Behandlung einzelner ausgewählter Themenschwerpunkte oder unterschiedliche Einstiege in die Palästinaszene.

Asylrecht

„Hände weg vom Asylrecht“, so lautet das Motto eines von amnesty international, Arbeiterwohlfahrt, Gesellschaft für bedrohte Völker, Gustav-Heinemann-Initiative, terre des hommes und „WIR“ – Forum für besseres Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern zum 8. Mai 1985 initiierten Aufrufs gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Demontage des Grundrechts auf Asyl.

In dem von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – darunter Gewerkschafter, Juristen, Pfarrer usw. – unterstützten Appell wird daran erinnert, daß bis zur Befreiung vom Hitlerfaschismus hundertausende von Verfolgten des Naziregimes aus Deutschland fliehen mußten, von denen viele den Tod fanden, da niemand bereit gewesen war, ihnen Asyl zu gewähren. 40 Jahre danach sei das, aus dieser Erfahrung heraus, verfassungsmäßig verbrieft Recht auf Asyl für politisch Verfolgte einem Frontalangriff ausgesetzt.

Entschieden wenden sich die Unterzeichner gegen die generelle Unterstellung eines Asylmißbrauchs und stellen ausdrücklich fest, daß durch schleppende Anerkennungsverfahren mit Folgewirkungen (wie Zwangsaufenthalt in Sammelunterkünften) viele Asylsuchende in ihrer Menschenwürde verletzt würden. Deshalb und insbesondere wegen der historischen Verpflichtung der Deutschen rufen sie dazu auf, sich den Angriffen auf das Asylrecht zu widersetzen.

Buchtip: Bremen und die Dritte Welt

Die Hafenstadt Bremen ist Thema des Buches: Bremer Dritte-Welt Haus und Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (Hrsg.), *Bremen – Schlüssel zur Dritten Welt*, Bremen 1984, 155 S., DM.

Ziel des Buches ist es, die Stellung Bremens innerhalb einer 100jährigen Kolonialtradition zu untersuchen. In Einzelbeiträgen werden Aspekte aus den Bereichen Rüstung/Rüstungsexport, Handel/Import, Finanzen, Bremen als Ausgangspunkt der Kolonisierung und bremische Asylrechtspraxis untersucht.

Z.B. wird akribisch die militärische und militärisch-atomare Kollaboration mit Südafrika durch die ansässigen Firmen Krupp, Vulkan und Lürssen-Werft anhand von Zahlen untersucht und belegt. Ergänzt werden diese Geschäfte durch spezielle finanzielle Transaktionen der bremischen Banken.

Die Aufsätze zum Handel/Import weisen sowohl die Ausbeutung der Dritten Welt durch

die Internationalen Frucht- und Genußmittelkonzerne (United Brands, B.A.T. Reynolds u.a.) nach wie sie auch einheimischen Konzentrationsprozessen in der Vermarktung nachgehen. Außerdem wird der Beitrag deutscher Kaufleute bei der Kolonisierung Kubas und Südwestafrikas (Namibias), analysiert.

Insgesamt ein spannendes Buch, das nicht nur Aufschluß über Bremens koloniale Vergangenheit und neokoloniale Gegenwart gibt, sondern auch die bundesdeutsche Dritte-Welt-Politik erhellt.

Nahostbundestreffen

Am 11./12.5.1985 trafen sich in Dortmund ca. 50 Mitglieder von 10 Nahostkomitees zu einem Bundestreffen. Neben Diskussionen mit Vertretern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) sowie des libanesischen Widerstands und einer Debatte über den Themenkomplex „deutscher Faschismus – Antisemitismus/Zionismus“ standen vor allem konkrete Solidaritätsaktionen im Vordergrund.

Das Bundestreffen beschloß eine Initiative gegen die Praxis der israelischen Botschaft, in der Bundesrepublik ansässigen Palästinensern aus der besetzten Westbank die Paßdokumente (Laissez-passer) zu entziehen, um damit ihre Rückkehr in die Heimat zu verhindern. Bundesdeutsche Behörden weigern sich zudem, den Betroffenen – meist mit Deutschen Verheiratete oder im Besitz einer Daueraufenthaltsgenehmigung – Fremdenpässe auszustellen.

Außerdem wurde eine Kampagne zum Thema politische Gefangene in israelischen Gefängnissen beschlossen. Zudem soll eine Rundreise von palästinensischen Hochschulangehörigen aus den besetzten Gebieten in der Bundesrepublik stattfinden.

Eine Broschüre zur Zusammenarbeit Israels mit Südafrika und lateinamerikanischen Diktaturen soll erstellt werden. Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) wird regelmäßig einen Rundbrief für die Komitees erstellen. Kontaktadresse: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90

3,-

STÄDTE PARTNER SCHAFTEN



mit NICARAGUA

Bezug: Juan Bardenas Sekretariat, Glienkestr. 1, 5300 Bonn
1 DM in Briefmarken beilegen, per Verrechnungsscheck oder
sonst per Nachnahme (wird aber teuer)

Sudan

Der militärische Übergangsrat unter General Suwwar edh-Dhahab, der nach dem Sturz Gaafar Numeiris am 6.4.1985 (siehe AIB 5/1985, S. 6ff.) die Macht übernommen hatte, setzte am 22. April d.J. eine Regierung aus 15 Mitgliedern ein.

Sie wird geleitet vom ehemaligen Vorsitzenden der Ärztevereinigung Dschuzuli Dafaalah und soll unter Führung des Militärrats 12 Monate im Amt bleiben. Die 13 zivilen Minister und zwei Offiziere waren von den Parteien, den Gewerkschaften und den Militärs vorgeschlagen worden.

Das Kabinett soll Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung innerhalb eines Jahres vorbereiten, den Konflikt im Süden durch Verhandlungen beilegen oder eindämmen, die Wirtschaftskrise bewältigen, die Hungersnot bekämpfen und eine ausgeglichene Außenpolitik verfolgen.

Die islamische Reschtssprechung, die Schari'a, und das Staatssicherheitsgesetz Numeiris sollen jedoch nicht abgeschafft, sondern im besten Fall verändert werden. Alle Parteien und Gewerkschaften, mit Ausnahme der Moslembrüder fordern die Aufhebung dieser Gesetze. Der Regierung gehören drei Minister aus dem Süden des Landes an, die jedoch bereits hohe Posten unter Numeiri bekleideten.

Außenpolitisch will die Regierung eine Politik der „positiven Neutralität“ gegenüber den USA und der UdSSR verfolgen, die Freundschaft mit Ägypten beibehalten und die Beziehungen zu den Nachbarn, Libyen und Äthiopien, verbessern. Libyen und der Sudan vereinbarten am 23.4.1985 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Einstellung der Unterstützung von Gegnern der jeweiligen Regierung.

Libyen erklärte die Waffenlieferungen an die Sudanesisch Volksbefreiungsbewegung (SPLM) eingestellt zu haben und rief die sudanesisch Befreiungsbewegung auf, mit der Regierung zu verhandeln. Die SPLM hat bisher jegliche Gespräche mit der Regierung, die sie bezichtigt die Politik Numeiris fortzusetzen, abgelehnt.

Südafrika

Die Proteste in den schwarzen Vorstädten und die Repression durch die südafrikanischen Sicherheitskräfte gingen auch Ende April/Anfang Mai d.J. weiter (siehe AIB 5/1985, S. 4ff.). Der stellvertretende Minister für Polizei und Verteidigung A. Vlok sprach von „revolutionsartigen Zuständen“.

Vor allem in der östlichen Kapprovins wurden Militär und Polizei massiv eingesetzt. In Johannesburg starben am 6.5.1985 fünf Schwarze, darunter zwei Kinder, durch Polizeikugeln. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Getöteten seit Jahresanfang auf mehr als 150.

Am 23. April d.J. wurden drei weitere Führer der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) verhaftet. In Polizeihaft starben allein der Woche vom 5.-12.5.1985 drei Personen. So erlagen Andries Raditsela von der schwarzen Chemiearbeitergewerkschaft (CWIU) und Siphon Mutsi vom Kongreß Südafrikanischer Studenten (COSAS) ihren schweren Schädelverletzungen. Nach Augenzeugenberichten wurden sie in der Haft geschlagen. A. Raditselas Begräbnis wurde zu einer Protestdemonstration von 80.000 Menschen.

Am 17.4.1985 entließen die Bergbaukonzerne

Anglo-American und Anglovaal nach Streikaktionen 17.400 schwarze Minenarbeiter, die daraufhin in die sog. „Homelands“ deportiert wurden. Die schwarze Minenarbeitergewerkschaft NUM bemühte sich in Verhandlungen um deren Wiedereinstellung. Am 30. April d.J. wurden Bombenanschläge auf die Büros der beiden Konzerne in Johannesburg verübt.

Angola

Am 15. April d.J. kündigte der südafrikanische Außenminister Roelof F. Botha den vollständigen Abzug der Truppen Pretorias aus Angola an. Der Rückzug wurde am 17.4.1985 – mit Ausnahme von 60 Soldaten, die weiterhin den Cunene-Staudamm besetzt halten – abgeschlossen. Der Generalstabschef der südafrikanischen Armee General Viljoen behielt sich jedoch neue Angriffe auf angolantisches Territorium vor.

Südafrika hatte bereits im Februar 1984, in einem in Lusaka (Sambia) mit Angola getroffenen Abkommen zugesagt, seine Einheiten innerhalb von 2 Monaten abzuziehen (siehe AIB 5/1984, S. 4ff.). Pretoria hielt seit 1981 süd-angolanischen Boden besetzt und war im Dezember 1983 weiter nach Norden vorgeückt. Offizielles Ziel Südafrikas war es, das Eindringen der Kämpfer der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) nach Namibia zu verhindern.

Der Grund für den plötzlichen Abzug ist nicht nur in der Erfolglosigkeit dieses Unterfangens zu suchen. Er diene vor allem dazu, die am 18. April d.J. von Pretoria angekündigte neue „interne Lösung“ für Namibia der Weltöffentlichkeit schmackhaft zu machen (siehe AIB 5/1985, S. 50). Dieses Unterfangen ist aber vollkommen gescheitert, nachdem der UN-Sicherheitsrat das Manöver verurteilt hat und selbst die USA sich zu seiner Ablehnung gezwungen sahen.

Neukaledonien

Am 25. April d.J. hat die französische Regierung das geplante Referendum über die Unabhängigkeit Neukaledoniens auf einen Zeitpunkt nach den französischen Parlamentswahlen verschoben. Damit wollen die französischen Sozialisten verhindern, daß die dortigen Auseinandersetzungen zwischen der kanakischen Urbevölkerung und den meist französischen Siedlern, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, ihre Wahlchancen verringern.

Bis spätestens Ende 1987 soll ein Übergangstatut gelten. Es sieht vor, die Insel in vier Verwaltungsgebiete zu unterteilen, deren Regionalräte, die im August d.J. gewählt werden sollen, die inneren Angelegenheiten regeln. Die vier Regionalräte sollen einen Kongreß bilden der jedoch über wenig Kompetenzen verfügen wird. Die exekutive Gewalt wird weiterhin beim französischen Hochkommissar Edgar Pisani liegen.

Außerdem beschloß der Ministerrat die französische Militärpräsenz auszubauen, „um auf Dauer unsere strategischen Interessen in diesem Teil der Welt“ zu sichern. Für rund 400 Mio Franc (140 Mio DM) sollen der Flughafen und der Hafen der Hauptstadt Nouméa ausgebaut und Kampfflugzeuge und Atom-U-Boote entsandt werden. Diese Pläne stießen nicht nur bei der Kanakischen und Sozialistischen Nationalen Befreiungsfrente (FNLKS), sondern auch

bei den Anrainerstaaten Neuseeland, Papua-Neuguinea und Vanuatu auf Widerstand.

Bei einer Demonstration in Nouméa von Befürwortern der Unabhängigkeit gegen diese Pläne wurde ein Kanake durch Anhänger der Partei der weißen Siedler, der Sammlungsbewegung für ein Kaledonien in der Republik (RPCR) getötet. Die RPCR erklärte sie werde auch jede weitere Demonstration der FLNKS verhindern. Vor allem die RPCR war es, die den Plan E. Pisanis vom Januar d.J., der ein Referendum über ein begrenzte Unabhängigkeit bis Januar 1986 vorsah, zum Scheitern brachte.

Libanon

Der israelische Abzug aus der letzten größeren südlibanesischen Stadt Tyrus und aus der ostlibanesischen Bekaa-Hochebene Ende April d.J. wurde begleitet von Gefechten verfeindeter Milizen vor allem im Raum Saida, Jezzine und an der Demarkationslinie in Beirut. Die von Israel im Süden unterhaltene Söldnertruppe, Armee des Südlibanon (ALS), war zunächst in die geräumten Stellungen eingerückt, dann aber von Milizen der Nationalbewegung zum Abzug gezwungen worden. Infolge der Kämpfe flohen rund 20.000 Christen nach Jezzine und ins grenznahe Marjayoun.

Um die verlustreichen Milizkämpfe (sic) zu beenden, legten Nabih Berri und Walid Junblatt am 1. Mai d.J. einen Friedensplan vor. Er sieht die Übergabe der Küstenregion Beirut-Saida (moslemische Miliz) und von Jezzine (ALS) an die libanesisch Armee, eine Rückkehrgarantie für die christlichen Flüchtlinge des Südens in ihre Dörfer sowie einen Waffenstillstand in Beirut vor.

Samir Geagea, gegen Präsident Gemayel rebellierender Chef der Phalangemiliz Libanesisch Streitkräfte (siehe AIB 5/1985, S. 18ff.), der diesen Plan verneinte, wurde auf syrischen Druck hin am 12.5.1985 seines Postens entoben. Syriens Präsident Assad bot in einem Schreiben an die Regierung Karameh einen syrischen Truppeneinsatz zur Beendigung der Kämpfe in Beirut und im Süden an.

Israels Regierung Peres kündigte unterdessen den Abschluß ihrer dritten Rückzugsphase für den 6. Juni d.J. an. Vorbereitend verstärkte sie ihren Strom an Waffen und Munition für Gene-



Israelische Panzer ziehen aus der Bekaa-Hochebene ab

ralmajor Lahads Söldnertruppe ALS, die her nach eine 9,6-24 km breite „Sicherheitszone“ im äußersten Süden für Israel kontrollieren soll. Mehr noch, betonte Verteidigungsminister Rabin, wolle die israelische Armee weiterhin Patrouillen in dieser Zone durchführen und sich die „totale Freiheit“ für Interventionsakte sonstwo im Libanon vorbehalten.

Argentinien

Am 22.4.1985 begann in Buenos Aires das Gerichtsverfahren gegen die neun Mitglieder der argentinischen Militärregierungen (1976-82), darunter die drei Ex-Präsidenten Jorge Videla, Roberto Viola und Leopoldo Galtieri. Der Prozeß findet vor einem Zivilgericht statt, nachdem der Oberste Militärgerichtshof die Verfahren über Monate hingeschleppt und sich schließlich als nicht zuständig erklärt hatte.

Die Generäle sind als die Hauptverantwortlichen für das Verschwindenlassen, die Folterung und Ermordung von ca. 30.000 Oppositionellen während der Diktatur angeklagt. Menschenrechtsorganisationen wie z.B. die „Mütter des Plaza de Mayo“ forderten auch die bislang nicht beabsichtigte strafrechtliche Verfolgung untergeordneter Offiziere.

Als Reaktion auf bekannt gewordene Putschpläne haben 15 Parteien den von Präsident Raul Alfonsín und seiner Partei, der Radikalen Bürgerunion (UCR), angeregten „Pakt für die Verteidigung der Demokratie“ unterzeichnet. Bei einer Großkundgebung, bei der am 26. April d.J. 250.000 Menschen für den Erhalt der Demokratie demonstrierten, haben sich diese Parteien in einer gemeinsamen Erklärung zur bedingungslosen Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung bekannt.

Brasilien

Am 22. April d.J. wurde José Sarney als brasilianischer Präsident vereidigt. Tags zuvor war der am 15.1.1985 zum Präsidenten gewählte Tancredo Neves, der sein Amt am 15. März d.J. wegen Krankheit nicht antreten konnte, verstorben.

J. Sarney, Führer der Partei der Liberalen Front (PFL), einer Abspaltung der Sozialen Demokratischen Partei (PDS) der bisher regierenden Militärs, war im Januar zum Vizepräsidenten gewählt worden. Die PFL hatte sich 1984 mit der Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB), der Tancredo Neves angehörte, und die in Opposition zur Diktatur stand, zur Demokratischen Allianz zusammengeschlossen.

Da J. Sarney unter der Militärdiktatur Präsident der PDS war, sahen viele Brasilianer seiner Präsidentschaft mit Skepsis entgegen. Dennoch erklärte Sarney, das Vermächtnis des Tancredo Neves erfüllen zu wollen. D.h., daß das Programm der Demokratischen Allianz (vgl. AIB 3/1985, S. 32/33) mit seinen Forderungen nach umfassender Demokratisierung, Gewährung von demokratischen Rechten und Pflichten und Kampf gegen Hunger und soziale Verelendung weiterhin Regierungsprogramm bleiben soll.

Sarney sieht sich seit seinem Amtsantritt mit einer wachsenden Streikwelle konfrontiert. 400.000 Metallarbeiter streikten Mitte April d.J. für die Verringerung der Arbeitswoche von 48 auf 40 Stunden und für eine vierteljährliche Anpassung der Löhne an die Inflationsrate. Sie lag zuletzt bei 230%. Kurz darauf schlossen sich auch das Fluggesellschaft und die Beschäftig-

ten der öffentlichen Verkehrsbetriebe dem Streik an.

Als einen ersten Erfolg der Mitte Mai noch fort dauernden Streikbewegung ist die Heraufsetzung der Mindestlöhne um 106% auf 336.000 Cruzeiros (208 DM) zu werten.

Im Mai d.J. beschloß der Kongreß wichtige Verfassungsänderungen. Künftig werden der Präsident und die Bürgermeister der Hauptstädte der Bundesstaaten direkt gewählt. Die politischen Parteien können sich ungehindert bilden, was einer Legalisierung der bislang verbotenen Linksparteien gleichkommt. Die für den Einzug ins Parlament gesetzten Sperrklauseln wurden gelockert und die Analphabeten haben das Wahlrecht erhalten.

Jamaika: Gegenfestival

In der 2. Aprilwoche fand in Jamaika eine „internationale Jugendkonferenz“ statt, die als Gegenstück der „freien Welt“ zu den 12. Weltjugendfestspielen, die vom 27.7.-3.8.1985 in Moskau stattfinden werden, dienen sollte. Fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit hatten sich in Kingston 1.100 „Delegierte“, darunter „Contras“ aus Nikaragua, Kambodscha und Afghanistan, eingefunden. Bezahlt wurde das ganze zur Hälfte von der Reagan-Administration und zu einem Sechstel von der Kohl-Regierung.

Aus der Bundesrepublik hatten sich 31 Mitglieder der Jugendorganisationen der CDU/CSU, des Verbandes der Kaufmannsjugend und der Jungen Liberalen – mit 2.000 DM pro Kopf von Bonn bezuschußt – dort eingefunden. Alle anderen hatten dankend abgelehnt, an einem Treffen teilzunehmen, das versuchte, „den Kalten Krieg in die Jugendorganisationen hineinzutragen“ (Juso-Sekretär Roland Röscheisen). Die bundesdeutsche Delegation verließ allerdings vorzeitig das Treffen, da den Teilnehmern nicht erlaubt war, das „internationale Sekretariat“ aus 19 eingesetzten Persönlichkeiten zu wählen.

Eine Teilnahme in Moskau lehnte die Junge Union ab, weil dort die „demokratische Diskussion keinen Raum“ habe. Und das, obwohl das dortige Programm von 18 Nationalen Vorbereitungskomitees, die 2.300 Organisationen vertreten, diskutiert und beschlossen und eine ständige Kommission gewählt wurde.

Religion

Am 1. Mai d.J. hat der Vatikan dem brasilianischen Franziskanerpater Leonardo Boff ein „Bußschweigen“ auferlegt. Bis auf weiteres darf der 45jährige Theologieprofessor weder in der Öffentlichkeit reden, noch Interviews geben, an Konferenzen teilnehmen oder lehren und schreiben.

Boff, einer der engagiertesten Verfechter der Befreiungstheologie, sieht die Mission der Kirche darin, den leidenden Massen in ihrem Kampf nach Freiheit und Gerechtigkeit zu helfen. Wegen dieser vom Vatikan als „gefährlich“ und „untragbar“ eingestuften Lehren mußte er sich bereits im September 1984 in Rom vor der Glaubenskongregation verantworten (siehe AIB 11-12/1984, S. 77ff.).

Boff verteidigte erneut seine Standpunkte, erklärte sich aber bereit, die Entscheidung des Vatikans zu achten, weil er seinen Weg innerhalb der Kirche gehen wolle.

Kirchliche und Menschenrechtsorganisationen in Brasilien verurteilten die Entscheidung des Vatikans u.a. als „totalitäre“ Maßnahme.

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

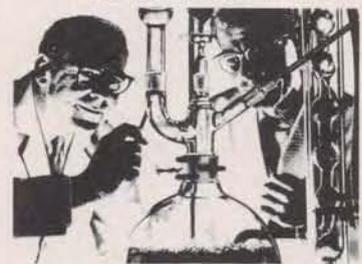
WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

6.-DM. Jg. 7.2. Quartal, Mai 85

A 8104 F, Nr. 25

WECHSELWIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Im Osten nichts Neues?

Naturwissenschaft und Technik in der DDR

Schwerpunkt: Im Osten nichts Neues? – Naturwissenschaft und Technik in der DDR
* Die Gelehrtenrepublik * Die neue Elite * Der Preis für den Fortschritt * Röhren und Roboter * Biogas und Sozialismus * Flucht aus der Arbeiterklasse * Freunde der Erde? *

Weitere Themen: Gesellschaft und Natur – Ein vernetztes System? * Ökologische Produkte – Politische Strategie * Metamorphose * Wider den transylvanischen Imperialismus! * Gene im Griff? – Eine Zwischenbilanz zur Gentechnik-Kommission * Grüne Genpolitik im Bundestag * Interviews mit Wolf-Michael Catenhusen, Erika Hickel und Sarah Jansen *

Bitte kostenloses Probeheft anfordern!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten) erscheint vierteljährlich

D 7426 E

Postvertrieb

Zeitungsgebühr bezahlt

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Mar

Zugegeben, wir wollen eine andere Republik...

Wer in diesem Land etwas verändern will, braucht einen langen Atem. Die „Blätter“ werden 1985 dreißig Jahre alt.

● „Eine Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn.“ Das schrieb in den 50er Jahren Karl Barth über die „Blätter“:

● In den 60er Jahren verlieh der „Bayernkurier“ uns das Prädikat „Zentralorgan der außerparlamentarischen Opposition“:

● Daß in den 70er Jahren ein erster Durchbruch zu Entspannungspolitik und demokratischen Reformen möglich wurde, hat auch ein wenig mit den „Blättern“ zu tun.

● Für die „Logistik der Friedensbewegung“ sorgten wir, schrieb 1982 das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ über uns.

Die Herausforderung durch Reagans „Strategic Defense Initiative“, den amerikanischen Traum vom „Krieg der Sterne“, erzwingt geradezu eine „Koalition der Vernunft.“ Jetzt erst recht.

Es braucht Zeit, Kraft und Beharrlichkeit, um in diesem Land etwas zu verändern. Wo immer

sich etwas bewegt, bewegen soll, bewegen muß, sind die „Blätter“ engagiert.

Wer in diesem Lande etwas bewegen will, braucht die „Blätter“

Die „Blätter“ sind die auflagenstärkste und meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift in deutscher Sprache. Sie analysieren und dokumentieren wesentliche Fragen der Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik, im westlichen und östlichen Ausland sowie der Dritten Welt.

Ihre monatliche Chronik und ausführliche Dokumentation haben die „Blätter“ zu einem vielbenutzten Nachschlagewerk gemacht.

Herausgegeben von Rudolf Hickel · Ute Holzkamp-Osterkamp · Jörg Huffschild · Gerhard Kade · Walter Kreck · Reinhard Kühnl · Jutta Menschik · Reinhard Opitz · Manfred Pahl-Rugenstein · Helmut Ridder · Gerhard Stuby.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die Bundesrepublik, vierzig Jahre danach

Born, Endlich die Letzten aus der deutschen Geschichte ziehen
Kühnl, Die geschichtliche Bedeutung des Jahres 1945
Fülberth, Die Bundesrepublik, Präsidentschaftsformel und Krisenformel
Röder, Was für eine Demokratie ist das? · Klees, Umzeitgemäße
Gedanken zum bundesdeutschen Sozialabwärtismus
Hennes, Die Bundeswehrplanung für die 90er Jahre
Bereschkow, Antiterroraktion und Nachkriegsordnung
Hantson, Roosevelts verträgliches Erbe

Ekkehard Sieker und Wolfgang Zellner, „Strategic Defense Initiative“ – Aufbruch in die falsche Richtung
Zwölf Behauptungen der SDI-Befürworter und ihre Richtigstellung

4'85

April 1985 Einzelheft 1,00 DM im Abonnement 5,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,50 DM
Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Schwerpunktthema in Heft 4/1985: **Die Bundesrepublik, vierzig Jahre danach.** Was für ein Land ist das eigentlich? Was ist aus der Chance des Neuanfangs nach 1945 geworden? Wohin steuert, oder treibt, diese Republik? Mit Beiträgen von William Born, Reinhard Kühnl, Georg Fülberth, Helmut Ridder, Bernd Klees, Michael Hennes, Valentin Bereschkow und Manfred Hanloser.

Außerdem u. a.: „Strategic Defense Initiative“ – Aufbruch in die falsche Richtung. Zwölf Behauptungen der SDI-Befürworter und ihre Richtigstellung. Von Ekkehard Sieker und Wolfgang Zellner.

In Heft 3/1985 u. a. **Beiträge zur Auseinandersetzung um den 8. Mai** von Abendroth, Born, Dahmer, Deile, Dirks, Doormann, Galinski, Götz, Hansen, Holtfort, Kempner, Kreck, Lattmann, Mies, Rinser, Scharf, Sölle, Spoo, Starlinger, Steinkühler, Stuby, Weber.

Bezugsbedingungen: Einzelheft DM 7,-,
im Abonnement DM 5,-, für Studenten, Wehrpflicht-
und Zivildienstleistende DM 4,50.
Probeheft kostenlos beim Verlag

Pahl-Rugenstein Verlag

Gottesweg 54, 5000 Köln 51
Telefon 02 21/36 40 51

Bitte schicken Sie ein kostenloses Probeheft an:
Name _____
Straße _____
Plz, Ort _____
Coupon einsenden an:
Pahl-Rugenstein Verlag,
Gottesweg 54,
5000 Köln 51

AIB